Postverlagsort Wiesbaden

Staats-Anzeiger
FÜR DAS LAND HESSEN

1958 | Samstag, den 27. Dezember 1958 | Nr. 52

INHALT

Seite

Der Hessische Ministerpräsident
Portugiesisches Konsulat in Frankfurt/Main 1561
Ungültige Unterbringungsscheine 1561
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 11. bis 11. 12. 1958 1561

Der Hessische Minister des Innern
Auswirkungen des Sicherheitsfilmgesetzes auf die Vorschriften der Lichtspieltheaterverordnungen 1562
Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Steina und Trutzhain im Landkreis Ziegenhain 1564
Hessischer Fachausschuß für Bäder, Heilquellen, Kur- und Erholungsorte; hier: Anerkennung der Stadt Gladenbach, Kreis Biedenkopf als Luftkurort 1564
Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer . . . 1564
Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Ober-Ramstadt im Landkreis Darmstadt 1565
Die gemeldeten Infektionskrankheiten 1565

Der Hessische Minister der Finanzen
Anwendung des § 6 des Tarifvertrages vom 14. 6. 1958 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bei Arbeitern 1565

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
Errichtung einer evangelischen Kirchengemeinde Knickhagen, Kirchenkreis Hofgeismar 1565
Ordnung für die Ausbildung und Prüfung der Turn- und Sportlehrer(innen) im freien Beruf 1566

Seite

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
Richtlinien zur Durchführung wirtschaftsfördernder Maßnahmen nach § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 9. Mai 1958 1568
Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferlaubnisscheinen . . 1571

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
Umbenennung des Forstamtes König in Forstamt Bad König 1571
Flurbereinigung Oberselters, Krs. Limburg 1571
Flurbereinigung Ober-Modau, Krs. Darmstadt 1572

Personalnachrichten
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern 1572
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . 1572
F. im Bereich des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung 1573
G. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr 1576
H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten 1577

Der Landeswahlleiter für Hessen
Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 23. November 1958 . 1578

Buchbesprechungen 1578

Öffentlicher Anzeiger 1579

Der Hessische Ministerpräsident

1242

Portugiesisches Konsulat in Frankfurt/Main

Bei dem Portugiesischen Konsulat in Frankfurt/Main ist eine Nebenstelle für die Bearbeitung von Warenbegleitpapieren eingerichtet worden.

Die Anschrift ist:
Portugiesisches Konsulat, Stadtbüro
Frankfurt am Main, Taunusanlage 21, III.

Dienststunden:
Montag bis Freitag 9—13 Uhr
Fernspr. 72 21 67.

Die Kanzlei des Portugiesischen Konsulats befindet sich weiterhin in Frankfurt/Main, Senckenberg Anlage 20.

Wiesbaden, 11. 12. 1958

Der Hessische Ministerpräsident — Staatskanzlei —
II/3 Az. 2 e 10/01

St.Anz. 52/1958 S. 1561

1243

Ungültiger Unterbringungsschein

Der Unterbringungsschein des nachstehend aufgeführten bisherigen Unterbringungsteilnehmers, den ich mit Erlaß vom 16. 6. 1958, II/11 — LS 1724/1, gem. § 24 G 131 von der Teilnahme an der Unterbringung befreit habe, wird für ungültig erklärt:

Herbert Ottlik, geb. am 24. 10. 1902, Lehrer z. Wv.
Unterbringungsschein 16 — I Nr. 0/1014 vom 24. 3. 1955.

Wiesbaden, 12. 12. 1958

Der Direktor des Landespersonalamtes Hessen
II/12 — LS 1741

St.Anz. 52/1958 S. 1561

1244

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 27. 11. bis 11. 12. 1958

Statistische Berichte	Preis DM
Wachstumstand der Feldfrüchte im Oktober 1958 Ernteschätzung 1958 Rauhfutterernte Hülsenfruchterträge Zuckerrübenertrag Wachstumstand der Winterölfrüchte Ende Oktober 1958	—,25
Viehhaltung, Fleisch- u. Milcherzeugung im Oktober 1958 Schlachtungen in Hessen Durchschnittliches Schlachtgewicht Gesamtschlachtgewicht Milcherzeugung in Hessen Kuhmilchverwendung	—,75
An- und Abmeldungen von Gewerbebetrieben (ohne Wandergewerbe) Oktober 1958	—,50
Industrie- und Bauhauptgewerbe im Oktober 1958 Beschäftigung — Produktion — Umsätze (Vorauswertung)	—,75
Die erteilten Baugenehmigungen im Oktober 1958 Die erteilten Baugenehmigungen im 3. Vierteljahr 1958	—,50
Baufertigstellungen im Oktober 1958 Baufertigstellungen im 3. Vierteljahr 1958	—,50
Der Umsatz-Index der Einzelhandelsgeschäfte in Hessen Berichtsmonat Oktober 1958	—,25
Der Schiffs-, Güter- und Floßverkehr in den hessischen Häfen im Oktober 1958	—,75

Der Fremdenverkehr in den hessischen Berichtsgemeinden im Sommerhalbjahr 1958 —,75
Ergebnisse der Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen (1. Rechnungsvierteljahr 1958 — 1. 4. — 30. 6. 1958) —,75
Landes- u. Bundessteuern in Hessen im November 1958 —,25
Preise wichtiger Baustoffe und Bauarbeiten in mittleren und kleineren Gemeinden in Hessen im September 1958 —,25
Die Einzelhandelspreise in Hessen im Oktober 1958
Die Preisbewegung bei den Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs im Oktober 1958 — Stichtag 15. Oktober gegenüber 15. September 1958 — —,75
Verdienste und Arbeitszeiten der hessischen Industriearbeiter im August 1958 (Ergebnisse der lfd. Verdiensterhebung in Industrie und Handel) 1,—
Die Angestelltenverdienste in Hessen im August 1958 (Ergebnisse der lfd. Verdiensterhebung in Industrie und Handel) —,75
Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Industrie und Handel seit Februar 1957

Wiesbaden, 11. 12. 1958 **Hessisches Statistisches Landesamt**
Z 4 (a) Az.: 77 a 241/58
St.Anz. 52/1958 S. 1561

1245

Der Hessische Minister des Innern

An die
Herren Regierungspräsidenten
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden
An den
Magistrat der Stadt Frankfurt/Main
Frankfurt/Main

Auswirkungen des Sicherheitsfilmgesetzes auf die Vorschriften der Lichtspieltheaterverordnungen

1. Nach den §§ 2 Abs. 2 und 12 Abs. 1 des Sicherheitsfilmgesetzes vom 11. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 604) dürfen Kinefilmpositive mit Wirkung vom 1. Dezember 1957 nur noch vorgeführt werden, wenn sie vollständig auf anerkanntem Sicherheitsfilm hergestellt und in vorgeschriebener Weise gekennzeichnet sind. Durch die Verwendung von Sicherheitsfilm werden die Gefahren bei Lichtspielvorführungen herabgesetzt, so daß von den jetzt geltenden Vorschriften der preußischen und der hessischen Polizeiverordnung über die Anlage und Einrichtung von Lichtspieltheatern und über Sicherheitsvorschriften bei Lichtspielvorführungen vom 18. März 1937 (Preußische Gesetzsamml. S. 41) bzw. vom 25. Mai 1938 (Hess.Reg.Bl. S. 49) — LiThVOen — für

den Bildwerferraum (§§ 36 bis 41),
die Heizung u. Lüftung des Bildwerferraumes (§§ 43 u. 44),
den Filmschutz (§§ 45 bis 49),
die sonstigen Einrichtungen des Bildwerferraumes (§§ 50 bis 53),
die Betriebsvorschriften für den Vorführer (§§ 54 bis 58),
die Vorschriften über Bildwerfer (§§ 59 bis 61),
die Lichtspielvorführungen in behelfsmäßig eingerichteten Räumen (§§ 64 bis 67) und
Lichtspielvorführungen in Schulen (§§ 68 und 69)

Erleichterungen zugestanden werden können.

Von einer förmlichen Änderung der vorgenannten Vorschriften der Lichtspieltheaterverordnungen wird abgesehen, weil beabsichtigt ist, die vom Arbeitsausschuß: II.8 — DIN 18 600 — des Fachnormenausschusses Bauwesen im Deutschen Normenausschuß vorbereiteten Bestimmungen für Versammlungsstätten, unter die auch die Lichtspieltheater fallen, zu gegebener Zeit auf Grund des § 55 Abs. 4 der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 6. Juli 1957 (GVBl. S. 101) als Rechtsverordnung zu erlassen.

2. Der bauaufsichtlichen Prüfung und Genehmigung, der Überwachung und den Abnahmen von Lichtspieltheatern sind zukünftig die in der Anlage bekanntgegebenen „Vorläufigen Richtlinien für den Bau und Betrieb von Bildwerferräumen bei ausschließlicher Verwendung von Sicherheitsfilm und für Lichtspielvorführungen mit Sicherheitsfilm" zugrunde zu legen, die in Anlehnung an den vom Arbeitsausschuß II.8 bisher erarbeiteten Entwurf von Bestimmungen für Bildwerferräume innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen Minister (Senatoren) der Länder der Bundesrepublik Deutschland und Berlin aufgestellt wurden.

Soweit geplante bauliche Anlagen diesen Richtlinien entsprechen, aber den zwingenden Bauvorschriften (§§ 36 bis 44) der Lichtspieltheaterverordnungen widersprechen, haben die unteren Bauaufsichtsbehörden im Einzelfalle von den noch förmlich geltenden Bestimmungen der Lichtspieltheaterverordnungen gemäß § 75 Abs. 2 HBO, der an die Stelle des § 62 Abs. 2 LiThVOen getreten ist, Befreiung zu erteilen. Die Regierungspräsidenten haben für diese Fälle ihre nach § 6 Abs. 3 Satz 1 Buchst. c) des Bauaufsichtsgesetzes vom 6. März 1954 (GVBl. S. 21) erforderliche Zustimmung allgemein zu erteilen.

Werden in den Richtlinien, wie z. B. in Nr. 3.21 bezüglich der Grundfläche des Bildwerferraumes strengere Anforderungen als in den Lichtspieltheaterverordnungen gestellt, haben die Bauaufsichtsbehörden durch Verhandlung mit den Bauherrn oder seinem Beauftragten die Einhaltung der Richtlinien anzustreben. Die in § 37 LiThVOen geforderten Mindestabmessungen des Bildwerferraumes haben sich in der Praxis als zu gering erwiesen.

Bei Gewährung von Befreiungen im Rahmen der Richtlinien kann die Einhaltung der strengeren Forderungen der Richtlinien auch im Rahmen des § 75 Abs. 3 HBO verlangt werden.

Von den unter Nr. 1 dieses Erlasses erwähnten Vorschriften der Lichtspieltheaterverordnungen, die nicht als Bauvorschriften anzusehen sind (§§ 45 bis 61), können die für die Betriebserlaubnis (§ 2 Abs. 2 LiThVOen) zuständigen Behörden im Einzelfalle im Rahmen der Richtlinien Ausnahmen nach § 63 LiThVOen zulassen, weil bei der ausschließlichen Verwendung von Sicherheitsfilm die Voraussetzungen des § 63 Buchst. c) LiToVOen vorliegen. Die Befugnisse der Bauaufsichtsbehörden und der für die Betriebserlaubnis zuständigen Behörden, aus anderen Gründen Ausnahmen oder Befreiungen zu gewähren, bleiben unberührt. Soweit die Ausnahmen oder Befreiungen Belange des Arbeitsschutzes betreffen, ist das Einvernehmen mit dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt herzustellen.

3. Bei Lichtspielvorführungen in behelfsmäßig eingerichteten Räumen und in Schulen ist die in den §§ 64 Abs. 1 Satz 2 und 68 LiThVOen vorgeschriebene Betriebserlaubnis wie bei Lichtspieltheatern auch dann erforderlich, wenn Sicherheitsfilm vorgeführt wird. Bei der Prüfung für die Betriebserlaubnis und bei der Überwachung der Lichtspielvorführungen muß u. a. festgestellt werden, ob die vorzuführenden Kinefilme gemäß § 4 des Sicherheitsfilmgesetzes gekennzeichnet sind und die zu verwendenden Bildwerfer die zulässige Stromstärke bzw. den zulässigen Anschlußwert (Nr. 2 der Vorläufigen Richtlinien) nicht übersteigen. Effekt- oder HI-Kohlen dürfen in Bildwerfern, die im Versammlungsraum selbst zur Aufstellung gelangen, nicht verwendet werden. Sollte es im Einzelfalle zweifelhaft sein, ob die Bildwerfer in Versammlungsräumen oder in Schulen nach Nr. 5 der Vorläufigen Richtlinien verwendet werden dürfen, so ist von der für die Betriebserlaubnis zuständigen Behörde eine Prüfung durch einen Sachverständigen zu veranlassen.

4. Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Vorschriften der Lichtspieltheaterverordnungen nach deren § 1 Abs. 2 keine Anwendung auf Schmalfilmvorführungen finden. Für sie gelten die pr. Polizeiverordnung vom 23. Januar 1932 (GS. S. 57) und die hess. Polizeiverordnung vom 25. Mai 1938 (Hess.Reg.Bl. S. 62) weiter.

5. Ich bitte, die nachgeordneten Behörden entsprechend zu unterrichten.

Meine Erlasse vom 9. 9. 1954 Abs. 2 u. 3 (St.Anz. S. 974) und vom 24. 12. 1954 (St.Anz. S. 90/55) sind gegenstandslos.

6. Dieser Erlaß ergeht im Einvernehmen mit dem Hessischen Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr und dem Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung.

Wiesbaden, 21. 10. 1958

Der Hessische Minister des Innern
V d — 64 b 06 — 9/58
St.Anz. 52/1958 S. 1562

Anlage

Vorläufige Richtlinien

für den Bau und Betrieb von Bildwerferräumen bei ausschließlicher Verwendung von Sicherheitsfilm und für Lichtspielvorführungen mit Sicherheitsfilm

Inhalt

1 Begriffe
2 Erfordernis eines Bildwerferraumes
3 Bau und Einrichtung von Bildwerferräumen
4 Betriebsvorschriften für Bildwerferräume
5 Aufstellung und Benutzung von Bildwerfern in Versammlungsräumen und in Schulen

1 Begriffe

1.1 Ein Bildwerferraum ist ein den Besuchern der Versammlungsstätte unzugänglicher Betriebsraum, in dem Bildwerfer aufgestellt und betrieben werden. Er gilt als Raum zum dauernden Aufenthalt von Menschen im Sinne der allgemeinen Bauordnungen.

1.2 Bildwerfer im Sinne dieser Bestimmungen sind Bildwerfer für Kinefilme mit und ohne angebauter Dia-Einrichtung.

2 Erfordernis eines Bildwerferraumes

Wegen der mit dem Betriebe von Bildwerfern verbundenen Gefahren (elektrische Anlagen; Entstehung gesundheitsschädlicher Dämpfe und Gase bei Verwendung bestimmter Bogenlampenkohlen) ist ein Bildwerferraum erforderlich bei Verwendung von Bildwerfern, die betrieben werden mit:

2.1 Bogenlampen, wenn die Stromstärke mehr als 10 Ampère beträgt;

2.2 Bogenlampen mit Effekt- oder HI-Kohlen;

2.3 Glühlampen oder Entladungslampen (z. B. Xenon- und Quecksilber-Hochdrucklampen), deren Anschlußwert 1000 Watt übersteigt.

Hinsichtlich der Aufstellung und Verwendung von Bildwerfern in Versammlungsräumen oder in Schulen vgl. Abschnitt 5.

3 Bau und Einrichtung von Bildwerferräumen

3.1 Zugänglichkeit (Treppe)

3.11 Eine zum Bildwerferraum führende Treppe muß mindestens 65 cm breit[1]) und mit einem Handlauf versehen sein; ihr Steigungsverhältnis darf höchstens 1 : 1 sein. Der Treppenlauf muß mindestens 80 cm vor der Tür des Bildwerferraumes enden.

3.12 Wendeltreppen sind zulässig, wenn sie mindestens 90 cm breit sind, ein in Stufenmitte gemessenes Steigungsverhältnis von höchstens 20 : 25 cm, beiderseits Handläufe und auf je 3 m der zu überwindenden Höhe Podeste in der Größe von 3 Auftritten haben.

3.13 Leitern als einziger Zugang zum Bildwerferraum sind verboten.

3.2 Abmessungen

3.21 Die Grundfläche des Bildwerferraumes soll mindestens 16 qm betragen. In einem Bildwerferraum dieser Größe dürfen drei Bildwerfer aufgestellt werden. Für jeden weiteren Bildwerfer erhöht sich die Fläche um mindestens 5 qm. Dies gilt auch, wenn Scheinwerfer oder Diabildwerfer mit entsprechender Größe aufgestellt werden. Flurartige Erweiterungen des Bildwerferraumes unter 1,50 m Breite werden auf die notwendige Fläche nicht angerechnet. Bei Bildwerferräumen, in denen nur ein Bildwerfer aufgestellt werden soll, genügt eine Fläche von 10 qm.
Die Trennwand zwischen Bildwerferraum und Versammlungsraum muß so lang sein, daß an der Bedienungsseite eines jeden Bildwerfers oder Diabildwerfers ein freier Raum von mindestens 1 m Breite vorhanden ist. Der Bildwerferraum muß mindestens 3 m bzw. bei großen Bildwerfern so tief sein, daß zwischen diesen und der Rückwand ein freier Raum von mindestens 1 m Breite verbleibt.

3.22 Die durchschnittliche lichte Raumhöhe muß mindestens 2,80 m sein. Bei wechselnder Deckenhöhe darf die Raumhöhe am Standort des Vorführers 2,10 m nicht unterschreiten.

3.23 Liegen Teile des Fußbodens in verschiedener Höhe, so muß der Teil des Fußbodens, auf dem die Bildwerfer stehen, in der nach Abschnitt 3.21, Absatz 2 erforderlichen Länge und in einer solchen Tiefe in einer Ebene liegen, daß hinter den Bildwerfern noch ein freier Durchgang von mindestens 1 m verbleibt. Verschieden hoch liegende Fußbodenteile sind durch Rampen mit einer Neigung von höchstens 1 : 10 oder Differenzstufen von 20 : 25 cm größter Steigung zu verbinden. Podeste über 25 cm Höhe und Differenztreppen mit mehr als drei Steigungen müssen ein Geländer erhalten, dessen Handlauf keine freien Enden haben darf.

3.3 Öffnungen

3.31 Der Bildwerferraum darf außer den Bild-, Scheinwerfer- und Schauöffnungen keine unmittelbare Verbindung mit dem Versammlungsraum haben.

3.32 Bild-, Scheinwerfer- und Schauöffnungen müssen durch fest in die Wand eingefügte, mit 5 mm dicker Verglasung versehene, und mit nicht aus den Führungen herausziehbaren Eisenschiebern ausgerüstete Kabinenfenster rauchdicht abgeschlossen werden; die Schieber müssen sicher und leicht gangbar geführt sein, sich bei der Betätigung jedes Gefahrenschalters (Abschnitt 3.61) augenblicklich und selbsttätig schließen und außerdem von Hand bedienbar sein.

3.33 Andere Räume, mit Ausnahme der zum Bildwerferraume gehörenden Nebenräume, dürfen nicht ausschließlich durch den Bildwerferraum zugänglich sein (keine „gefangenen Räume"). Räume, in denen die Hauptverteilungen für die elektrische Anlage des Lichtspieltheaters sowie die Schalttafel der Sicherheitsbeleuchtung untergebracht sind, gelten nicht als Nebenräume im Sinne von Satz 1.

3.34 Die aus dem Bildwerferraume und aus den mit ihm in Verbindung stehenden Nebenräumen zu den Rückzugswegen hinausführenden Türen müssen feuerhemmend sein, nach außen aufschlagen und so eingerichtet sein, daß sie sich leicht öffnen lassen und selbsttätig wieder zufallen. Sie dürfen keine Riegel besitzen und müssen ein Schloß haben, das von innen ohne Schlüssel geöffnet werden kann.

3.4 Bauart

3.41 Die Wände des Bildwerferraumes und die unter und über ihm liegenden Decken müssen mindestens feuerhemmend sein. Trennwände gegen von Besuchern benutzte Räume müssen bei Ausführung in Mauerwerk mindestens 11,5 cm, bei Ausführung in Leichtbeton mindestens 10 cm dick sein (Abweichung von DIN 4102 Bl. 2 Abschnitt IV c); Decken müssen aus nicht brennbaren Baustoffen bestehen.

3.42 Podeste nach Abschn. 3.23 dürfen eine Unterkonstruktion aus Holz haben. Innerhalb des Hohlraums liegende Leitungen sind durch eine verschließbare oder verschraubbare Klappe zugänglich zu machen.

3.5 Installationen (ohne elektrische Betriebseinrichtungen)

3.51 Die Beleuchtung des Bildwerferraumes muß elektrisch sein.

3.52 Für die Beheizung des Bildwerferraumes sind nur Sammelheizungen und fest angeschlossene elektrische Heizgeräte mit Ausnahme von Strahlöfen zulässig. Über die Verwendung von Gaseinzelheizöfen ergehen in Kürze noch gesonderte Richtlinien. Eine Warmlufttheizanlage des Bildwerferraumes darf keine unmittelbare Verbindung mit der Heizung solcher Räume haben, die nicht zu ihm gehörende Nebenräume sind. Die Zuluftöffnungen sind zu vergittern, so daß Gegenstände darin nicht abgelegt werden können.

3.53 Der Bildwerferraum ist zu be- und entlüften. Läßt sich wegen seiner Lage im Gebäude eine natürliche Lüftung durch Fenster nicht erreichen, so ist die Lüftung sinngemäß nach DIN 18 017 (Lüftung innenliegender Bäder und Spülaborte) einzurichten.

3.54 Jeder mit Bogenlampe oder Xenon-Hochdrucklampe über 1000 Watt Anschlußwert betriebene Bildwerfer muß an ein Abzugsrohr angeschlossen sein, das unmittelbar oder über einen eigenen Sammelkanal oder -schacht (Schornstein) ins Freie führt.

[1]) Das Breitenmaß von 65 cm ist bestimmt worden, um einen sicheren Rückzugsweg zu gewährleisten; dient die Treppe auch zum Transport von Bildwerfern und anderen Geräten, so wird sie zweckmäßig breiter — etwa 90 cm — angelegt.

3.6 Bildwerfer und andere elektrische Geräte

3.61 An jedem Bildwerfer ist an der Bedienungsseite ein Gefahrenschalter anzubringen, durch den die Stromzuführung zum Triebwerksmotor und zur Lichtquelle abgeschaltet werden kann. Bei Aufstellung mehrerer Bildwerfer muß eine gemeinsame Abschaltung von der Bedienungsseite jedes Bildwerfers aus möglich sein. Bei Aufstellung von nur zwei Bildwerfern, die als Rechts- und Linksmaschinen ausgebildet und deren Bedienungsseiten einander zugekehrt sind, kann die gemeinsame Abschaltung entfallen (vgl. Abschn. 3.32)[2]).

3.62 Im Bildwerferraume sollen nur die unmittelbar für die Vorführung notwendigen elektrischen Geräte vorhanden sein.

3.63 Schalt- und Verteilungstafeln der Allgemein- und der Sicherheitsbeleuchtung einschließlich der Saalverdunkler mit Ausnahme der Bedienungsorgane dürfen im Bildwerferraume nicht untergebracht werden.

3.7 Sonstige Einrichtung

3.71 Im Bildwerferraume muß eine Sitzgelegenheit vorhanden sein, ferner in der Nähe desselben eine Kleiderablage. Innerhalb des Bildwerferraumes sind nur geschlossene Kleiderschränke zulässig.

3.72 Im Bildwerferraume oder in der Nähe muß eine Wasserzapfstelle mit Ausguß oder ein Waschbecken, in seiner Nähe ein Abort vorhanden sein.

3.73 Außerhalb des Bildwerferraumes, jedoch in unmittelbarer Nähe der Zugangstür, ist ein geeigneter Handfeuerlöscher griffbereit und in ständig betriebsfähigem Zustand bereitzuhalten.

3.8 Anschläge

3.81 Die Betriebsvorschriften (Abschnitt 4) sind im Bildwerferraum auszuhängen; dgl. ein Auszug aus der Betriebserlaubnis, sofern darin bestimmte Auflagen für den Betrieb enthalten sind.

3.82 Im Bildwerferraum ist an gut sichtbarer Stelle in mindestens 5 cm hohen Buchstaben die Inschrift anzubringen: „In diesem Bildwerferraume darf nur Sicherheitsfilm verwendet werden."

An der Außenseite der Zugangstür ist die Inschrift anzubringen:

„Zutritt für Unbefugte verboten."

4 Betriebsvorschriften für Bildwerferräume

4.1 Der Bildwerferraum und die zugehörigen Betriebsräume dürfen nicht zum Lagern und auch nicht zum vorübergehenden Abstellen von Gegenständen benutzt werden, die nicht zur Vorführung benötigt werden. Rückzugswege aus Bildwerferräumen sind stets freizuhalten; sie dürfen nicht — auch nicht zum vorübergehenden — Lagern von Gegenständen benutzt werden; Schränke u. dgl. dürfen dort nur aufgestellt werden, wenn eine freie Durchgangsbreite von mindestens 1 m verbleibt.

4.2 Leicht entzündlicher Filmklebstoff darf in keiner größeren Menge als 30 g im Bildwerferraum vorhanden sein.

4.3 Die Unterbringung von Kleidungsstücken im Bildwerferraume ist nur in geschlossenen Schränken zulässig.

4.4 Das Betreten des Bildwerferraumes und der zugehörigen Betriebsräume durch Unbefugte sowie die Duldung derartiger Besuche ist verboten.

5 Aufstellung und Benutzung von Bildwerfern in Versammlungsräumen[3]) und Schulen

Soweit nach Abschnitt 2 ein besonderer Bildwerferraum nicht gefordert wird, dürfen Bildwerfer auch in einem Versammlungsraume aufgestellt und zur Vorführung benutzt werden, wenn die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

5.1 Der Bildwerfer muß auf einem festen Tisch oder Ständer stehen, der von den Sitzen der Zuschauer mindestens 50 cm und am Standort des Vorführers mindestens 1 m von ihnen entfernt ist. Wird der Tisch oder Ständer für den Bildwerfer neben einem Gange des Versammlungsraumes aufgestellt, so muß er auch gegen die Flucht der den Gang begrenzenden Sitzplatzreihen um 50 cm zurückbleiben. Bei dauernder Einrichtung, z. B. in Vortragssälen, ist der Vorführungsstand mit einer festen Schranke zu umgeben.

5.2 Die elektrischen Zuleitungen sind so zu verlegen, daß die ordnungsmäßige Benutzung der Gänge im Raume, der Türen, Flure, Treppen und Ausgänge ins Freie nicht behindert wird; insbesondere dürfen Leitungen nicht auf dem Fußboden liegen.

5.3 Es ist verboten, Filmrollen außerhalb des Bildwerfers ohne besondere Umhüllung liegen zu lassen.

5.4 Während der Dauer von Filmvorführungen ist das Rauchen verboten.

[2]) Die Fassung entspricht dem Entwurf von DIN 18 600 und dem Entwurf zur Neufassung von VDE 0108.

[3]) Die Versammlungsräume müssen den Bestimmungen der auf Grund des RdErl. v. 6. 4. 1909 (MBliV S. 134) von den Regierungspräsidenten erlassenen ordnungsbehördlichen Verordnungen über die bauliche Anlage, die innere Einrichtung und den Betrieb von Theatern, öffentlichen Versammlungsräumen und Zirkusanlagen entsprechen.

1246

Änderung der Grenzen zwischen den Gemeinden Steina und Trutzhain im Landkreis Ziegenhain, Regierungsbezirk Kassel

Die Hessische Landesregierung hat am 22. November 1958 beschlossen:

„Auf Grund der §§ 16 und 17 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) werden mit Wirkung vom 1. Januar 1959 folgende Flurstücke aus dem Gebiet der Gemeinde Steina in das Gebiet der Gemeinde Trutzhain eingemeindet:

Flur 1: Flurst. 28/2 = 0,26 ha 03 qm; Flurst. 22/9 = 0,10 ha; Flurst. 22/10 = 0,18 ha; Flurst. 22/11 = 0,18 ha; Flurst. 22/1 = 0,21 ha 56 qm; Flurst. 22/2 = 1,08 ha 04 qm; Flurst. 22/3 = 0,37 ha 70 qm; Flurst. 22/5 = 0,18 ha 05 qm; Flurst. 22/6 = 0,17 ha 27 qm; Flurst. 22/7 = 0,17 ha 93 qm; Flurst. 22/8 = 0,18 ha 12 qm.

Die Auseinandersetzung ist, soweit erforderlich, gemäß § 18 HGO von der Aufsichtsbehörde durchzuführen."

Wiesbaden, 12. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b (2) — 3 k 08 — 29/58
St.Anz. 52/1958 S. 1564

1247

Hessischer Fachausschuß für Bäder, Heilquellen, Kur- und Erholungsorte

hier: Anerkennung der Stadt Gladenbach, Kreis Biedenkopf, als Luftkurort — St.Anz. 1958 S. 1025 —

Der Hessische Fachauschuß für Bäder, Heilquellen, Kur- und Erholungsorte hat unter dem 8. 12. 1958 die Stadt Gladenbach, Kreis Biedenkopf, als Luftkurort anerkannt.

Wiesbaden, 12. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
VII A d — 18 c 06/11
St.Anz. 52/1958 S. 1564

1248

Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer

Bezug: Ergebnis der Wahl der Landesapothekerkammer (St.Anz. 1955 S. 1307)

Das Mitglied der Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen

Herr Apotheker Dr. Erwin Kohlstaedt
Frankfurt a. M., Waidmannstraße 13,

hat sein Mandat in der Delegiertenversammlung niedergelegt. An seiner Stelle ist

Herr Apotheker Dr. Antonius Curtze
Bad Soden (Taunus), Grenzstraße 32,

gemäß § 18 der Wahlordnung für die Delegiertenversammlung der Ärzte-, Zahnärzte-, Tierärzte- und Apothekerkammern vom 31. März 1955 (GVBl. S. 13) Mitglied der Delegiertenversammlung der Landesapothekerkammer Hessen geworden.

Wiesbaden, 9. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
VII A/h — 18 b 16 01 — 5890/58
St.Anz. 52/1958 S. 1564

1249

Genehmigung einer Flagge der Gemeinde Ober-Ramstadt im Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Ober-Ramstadt im Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. Februar 1952 (GVBl. S. 11) die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

Flaggenbeschreibung:
„Auf grün-rotem Flaggentuch das Gemeindewappen."

Wiesbaden, 10. 12. 1958 **Der Hessische Minister des Innern**
IV b (2) — 3 k 06 — 15/58
St.Anz. 52/1958 S. 1565

1250 **Die gemeldeten Infektionskrankheiten in Hessen** (Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen)
Bevölkerungszahl: 4 622 855 Monat: November 1958 (2. 11.—29. 11.)

Berichtsgebiet	N = Neuerkrankungen T = Todesfälle	Fleckfieber	Milzbrand	Diphtherie	Scharlach	Tbc-Lunge	Tbc anderer Organe	Keuchhusten	Meningitis	Poliomyelitis	Unterleibstyphus	Paratyphus	Übertragbare Ruhr	Bakt. Lebensmittelvergiftung	Bang'sche Krankheit	Übertragbare Gelbsucht	Krätze	Encephalitis	Malaria	Tularämie	Masern	Qu-Fieber	Weil'sche Krankheit	Trichinose	Trachom	Pittakose	Bißverletzung d. tollw. od. -verdächtige Tiere	Virus-Meningitis	Kindbettfieber nach Geburt	Kindbettfieber nach Fehlgeburt
Reg.-Bezirk	N	—	—	2	67	49	24	106	2	2	2	1	7	1	—	24	--	1	—	—	52	—	—	—	—	—	—	—	—	
DARMSTADT	T			—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—		—		—			—									—
Reg.-Bezirk	N	—	—	4	69	40	12	88	4	14	1	1	1	3	—	50	—	—	—	—	10	—	3	—	—	—	1	1	—	—
KASSEL	T			—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—		—					—		—				—	—		
Reg.-Bezirk	N	—	—	3	98	43	33	336	4	2	2	1	31	5	—	13	—	—	—	—	82	—	—	—	—	3	—	—		—
WIESBADEN	T			—	—	12	4	—	—	—	—	—	—	1		—					—					—			—	
Land	N	—	—	9	234	132	69	530	10	18	5	3	39	9	—	87	—	1	—	—	144	—	3	—	—	3	1	1		
HESSEN	T			—	—	26	4	—	—	—	—	—	—	1		—		—			—		—			—	—	—	—	—

Wiesbaden, den 6. Dezember 1958 **Der Hessische Minister des Innern — Abt. VII A/c**
St.Anz. 52/1958 S. 1565

1251

Der Hessische Minister der Finanzen

Anwendung des § 6 des Tarifvertrages vom 14. 6. 1958 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bei Arbeitern

Bezug: Mein Erlaß vom 13. 8. 1958 — P 2001 A — 1 — I 41 (St.Anz. S. 1026)

Nach § 6 des Tarifvertrages vom 14. 6. 1958 über eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für die unter den Geltungsbereich des HLMT fallenden Arbeiter sind in der Zeit vom 1. 10. 1958 bis 31. 3. 1959 Überstundenzuschläge erst von der 49. Arbeitsstunde an zu zahlen. Diese Vorschrift ist darauf abgestellt, daß Überstunden wöchentlich festgestellt werden. Sie bereitet im Hinblick auf § 28 Abs. 1 HLMT Schwierigkeiten, da nach dieser Vorschrift die Überstunden täglich festgestellt werden. Zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten habe ich mit der Bezirksleitung Hessen der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr Einverständnis über die nachstehende Regelung erzielt, die ich mit sofortiger Wirkung anzuwenden bitte.

Von den in jeder Woche abgeleisteten Überstunden ist für drei Überstunden der Überstundenzuschlag in Höhe von 25 v. H. nicht zu zahlen bzw. an Stelle des Zuschlags von 50 v. H. nur ein um 25 v. H. gekürzter Zuschlag zu zahlen. Dabei sind als Überstunden anzusehen:

1. wenn die regelmäßige Arbeitszeit so verteilt ist, daß in zwei Wochen ein weiterer arbeitsfreier Tag gewährt wird,
   a) in der Woche, in der nur an 5 Tagen dienstplanmäßig gearbeitet wird, die über 42½ Stunden hinausgehenden Arbeitsstunden,
   b) in der Woche, in der an 6 Tagen dienstplanmäßig gearbeitet wird, die über 47½ Stunden hinausgehenden Arbeitsstunden,
2. wenn die regelmäßige Arbeitszeit so verteilt ist, daß in jeder Woche an 6 Tagen dienstplanmäßig gearbeitet wird, die über 45 Stunden in der Woche hinausgehenden Arbeitsstunden.

Soweit bisher in einer für den Arbeiter günstigeren Weise verfahren worden ist, kann es dabei bewenden. In den anderen Fällen sind etwa sich ergebende Nachzahlungen mit der Schlußzahlung für den z. Z. laufenden Lohnabrechnungszeitraum zu leisten.

Wiesbaden, 15. 12. 1958

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2251 A — 32 — I 41
St.Anz. 52/1958 S. 1565

1252

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung

Errichtung einer evangelischen Kirchengemeinde Knickhagen, Kirchenkreis Hofgeismar

Der Bischof der Evangelischen Landeskirche von Kurhessen-Waldeck hat mit Wirkung vom 1. April 1959 folgendes festgesetzt:

Die evangelischen Einwohner der Gemeinde Knickhagen werden aus der Evangelischen Kirchengemeinde Holzhausen ausgepfarrt und zu einer selbständigen Kirchengemeinde Knickhagen im Kirchspiel Holzhausen, Kirchenkreis Hofgeismar, vereinigt.

Wiesbaden, 5. 12. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
VI/5 — 881/11 — 58
St.Anz. 52/1958 S. 1565

1253

Ordnung für die Ausbildung und Prüfung der Turn- und Sportlehrer (-innen) im freien Beruf.
Vom 9. Oktober 1958

Abschnitt I

Ausbildung

§ 1

Die Ausbildung findet an den Universitätsinstituten für Leibesübungen statt und erstreckt sich auf vier Semester.

§ 2

Die Ausbildung steht offen

a) sportlich leistungsfähigen Abiturienten (-innen); in Ausnahmefällen Bewerbern (-innen) mit dem Abschlußzeugnis der Mittelschule oder dem Zeugnis der Versetzung in die Klasse 11 (Obersekunda) eines Gymnasiums, die über besondere Eignung zur Lehrtätigkeit und über außergewöhnliche praktische Leistungen verfügen,

b) Studenten der Medizinischen, Rechtswissenschaftlichen und Theologischen Fakultät, für welche die Fachausbildung eine wesentliche Ergänzung für die Berufsausbildung ist.

§ 3

Die Zulassung erfolgt nur zum Sommersemester (15. 4. jeden Jahres). Sie setzt voraus:

das vollendete 18. Lebensjahr,

den Besitz des Deutschen Sportabzeichens,

den Besitz des Grundscheines der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und

das Bestehen einer Eignungsprüfung.

§ 4

Dem Zulassungsantrag sind beizufügen:

ein amtsärztliches Zeugnis,

ein handgeschriebener Lebenslauf,

beglaubigte Zeugnisabschriften,

Nachweise der bisherigen sportlichen Tätigkeit und der sportlichen Erfolge.

§ 5

Die Ausbildung umfaßt folgende Gebiete:

I. Praktische Ausbildung:

A. Frauen	SS	WS	SS	WS
Gymnastik	4	5	4	5
Volks- und Gemeinschaftstanz	1	1	1	1
Spiele	3	3	3	3
Schwimmen	2	2	2	2
Leichtathletik	4	1	4	1
Geräte- und Bodenturnen	—	3	—	3
Rudern	2	—	2	
	(oder in Lehrgängen)			
Massage	—	2	—	—
	16	17	16	15
				Stunden

Lehrgänge: Skilauf, Wandern, Kampfrichtertätigkeit

B. Männer	SS	WS	SS	WS
Spiele	5	5	5	5
Leichtathletik	6	2	6	2
Schwimmen	2	3	2	3
Geräte- und Bodenturnen	1	4	1	4
Gymnastik	1	1	1	1
Boxen	—	2	—	2
Rudern	2	—	2	
	(oder in Lehrgängen)			
Massage	—	2	—	—
	17	19	17	17
				Stunden

Lehrgänge: Skilauf, Wandern, Kampfrichtertätigkeit, Teilnahme an Wettkämpfen.

II. Pädagogische Ausbildung:

Lehrversuche im Rahmen der praktischen Ausbildung, Lehrübungen in den Schulen im 3. und 4. Semester.

III. Theoretische Ausbildung:

Vorlesungen und Übungen aus den Bereichen der Pädagogik, Psychologie, Geschichte, Bewegungslehre, Musik, Organisation, Übungsstätten- und Gerätekunde;

Anatomie, Physiologie, Hygiene, Konstitutionslehre, Bewegungslehre, Unfallkunde, Erste Hilfe.

Abschnitt II

Prüfung

§ 6

Durch die Prüfung soll der Bewerber (-in) nachweisen, daß er praktisch und theoretisch den erzieherischen und unterrichtlichen Anforderungen genügt, die an einen im freien Beruf tätigen Turn- und Sportlehrer (-in) zu stellen sind.

§ 7

Dem Prüfungsausschuß gehören an:
der Direktor des Instituts für Leibesübungen,
seine Assistenten und der Sportarzt.

§ 8

(1) Die Meldung zur Prüfung ist 6 Wochen vor Schluß des Prüfungssemesters schriftlich an den Direktor des Instituts für Leibesübungen zu richten.

(2) Der Meldung sind beizufügen:
der Nachweis über die vorgeschriebene Ausbildung,
ein Tauglichkeitsgutachten des Sportarztes,
der Beleg über die eingezahlte Prüfungsgebühr in Höhe von 30,— DM.

§ 9

Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet der Direktor des Instituts für Leibesübungen.

§ 10

(1) Die Prüfung besteht aus einem praktischen, einem pädagogischen und einem theoretischen Teil.

(2) Die praktischen Prüfungen in den Sommerfächern werden am Schluß des 3. Semesters abgelegt, alle übrigen Prüfungen am Schluß des 4. Semesters.

I. Praktische Prüfungen:

In den praktischen Prüfungen ist zu fordern:
Nachweis ausreichender Leistungen in den Pflichtfächern,
Kenntnis der Richtlinien und Unterrichtsgrundsätze in der schulischen Leibeserziehung,
Kenntnis der Spielregeln und Wettkampfbestimmungen,
Betätigung als Schieds- und Kampfrichter.

A. Frauen:

1. Gymnastik:

Beherrschung der gymnastischen Grundformen ohne, mit und am Gerät, Kenntnis geeigneter Übungsformen zur Verhütung und Beseitigung von Haltungsschwächen, Beherrschung einfacher rhythmischer und räumlicher Abwandlungen und Steigerungen, auch in Form von Bewegungsverbindungen und Gestalten eines Bewegungsspieles, Bewegungsunterstützung durch Handtrommel und Instrument.

2. Singspiel, Volks- und Gemeinschaftstanz:

Beherrschung einiger Singspiele und Tänze.

3. Spiele:

a) Handball, Flugball, Basketball,
b) Schlagball, Faustball.

Geprüft werden von a) alle Spiele, von b) ein Spiel nach Wahl des Vorsitzenden.

Zu prüfen sind Spieltechnik und -taktik.

4. Leichtathletik:

Geprüft werden Leistung und Technik in Lauf-, Sprung- und Wurfübungen.

Der Vorsitzende entscheidet über die Auswahl der Übungen.

5. Schwimmen:

Rettungsschwimmen nach den Bestimmungen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft.
100 m Schwimmen auf Zeit, Stilart beliebig;
50 m Kraulschwimmen auf Zeit.

Stilprüfung der Schwimmarten, einschließlich Start und Wende.

Wasserspringen: 2 Pflichtsprünge, davon einen vom 3-m-Brett, 1 Kürsprung.

6. Geräte- und Bodenturnen:

Geprüft werden

a) je eine Bewegungsverbindung als Kürübung an Reck oder Stufenbarren (Auf-, Um-, Unter- und Abschwünge), an den Ringen (Schwingen und Schaukeln, auch mit Drehungen),
am Boden (Rollen vor- und rückwärts, Überschläge in Form von Radwende oder Rad, Handstandüberschlag);
b) Stützsprünge (Fechtersprünge, Grätsche am seitgestellten, Hocke am längsgestellten Kasten);
c) Klettern.

Bewertet werden Bewegungsfluß und Schwierigkeit.

7. Rudern:
Formprüfung im Riemen- und Skullboot,
Beherrschung des Klinkerskiffs,
Beherrschung der Bootssteuerung.

B. Männer:

1. Gymnastik (körperbildende Übungen):

Beherrschung der gymnastischen Grundformen ohne, mit und am Gerät, Kenntnis ihrer Wirkungen, besonders ihrer Bedeutung zur Verhütung und Beseitigung von Haltungsschwächen.

2. Spiele:

a) Handball, Fußball, Basketball,
b) Schlagball, Faustball, Flugball.

Geprüft werden von a) alle Spiele, von b) ein Spiel nach Wahl des Vorsitzenden.

Zu prüfen sind die Technik, das taktische Verhalten und der Einsatz des Spielers.

3. Leichtathletik:

Nach Entscheid des Vorsitzenden werden Leistungen und Technik in Lauf-, Sprung- und Wurfübungen geprüft.

4. Schwimmen:

Rettungsschwimmen nach den Bestimmungen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft.

100 m Schwimmen auf Zeit, Stilart beliebig;
50 m Kraulschwimmen auf Zeit.

Prüfung der Schwimmarten einschließlich Start und Wende.

Wasserspringen: 2 Pflichtsprünge, davon einen vom 3-m-Brett, 1 Kürsprung.

5. Geräte- und Bodenturnen:

Je eine Pflichtübung an Reck, Barren, Pferd und am Boden, in der folgende Grundformen enthalten sind:

Reck (sprunghoch): Auf-, Um-, Über- und Unterschwünge, Kippen und Schwungstemmen.
Barren: Kippen, Schwungstemmen, Rollen, Abschwünge.
Pferd: Grätsche oder Hocke über das lange Pferd oder ein anderer Längssprung.
Bodenturnen: Rollen, Stützüberschläge, freie Überschläge, Kippen.

6. Rudern:

2000 m im Gig-Vierer, Zeitwertung nach den Wasserverhältnissen,

Formprüfung im Riemen- und Skullboot, Beherrschung des Klinkerskiffs, Bootsführung und -beherrschung.

II. Pädagogische Prüfung:

Die Lehrbefähigung wird in Lehrproben mit Schulklassen festgestellt.

III. Theoretische Prüfung:

Die theoretische Prüfung besteht aus einer Klausur und einer mündlichen Prüfung und wird vom Direktor des Instituts für Leibesübungen und vom Sportarzt abgenommen. Sie hat die jeweiligen Ausbildungsgebiete zum Gegenstand.

§ 11

Das Ergebnis der Prüfung wird aus den praktischen, pädagogischen und theoretischen Leistungen gefunden und mit den Noten „sehr gut, gut, befriedigend, ausreichend, mangelhaft, ungenügend", bewertet.

§ 12

(1) Die Prüfung gilt nur als bestanden, wenn in allen Fächern wenigstens die Note „ausreichend" erlangt ist.

(2) Der Prüfungsausschuß kann die Wiederholung eines nicht bestandenen Prüfungsteiles gestatten.

§ 13

Das Prüfungszeugnis wird nach dem folgenden Formblatt ausgestellt.

Abschnit III

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 14

Die Ausbildung und Prüfung findet vorerst nur am Institut für Leibesübungen der Phlilipps-Universität Marburg/Lahn statt.

§ 15

Die Ordnung tritt am 1. Januar 1959 in Kraft; sie hebt alle entgegenstehenden Vorschriften auf, insbesondere die Prüfungsordnung für Turn-, Sport- und Gymnastiklehrer im freien Beruf vom 2. 6. 1936, Ministerialamtsblatt Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1936, Seite 337 bis 343, und den Abschnitt IV der Hochschulsportordnung vom 24. 4. 1935, Ministerialamtsblatt Deutsche Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1935, Seite 179.

Wiesbaden, 9. 10. 1958

Der Hessische Minister für Erziehung und Volksbildung
IV/2 — 420/90 — 4 — 58

St.Anz. 52/1958 S. 1566

*

Formblatt

Institut für Leibesübungen der Universität .....

Zeugnis

Herr/Fräulein ..... geb. am .....
in ..... hat an einer viersemestrigen staatlichen Turn- und Sportlehrer (-innen)-Ausbildung am Institut für Leibesübungen an der Universität ..... teilgenommen, und zwar vom Sommersemester 19..... bis Wintersemester 19.....

Auf Grund dieser Ausbildung wurde er/sie zur Abschlußprüfung zugelassen, die vom ..... bis ..... durchgeführt wurde.

ERGEBNIS DER PRÜFUNG

Praktische Übungsgebiete:

(Männer)	(Frauen)
Handball	Gymnastik
Sommerspiele	Volks und Gemeinschaftstanz
Fußball	Handball
Basketball	Sommerspiele
Leichtathletik	Basketball
Schwimmen	Leichtathletik
Geräte u. Bodenturnen	Schwimmen
Gymnastik	Geräte u. Bodenturnen
Boxen	Rudern
Rudern	Lehrgeschick:

Theorie: Geschichte, Pädagogik
Anatomie, Physiologie, Hygiene

Herr/Fräulein ..... hat die Prüfung bestanden.

Ausbildung und Prüfung richten sich nach der Ordnung vom 9. Oktober 1958, veröffentlicht im Amtsblatt des Hessischen Ministers für Erziehung und Volksbildung 1958, S. 434.

Er/Sie erhält die Lehrbefähigung als Turn- und Sportlehrer (-in) im freien Beruf.

Der Direktor des Instituts für Leibesübungen

.....

Herr/Fräulein ..... hat ferner teilgenommen am Unterricht in musikalischer Improvisation zur Gymnastik;
an ....-täg. Gymnastiklehrgängen unter Leitung von .....
an ....-täg. Skilehrgängen in .....

Der Direktor des Instituts für Leibesübungen

.....

1254

Der Hessische Minister für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Richtlinien zur Durchführung wirtschaftsfördernder Maßnahmen nach § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 9. Mai 1958

Die nachstehenden, von dem Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen erlassenen Richtlinien zur Durchführung wirtschaftsfördernder Maßnahmen nach § 85 des Gesetzes zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz) vom 9. Mai 1958 werden hiermit bekanntgegeben.

Nach Ziffer 19 der Richtlinien sind Anträge auf Gewährung von Wiederaufbau- oder Ausbaudarlehen in zweifacher Ausfertigung an ein Kreditinstitut nach freier Wahl zu richten, das beide Ausfertigungen des Darlehensantrages an mich weiterleitet.

Wiesbaden, 6. 12. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
W I b — 331.2 — A 1

St.Anz. 52/1958 S. 1568

*

Richtlinien

zur Durchführung wirtschaftsfördernder Maßnahmen nach § 85 des Gesetzes zur allgemeinen Regelung durch den Krieg und den Zusammenbruch des Deutschen Reiches entstandener Schäden (Allgemeines Kriegsfolgengesetz)

Nach § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes vom 5. November 1957 können natürliche Personen und juristische Personen des Privatrechts, die durch Reparationen, äußere Restitutionen oder innere Rückerstattung Schäden erlitten haben und dadurch in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung noch erheblich behindert sind, Darlehen für volkswirtschaftlich förderungswürdige Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben erhalten. Unbeschadet einer künftigen gesetzlichen Regelung solcher Schäden werden diese Darlehen über die Hauptleihinstitute bei freier Bankenwahl des Darlehnsnehmers nach folgenden Grundsätzen gewährt:

I. Teil

ALLGEMEINE VORAUSSETZUNGEN

1. Allgemeine sachliche Voraussetzungen

Der Antragsteller muß einen Reparationsschaden, Restitutionsschaden oder Rückerstattungsschaden erlitten haben und aus diesem Grunde im Zeitpunkt der Antragstellung in seiner wirtschaftlichen Entwicklung noch erheblich behindert sein.

Es genügt, wenn der Vermögenswert wirtschaftlich entzogen ist. Wirtschaftliche Entziehung liegt vor, wenn der Betroffene gehindert ist, über den Vermögensgegenstand wie ein Eigentümer zu verfügen.

Ein Schaden liegt auch dann vor, wenn der Geschädigte den entzogenen Gegenstand gegen Leistung eines Entgeltes zurückerworben hat.

Nutzungsschäden und mittelbare Schäden, insbesondere entgangener Gewinn und Schadensfolgekosten, sowie Schäden, die allein durch eine Vermögenssperre oder treuhänderische Verwaltung entstanden sind, werden nicht berücksichtigt.

2. Reparations- und Restitutionsschäden

Reparations- und Restitutionsschäden müssen unmittelbar darauf beruhen, daß im Zusammenhang mit den Ereignissen des zweiten Weltkrieges und der folgenden Besatzungszeit deutsche Vermögenswerte zum Zwecke der Reparation oder Restitution oder zu einem ähnlichen Zwecke auf Grund von Gesetzen oder sonstigen Anordnungen fremder Staaten zur Liquidation deutschen Vermögens im Ausland oder auf Grund von Anordnungen der Besatzungsmächte oder auf Grund von Vereinbarungen, die auf Veranlasung der Besatzungsmächte abgeschlossen werden mußten, mindestens wirtschaftlich entzogen worden sind.

Solche Entziehungen liegen auch dann vor, wenn die Vermögenswerte zwar nicht in der ausdrücklich bekundeten oder auf andere Weise erkennbar gewordenen Absicht entzogen worden sind, die als Reparations- oder Restitutionsleistung einer fremden Volkswirtschaft zuzuführen, aber im Zuge der alliierten Maßnahmen tatsächlich einer fremden Volkswirtschaft zugute gekommen oder für diesen Zweck endgültig bereitgestellt worden sind.

Im einzelnen gilt hierbei folgendes:

Die Schäden müssen an Wirtschaftsgütern, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören, entstanden sein, und zwar

a) Demontageschäden — einschließlich Schäden der Schiffahrt und der Fischerei — durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau oder Zerstörung,

b) Schäden an deutschem Vermögen im Ausland und in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten — einschließlich Verlusten an ausländischen Wertpapieren, die in deutschem Eigentum gestanden haben — durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau, Zerstörung, Verwertung oder sonstiger Entziehung,

c) Restitutionsschäden durch Wegnahme oder Ablieferung. Als Restitutionsschaden gilt auch eine Ersatzleistung zur Abwendung der Wegnahme oder Ablieferung eines Wirtschaftsgutes. Den Schäden sind Aufwendungen zuzurechnen, die der Geschädigte in gutem Glauben an die Rechtmäßigkeit seines Eigentums für den weggenommenen oder abgelieferten Gegenstand gemacht hat, wenn und soweit sie dessen Wert bei der Wegnahme oder Ablieferung erhöhten. Die Wirtschaftsgüter dürfen vom Antragsteller nicht unrechtmäßig aus den im zweiten Weltkrieg von deutschen Truppen besetzten oder unmittelbar oder mittelbar kontrollierten Gebieten beschafft oder fortgeführt worden sein. Ausgenommen sind demnach insbesondere Schäden von Personen, die den restituierten Gegenstand ohne angemessene Gegenleistung oder mittels eines gegen die guten Sitten verstoßenden Rechtsgeschäfts oder durch eine von ihnen oder zu ihren Gunsten ausgeübte Drohung oder durch widerrechtliche Wegnahme oder durch eine sonstige unerlaubte Handlung erlangt haben,

d) sonstige Schäden durch Wegnahme, Ablieferung, Abbau, Zerstörung, Verwertung oder sonstige Entziehung.

3. Rückerstattungsschäden

Rückerstattungsschäden müssen rückerstattungs- oder rückgriffspflichtigen Personen in Durchführung der in § 11 Nr. 1 des Bundesrückerstattungsgesetzes vom 19. Juli 1957 (Bundesgesetzblatt I S. 734) aufgeführten Vorschriften über die Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände entstanden sein. Voraussezung ist die Rückerstattung eines Writschaftsgutes in natura oder eine Ersatzleistung zur Abwendung einer Rückerstattung in natura auf Grund einer rechtskräftigen Gerichtsentscheidung oder eines rechtsgültigen Vergleichs. Ausgenommen sind Schäden von Personen, die einen der Rückerstattung unterliegenden Gegenstand ohne angemessene Gegenleistung oder mittels eines gegen die guten Sitten verstoßenden Rechtsgeschäfts oder durch eine von ihnen oder zu ihren Gunsten ausgeübte Drohung oder durch widerrechtliche Wegnahme oder durch eine sonstige unerlaubte Handlung erlangt haben.

Rückerstattungsschäden müssen an Wirtschaftsgütern, die zum land- und forstwirtschaftlichen Vermögen oder zum Betriebsvermögen im Sinne des Bewertungsgesetzes gehören, entstanden sein.

4. Belegenheit der betroffenen Wirtschaftsgüter

Darlehen können nur gewährt werden, wenn sich das Wirtschaftsgut — bei Rechten aus Wertpapieren die Urkunde — im Zeitpunkt des Schadenseintritts im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten oder in Gebieten außenhalb der Grenzen des Deutschen Reiches nach dem Gebietsstand vom 31. Dezember 1937 befand.

Bei Schäden der Schiffahrt nach Nummer 2 Buchstaben a und c und Nummer 3 ist § 8 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Feststellung von Vertreibungsschäden und Kriegssachschäden vom 14. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 534) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend anzuwenden.

5. Persönliche Voraussetzungen

Darlehen können natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit oder Volkszugehörigkeit sowie diesen gleichzustellenden juristischen Personen des privaten Rechts gewährt werden, wenn der Schaden in ihrem Geschäftsbetrieb entstanden ist.

Den juristischen Personen sind gleichzustellen: offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Reedereien.

6. Betriebsnachfolge

Natürliche und juristische Personen, die selbst keinen Schaden erlitten haben, können als Betriebsnachfolger Darlehen erhalten, wenn

a) sie einen Geschäftsbetrieb von einer anderen Person erworben haben, bei der die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für die Gewährung eines Darlehens im Zeitpunkt der Aufgabe des Geschäftsbetriebes vorgelegen haben und

b) sie den erworbenen Geschäftsbetrieb im Zeitpunkt der Antragstellung ohne wesentliche Änderung des Geschäftszwecks in derselben oder einer anderen Rechtsform fortführen.

Ist der Betriebsnachfolger eine natürliche Person, so muß außerdem eine der beiden folgenden Voraussetzungen erfüllt sein:

a) Wenn eine natürliche Person Betriebsvorgänger gewesen ist, muß der Betriebsnachfolger mit ihr entweder in gerader Linie oder mindestens im dritten Grad der Seitenlinie verwandt oder verschwägert (§§ 1589 f. BGB) oder ihr Ehegatte sein oder gewesen sein.

b) Wenn eine juristische Person Betriebsvorgänger gewesen ist, muß entweder der Betriebsnachfolger selbst oder ein unter a) genannter naher Angehöriger von ihm im Zeitpunkt des Schadenseintrittes zu in der Regel mindestens 50% an dem Geschäftsbetrieb beteiligt gewesen sein.

Ein Darlehen wird nicht gewährt, wenn bei der Betriebsnachfolge die Wertminderung des geschädigten Betriebes bei Bemessung eines Entgeltes oder in sonstiger Weise zugunsten des Betriebsnachfolgers berücksichtigt worden ist.

Wird einem Betriebsnachfolger ein Darlehen gewährt, so erhält die unmittelbar geschädigte natürliche oder juristische Person kein Darlehen.

7. Personenkreis (natürliche Personen)

Natürliche Personen müssen ferner

a) am 31. Dezember 1952 ihren Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes oder in einem Staat, der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. April 1956 anerkannt hatte, gehabt haben und im Geltungsbereich dieses Gesetzes oder in solchen Staaten ansässig geblieben sein, oder

b) nach dem 31. Dezember 1952
entweder im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes ihren Wohnsitz begründet oder ständigen Aufenthalt genommen haben und in diesem Gebiet oder in zu a) genannten Staaten ansässig geblieben sein
oder im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes ihren Wohnsitz begründen oder ständigen Aufenthalt nehmen

(1) als Vertriebene (Aussiedler) gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 3 des Lastenausgleichsgesetzes spätestens 6 Monate nach dem Zeitpunkt, in dem sie die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete oder das Gebiet desjenigen Staates, aus dem sie vertrieben oder ausgesiedelt worden sind, verlassen haben, wobei die Zeiten nicht mitgerechnet werden, in denen ein Vertriebener nach Verlassen eines der in § 11 Abs. 2 Nr. 3 des Lastenausgleichsgesetzes bezeichneten Staaten, aus dem er vertrieben oder ausgesiedelt worden ist, in einem anderen der dort bezeichneten Staaten sich aufgehalten hat, oder

(2) als Heimkehrer nach den Vorschriften des Heimkehrergesetzes oder

(3) als Sowjetzonenflüchtlinge im Sinne des § 3 des Bundesvertriebenengesetzes oder

(4) im Wege der Familienzusammenführung zu den Ehegatten oder als Minderjährige zu ihren Eltern oder als hilfsbedürftige Elternteile zu ihren Kindern, vorausgesetzt, daß der nachträglich Zugezogene mit einer Person zusammengeführt wird, die schon am 31. Dezember 1952 im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes den Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt hatte oder unter Nummer 1 bis 3 fällt. Dabei sind im Verhältnis zwischen Eltern und Kindern auch Schwiegerkinder zu berücksichtigen, wenn das einzige oder letzte Kind verstorben oder verschollen ist.

8. Personenkreis (juristische Personen)

Juristische Personen müssen am 31. Dezember 1952 den Sitz oder den Ort ihrer Geschäftsleitung in dem Gebiet gehabt haben, das den Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes und die Staaten umfaßt, welche die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. April 1956 anerkannt hatten. Der Sitz oder Ort ihrer Geschäftsleitung muß in diesem Gebiet geblieben sein. Bei einem Konzernunternehmen im Sinne von § 15 des Aktiengesetzes, das seinen Sitz oder den Ort seiner Geschäftsleitung in einem Staat hat, der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. April 1956 anerkannt hatten. Der Sitz oder Ort ihrer Geschäftsleitung muß in diesem Gebiet geblieben sein. Bei einem Konzernunternehmen im Sinne von § 15 des Aktiengesetzes, das seinen Sitz oder den Ort seiner Geschäftsleitung in einem Staat hat, der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. 4. 1956 anerkannt hatte, muß sich der Sitz oder Ort der einheitlichen Leitung des Konzerns oder der Geschäftsleitung des herrschenden Unternehmens im Geltungsbereich des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes oder in einem Staat befinden, welcher die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. April 1956 anerkannt hatte.

II. Teil

BESONDERE VORAUSSETZUNGEN

A. Darlehen für Vorhaben im Ausland

9. Auswahl der Vorhaben

Die Förderungswürdigkeit des einzelnen Wiederaufbau- oder Ausbauvorhabens ist auf Grund seiner außenwirtschaftlichen Bedeutung zu beurteilen. Die Eignung des Vorhabens zum Ausbau außenwirtschaftlicher Beziehungen ist hierbei ausschlaggebend.

Der Antragsteller muß über Voraussetzungen für eine entsprechende Tätigkeit im Ausland verfügen. Er muß diese Voraussetzungen nachweisen.

Bevorzugt gefördert werden sollen solche Unternehmen, die schon damit begonnen haben, ihre Tätigkeit im Ausland wieder aufzunehmen.

Die Darlehen können gewährt werden für

a) die Errichtung oder den Ausbau von Tochterunternehmungen und Zweigniederlassungen sowie den Erwerb von Unternehmen und Beteiligungen an Unternehmen im Ausland zur wirtschaftlichen Betätigung durch Handel, Produktion oder Montage;

b) die Anlage oder den Erwerb von landwirtschaftlichen Betrieben im Ausland.

10. Darlehensverwendung

Die Darlehen sind in erster Linie für Investitionen zu verwenden. Ein angemessener Darlehensteilbetrag kann auch zur Betriebsmittelfinanzierung bewilligt werden. Dieser Teilbetrag ist in der Regel für Anlaufskosten oder ähnliche Kosten zu verwenden.

Der jeweilige Verwendungszweck ist in der Darlehenszusage zu kennzeichnen. Der Darlehensbetrag soll nicht zur Konsolidierung bestehender Bankverpflichtungen verwendet werden.

11. Darlehensbedingungen

Der Darlehensempfänger muß sich entsprechend seiner Vermögens- und Liquiditätslage an der Finanzierung des Vorhabens mit eigenen oder sonstigen Mitteln angemessen beteiligen.

Der Zinssatz für den letzten Darlehensnehmer beläuft sich auf 5% p. a., bei land- und forstwirtschaftlichen Vorhaben auf 4½% p. a.

Die Auszahlung der Darlehen erfolgt zu 100%. Der Darlehensbetrag wird entsprechend dem Fortgang des zu finanzierenden Vorhabens in Teilbeträgen zur Verfügung gestellt.

Die Laufzeit des Darlehens ist in erster Linie nach dem Verwendungszweck und nach der Leitsungsfähigkeit des jeweiligen Darlehensnehmers festzusetzen. Sie soll 15 Jahre nicht überschreiten. Die tilgungsfreie Zeit beträgt — je nach den Verhältnissen des einzelnen Falles — bis zu 5 Jahren.

Die Tilgung der Darlehen hat nach Ablauf der tilgungsfreien Jahre in halbjährlich fälligen Raten zu erfolgen. Der Darlehensnehmer ist berechtigt, das Darlehen ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen.

B. Darlehen für Vorhaben im Inland

12. Darlehensverwendung

Die Darlehen werden für Investitionen zur Durchführung volkswirtschaftlich förderungswürdiger Wiederaufbau- oder Ausbauvorhaben gewährt. In diesem Rahmen können sie auch zur Durchführung von Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bewilligt werden. In Rückerstattungsfällen kann ein Darlehen auch zur Abwendung der Rückerstattung in natura gewährt werden, sofern eine volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit gegeben ist.

Wenn volkswirtschaftlich förderungswürdige Investitionen der unter Absatz 1 genannten Art nach dem 1. Januar 1955 bereits durchgeführt worden sind oder rückerstattungsrechtliche Leistungen bereits erbracht oder rückerstattungsrechtliche Verpflichtungen übernommen worden sind und wenn ein betriebswirtschaftlich gerechtfertigtes Bedürfnis zur Konsolidierung der finanziellen Situation besteht, können auch hierfür Darlehen gewährt werden. Zur Ablösung von Krediten aus öffentlichen Mitteln oder für Sanierungszwecke dürfen Darlehen nicht bewilligt werden.

13. Auswahl der Vorhaben

Bei der Darlehensgewährung sind Anträge kleiner und mittlerer Unternehmen bevorzugt zu berücksichtigen.

14. Darlehensbedingungen

Der Darlehnsempfänger muß sich entsprechend seiner Vermögens- und Liquiditätslage an der Finanzierung des Vorhabens mit eigenen oder sonstigen Mitteln angemessen beteiligen.

Der Zinsssatz für den letzten Darlehensnehmer beläuft sich auf 6% p.a., bei land- und forstwirtschaftlichen Vorhaben auf 4½% p. a.

Die Auszahlung der Darlehen erfolgt zu 100%. Der Darlehensbetrag wird entsprechend dem Fortgang des zu finanzierenden Vorhabens in Teilbeträgen zur Verfügung gestellt.

Die Laufzeit des Darlehens ist in erster Linie nach dem Verwendungszweck und nach der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Darlehensnehmers festzusetzen. Sie soll 12 Jahre nicht überschreiten. Die tilgungsfreie Zeit beträgt — je nach den Verhätlnissen des einzelnen Falles — bis zu 3 Jahren.

Die Tilgung der Darlehen hat nach Ablauf der tilgungsfreien Jahre in halbjährlich fälligen Raten zu erfolgen. Der Darlehensnehmer ist berechtigt, das Darlehen ganz oder teilweise vorzeitig zurückzuzahlen.

C. Gemeinsame Bestimmungen

15. Höhe der Darlehen

Die Höhe des Wiederaufbau- oder Ausbaudarlehens richtet sich danach, welche Mittel zur Durchführung eines als volkswirtschaftlich förderungswürdig anerkannten Vorhabens erforderlich sind. Das Vorhaben soll in einem angemessenen Verhältnis zu dem eingetretenen Schaden stehen.

Soweit aus öffentlichen Mitteln bereits Darlehen oder sonstige Finanzierungshilfen gewährt worden sind, ist dies bei Beurteilung der Dringlichkeit und der Höhe des beantragten Darlehens zu beachten.

16. Sicherheiten

Für die Besicherung der Darlehen finden grundsätzlich die bei den Kreditinstituten geltenden Satzungsvorschriften Anwendung.

17. Zweckbindung der Darlehen

Ein Darlehen darf nur für den Zweck, für den es gewährt wurde, verwendet werden.

Bestimmungswidrig verwandte Darlehen werden sofort fällig. In diesem Falle erhöht sich der Zinssatz rückwirkend vom Zeitpunkt der Inanspruchnahme des Darlehens an auf 2% über den in Nummer 11 bzw. Nummer 14 genannten Zinssatz, mindestens jedoch auf 2% über den Diskontsatz der Deutschen Bundesbank.

18. Auftragsvergabe

Der Darlehensnehmer soll bei der Vergabe von Aufträgen die „Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen vom 31. März 1954" (Bundesanzeiger Nr. 68 vom 7. April 1954) beachten.

Bevorzugte Auftragsbewerber sind danach

a) Vertriebene und Sowjetzonenflüchtlinge und diesen gleichgestellte Personen sowie Unternehmen, an denen diese Personen mit mindestens der Hälfte des Kapitals beteiligt sind, sofern ihre Beteiligung für mindestens 6 Jahre sichergestellt ist;

b) Personen und Unternehmen aus den Gebieten, die der Bundesminister für Wirtschaft als notleidende Gebiete — Zonenrandgebiete und Berlin (West) — anerkannt hat.

III. Teil

VERFAHREN

19. Darlehensantrag

Anträge auf Gewährung von Wiederaufbau- oder Ausbaudarlehen sind vom Antragsteller in zweifacher Ausfertigung an ein Kreditinstitut seiner Wahl zu richten.

Der Darlehensantrag muß enthalten:

a) Angaben und Beweisunterlagen über Art, Höhe und Zeitpunkt des erlittenen Schadens,

b) Angaben über die fortdauernde erhebliche Behinderung der wirtschaftlichen Entwicklung infolge des erlittenen Schadens,

c) eine eingehende Begründung des Wiederaufbau- oder Ausbauvorhabens, aus der sich insbesondere die volkswirtschaftliche Förderungswürdigkeit ergibt.

Wenn der Schaden bereits bei einer Landeswirtschaftsverwaltung angemeldet ist, kann auf diese Anmeldung Bezug genommen werden .

Das Kreditinstitut leitet beide Ausfertigungen des Darlehensantrages an die zuständige Landeswirtschaftsverwaltung weiter.

20. Zuständige Landwirtschaftsverwaltung

Zuständig ist die Landeswirtschaftsverwaltung, in deren Gebiet der Wohnsitz oder ständige Aufenthaltsort oder der Sitz oder Ort der Geschäftsleitung des Antragstellers liegt.

Hat der Antragsteller seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort oder den Sitz oder Ort seiner Geschäftsleitung in einem Staat, der die Regierung der Bundesrepublik Deutschland am 1. April 1956 anerkannt hatte, dann ist der Senator für Außenhandel der Freien Hansestadt Bremen die zuständige Landeswirtschaftsverwaltung.

21. Antragsprüfung

Die Landeswirtschaftsverwaltung prüft die Angaben des Antragstellers; dabei zieht sie die Unterlagen bei und holt die Auskünfte ein, die sie für erforderlich hält. Schadensfälle, die andere Geschäftsbereiche berühren, werden von der Landeswirtschaftsverwaltung im Einvernehmen mit der insoweit zuständigen obersten Landesbehörde oder der von dieser beauftragten Dienststelle bearbeitet.

Bei Rückerstattungsschäden hat die Landeswirtschaftsverwaltung eine Stellungnahme der zuständigen Oberfinanzdirektion (Bundesvermögens- und -bauabteilungen)

a) zur Frage des loyalen Erwerbs des der Rückerstattung unterliegenden Gegenstandes und

b) zur Höhe des Schadens

einzuholen.

Ist ein Rückerstattungsverfahren durch Vergleich geregelt, so hat sich die Stellungnahme auf die Angemessenheit der Vergleichssumme zu erstrecken.

22. Schadensermittlung

Die Höhe des Schadens wird nur ihrer Größenordnung nach ermittelt. Maßgebend ist der Zeitwert im Zeitpunkt der rechtlichen oder wirtschaftlichen Vermögensentziehung oder der bereits anderweitig ermittelte Schaden.

23. Entscheidung über den Darlehensantrag

Die Landeswirtschaftsverwaltung leitet den Darlehensantrag mit einer schriftlichen Stellungnahme an den Bundesminister für Wirtschaft weiter.

Der Bundesminister für Wirtschaft prüft, ob die Voraussetzungen des § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (Nummer 19 Abs. 2 dieser Richtlinien) erfüllt sind und teilt das Ergebnis dem Hauptleihinstitut mit.

Erfüllt der Darlehensantrag die Voraussetzungen des § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes, so fordert das Hauptleihinstitut das Kreditinstitut auf, die kreditmäßige Beurteilung vorzulegen.

Erfüllt der Darlehensantrag dei Voraussetzungen des § 85 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes nicht, so teilt das Hauptleihinstitut dies dem Kreditinstitut mit, das den Antragsteller unterrichtet.

Das Hauptleihinstitut entscheidet über die Gewährung des Darlehens im Einvernehmen mit den beteiligten Bundesministerien.

24. Hauptleihinstitut

Hauptleihinstitute sind die Lastenausgleichsbank, Bad Godesberg und die Industriekreditbank AG, Düsseldorf.

1255

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferlaubnisscheinen

Nachstehend bezeichneter Spengstofferlaubnisschein wird hiermit für ungültig erklärt:

Name und Wohnort des Inhabers	Muster, Nummer und Jahr der Ausstellung des Scheines	Aussteller
Anton Jung Wiesbaden-Biebrich Diltheystraße 22	A 59 1958	GAA Wiesbaden

Wiesbaden, 5. 12. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
A III Az. 53 c 04.05.2 — Tgb.Nr. 7793/58
St.Anz. 52/1958 S. 1571

1256

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Umbenennung des Forstamtes König in Forstamt Bad König

Die im St.Anz. 1958 S. 1435 veröffentlichte Bekanntmachung ist versehentlich unter der Rubrik des Hessischen Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr erschienen. Die Bekanntmachung betrifft den Geschäftsbereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten und trägt als Unterschrift „Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten".

Wiesbaden, 15. 12. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
III f — I/3267 — 301.06
St.Anz. 52/1958 S. 1571

1257

Flurbereinigung Oberselters, Krs. Limburg

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Oberselters, Kreis Limburg, wird hiermit angeordnet.

2. Das Flurbereinigungsgebiet umfaßt die gesamte Gemarkung Oberselters mit Ausnahme der Ortslage und der als Baugebiet vorgesehenen Flächen. Die ausgeschlossenen Grundstücke sind in dem als Anlage 1 zu diesem Beschluß bezeichneten Verzeichnis, das einen Bestandteil des Beschlusses bildet, aufgeführt. Das Flurbereinigungsgebiet hat eine Größe von 406 ha, in denen eine Waldfläche von 82 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die ebenfalls einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen, die ausgeschlossenen Teile durch einen orangen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Oberselters mit dem Sitz in Oberselters" und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG. aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtsich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt im Limburg/Lahn, Gymnasiumsplatz 2, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Fetsetzungen gelten lassen .Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 FlurbG. ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hekken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit lindeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger des Landes Hessen veröffentlicht und in den Gemeinden Oberelters, Niederselters, Eisenbach und Dauborn öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern in Oberselters, Niederselters, Eisenbach und Dauborn zwei Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 10. 11. 1958

Landeskulturamt
WF 195 — 29488/58
St.Anz. 52/1958 S. 1571

Anlage 1 zum Flurbereinigungsbeschluß von Oberselters
Verzeichnis der vom Umlegungsverfahren ausgeschlossenen Flurstücke

Flur 1, Flurstücke ganz.

Flur 2, Flurstücke 64a/98, 66a/99, 78/99, 81/99, 100/1, 101-103, 72/104, 105/1, 107-109, 61/110, 11/111, 12/111, 13/111, 112/1, 113/1, 114, 62/116, 63/116, 117, 118, 119/1, 31/120, 121, 134/1, 48/135, 49/136, 22/142, 23/142, 24/143, 83/144, 145/1, 146/1, 73/153, 76/153, 77/154, 155, 162, 163, 52/164, 53/168 teilweise, 170/1, 67/170, 68/170, 80/170.

Flur 3, Flurstücke 171/1, 23/172, 173, 174/1, 175/1, 30/175, 176/1 teilweise, 177, 178, 179/1, 180, 182/1, 34/183, 185, 35/186, 187, 188/1, 189/1, 190, 36/191, 192, 193/1, 194/1, 226-255, 39/256, 40/256, 257-301, 302/3, 303, 38/304 teilweise, 305 teilweise, 306-311.

Flur 4, Flurstücke 24/325, 25/325, 26/325, 27/325, 28/325, 31/346, 32/346, 347/352, 359/1, 359/2, 11/362, 526, 527, 528, 531/1.

Flur 15, Flurstücke 74/1742, 1742/1, 1742/2, 31/1756, 32/1756, 33/1756, 39/1756, 40/1756, 47/1756, 48/1756, 37/1758, 41/1758, 44/1758, 49/1758, 1758/1, 42/1759, 43/1759, 52/1759, 1761/4, 1761/5, 1761/6, 1762/1, 1763/1, 1763/2, 1763/3, 1763/4, 1763/5, 1763/6, 1764/2, 1764/3, 1765/1, 1765/2, 1765/3, 1765/4, 1765/5, 1765/6, 60/1777, 65/1777, 66/1777, 1778/1, 1778/2, 1778/3, 1778/4, 1778/5, 1778/6, 1778/7, 1778/8, 1778/9, 1778/10, 1778/11, 1778/13, 1790/1, 29/1790, 1791, 1792/1, 1792/3, 1793/1, 1793/3, 18/1830, teilweise, 22/1830, 38/1830, 1831 teilweise, 1832 teilweise, 1834 teilweise, 20/1830 teilweise

Flur 21, Flurstücke 2436/2, 2436/3, 2436/5, 2437/7, 2437/6, 2438/1, 2438/8, 2438/9, 2438/10, 2439/1, 2439/7, 2440/1, 2440/6, 2441/1, 2441/2, 2441/3, 2441/4, 2441/5, 2441/6, 2442/1, 2442/2, 2442/3, 2442/4, 2442/5, 2442/6, 20/2561 teilweise.

1258

Flurbereinigung Ober-Modau, Krs. Darmstadt

Flurbereinigungsbeschluß

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Ober-Modau, Krs. Darmstadt, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich der Ortslage und des Waldes festgestellt. Es hat eine Größe von 454,5016 ha, worin eine Waldfläche von 212,54 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Ober-Modau" mit dem Sitz in Ober-Modau. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Darmstadt, Rheinstraße 102, Block C, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85/5 FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich:

a) Wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören;

b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen;

c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden;

d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen.

Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist.

Sind Eingriffe entgegen Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen.

Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällte, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeide Ober-Modau sowie in den Nachbargemeinden: Nieder-Modau, Frankenhausen, Neutsch, Ernsthofen, Asbach und Rohrbach, sämtlich Kreis Darmstadt, öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

Wiesbaden, 21. 11. 1958

Landeskulturamt
DF — 272 — G.Nr. 41754/58
St.Anz. 52/1958 S. 1572

1259

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern

a) Ministerium

ernannt:

zum Oberregierungsbaurat: Regierungsbaurat (BaL) Friedrich Gunkel (29. 5. 1958)

zum Regierungsrat (BaL): Regierungsrat z. Wv. Paul Boris (29. 9. 1958)

zum Regierungrat (BaK): Regierungsassessor Friedrich Wilhelm Roth (4. 8. 1958)

zu Amtsräten: die Regierungsamtmänner (BaL) Heinz Czerwinski (31. 10. 58); Franz Faber (31. 10. 58); Alex Simsch (31. 10. 58) und Karl Thon (31. 10. 58);

zur Regierungsoberinspektorin: die Regierungsinspektorin (BaL) Christa Peters (3. 11. 1958);

zu Regierungsoberinspektoren: die Regierungsinspektoren (BaL) Karl Horn (31. 10. 58); Waldemar Matthé (31. 10. 58); Hans Mindemann (31. 10. 58); Heinrich Scheld (31. 10. 58) und Karl Scherf (31. 10. 1958);

zur Regierungshauptsekretärin: Regierungsobersekretärin (BaL) Gertrud Groth (1. 12. 1958);

zu Regierungshauptsekretären: die Regierungsobersekretäre (BaL) Karl Kettenbach (28. 11. 58) und Heinrich Klimm (28. 11. 1958);

zur Regierungsobersekretärin: Regierungssekretärin (BaL) Margarete Herbert (28. 11. 1958);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Regierungsrat Dr. Herbert Schirrmacher (6. 10. 1958).

Wiesbaden, 5. 12. 1958

Der Hessische Minister des Innern
I b 2 — 8 b — P 405
St.Anz. 52/1958 S. 1572

D. im Bereich des Hess. Ministers der Finanzen

c) Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden

ernannt:

zu Oberregierungsvermessungsräten: die Regierungsvermessungsräte (BaL) Friedrich Klages, Katasteramt Frankfurt a. M.-Höchst, Walter Krawielitzki, Hess. Landesvermessungsamt (1. 8. 58), Heinrich Geißler, Katasteramt Gießen (1. 9. 1958).

zum Regierungsvermessungsrat (BaK): der Regierungsvermessungsassessor (BaW) Heinz Hubert Wesener, Katasteramt Limburg a. d. L. (1. 9. 1958)

zu Regierungsvermessungsassessoren die Assessoren im Vermessungsdienst Horst Peter Bertinchamp, Hess. Landesvermessungsamt und Heinrich Hoos, Katasteramt Heppenheim (10. 10. 1958).

zu Vermessungsoberinspektoren: die Vermessungsinspektoren (BaL) Günter Burose, Hess. Landesvermessungsamt (1. 7. 58), Georg Langer, Katasteramt Schlüchtern (1. 10. 58), Walter Diekmann, Katasteramt Marburg a. d. L. (1. 11. 58)

berufen:

Beamtenverhältnis auf Lebenszeit: der Regierungsvermessungsrat Heinrich Hendt, Katasteramt Usingen (7. 11. 1958) der Vermessungsinspektor Willi Sommer, Hess. Landesvermessungsamt (22. 10. 1958)

in den Ruhestand versetzt: Vermessungsinspektor Friedrich Siebert, Katasteramt Bad Hersfeld (1. 11. 1958), Vermessungsoberinspektor Philipp Lipp, Hess. Landesvermessungsamt, Vermessungsinspektor Josef Giebel, Katasteramt Witzenhausen, Vermessungssekretär Jakob Weigand, Katasteramt Darmstadt (1. 12. 1958).

Wiesbaden, 3. 12. 1958

Hessisches Landesvermessungsamt
St.Anz. 52/1958 S. 1572

F. im Bereich des Hess. Ministers für Erziehung und Volksbildung

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt:

zu Studienassessoren (BaW):

die Assessoren im Lehramt (BaW. befristet)

Waldemar Gräf, Oberursel (24. 6. 1958); Walter Schürrer, Biedenkopf (18. 8. 1958); Sigrid Frenkel, Hanau (15. 8. 58); Michelle Duhamel, Frankfurt/M. (23. 8. 1958); Helmut Färber, Frankfurt/M. (19. 8. 1958); Gerhard Stellmach, Gelnhausen (30. 9. 1958); Bernd-Rüdiger, Wagenbach, Hofheim (30. 9. 1958); Joachim Kuzay, Hofheim (30. 9. 1958); Dr. Ida Kugler, Geisenheim (30. 9. 1958); Hannelore Decker, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Dr. Helmut Flenner, Wiesbaden (30. 9. 1958); Hildegard Zuber, Wiesbaden (30. 9. 1958); Elisabeth Müller, Wiesbaden (30. 9. 1958); Herbert Zeutzem, Wiesbaden (30. 9. 1958); Kornelia Zengerly, Wiesbaden (30. 9. 1958); Wilhelm Theiss, Wiesbaden (30. 9. 1958); Alfred Langguth, Biedenkopf (1. 11. 1958); Günter Koch, Dillenburg (2. 10. 1958); Joachim Schüttler, Schlüchtern (1. 10. 1958); Helga Schmidt, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Kurt Wenzlitschke, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Wilhelm Knöll, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Richard Wagner, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Günter Klemens, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Josef Kollewe, Frankfurt/M. (30. 9. 1958); Dr. Ingeborg Nickelsen, Frankfurt/M. (3. 11. 1958);

zu Studienräten (BaK):

die Studienassessoren (BaW):

Anna Winter, Wiesbaden (26. 6. 1958); Theo Weimer, Wiesbaden (18. 6. 1958); Martin Gauch, Wiesbaden (28. 6. 1958); Dr. Günter Ludwig, Frankfurt/M. (8. 7. 1958); Christel Kullmann, Frankfurt/M. (24. 7. 1958); Karl-Ludwig, Häußge, Wiesbaden (19. 9. 1958);

Studienrat z. Wv. Kurt Bechert, Wiesbaden (2. 7. 1958);

zu Studienräten (BaL):

Studienassessorin (BaW) Wilhelmine Kriegeskotten, Wiesbaden (26. 6. 1958);

Oberschullehrerin (BaL) Hanni Schultheis, Wiesbaden (11. 8. 1958);

zu Oberstudienräten:

Studienrat (BaL) Hans Hess, Gelnhausen (22. 4. 1958);

zu Oberstudiendirektoren:

die Oberstudienräte (BaL) Herbert Albrecht, Königstein (31. 7. 1958); Walter Sauer, Limburg (25. 10. 1958);

Studienrat (BaL) Herbert Enderwitz, Hanau (14. 8. 1958);

zum Oberschullehrer:

Lehrer (BaL) Michael Emmes, Hofheim (20. 6. 1958);
Angestellte Annemarie Weihe, Frankfurt/M. (1. 10. 1958);

zur Mittelschullehrerin (BaK):

die Angestellte Ursula Coulon, Wetzlar (14. 7. 1958);

berufen:

in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

die Studienräte (BaK) Herbert Rühl, Frankfurt/M. (5. 7. 1958); Elisabeth Bormann, Frankfurt/M. (2. 7. 1958); Willibald Heilmann, Frankfurt/M. (8. 7. 1958); Kurt Kress, Frankfurt/M. (8. 7. 1958); Karl Wolf, Frankfurt/M. (28. 2. 1958); Dr. Alfred Rosenberger, Frankfurt/M. (4. 8. 1958); Dr. Carmen Rohe, Oberursel (5. 9. 1958); Walter Schönig, Hanau (14. 8. 58); Maria Nowak, Schlüchtern (16. 8. 1958); Ernst Erd, Kronberg (14. 8. 1958); Wolfgang Zirkel, Königstein (14. 8. 1958); Dr. Heinz Grosche, Bad Homburg (11. 8. 1958); Reinhold Zinßer, Gelnhausen (14. 8. 1958); Herbert Scholz, Bad Homburg (14. 8. 1958); Walter Kromp, Hanau (14. 8. 1958); Karl-Heinz Klimmer, Bad Homburg (14. 8. 1958); Alfred Czwalinna, Hanau/M. (14. 8. 1958); Bernd Zack, Gelnhausen (14. 8. 1958); Ilse Römer, Oberursel (1. 9. 1958); Hella Oechsler, Oberursel (3. 9. 1958); Dr. Werner Bode, Oberursel (2. 9. 1958); Wolfgang Ronner, Kronberg (14. 8. 1958); Rudolf Junghans, Wiesbaden (9. 9. 1958); Karl-Heinrich Heil, Bad Homburg (7. 8. 1958); Dr. Helge Ries, Wiesbaden (9. 9. 1958); Theobald Weimer, Wiesbaden (25. 9. 1958); Dr. Richard Grün, Oberursel (4. 9. 1958); Karl-August Darapsky, Frankfurt/M. (26. 9. 1958); Karl-Ludwig Häußge, Wiesbaden (29. 9. 1958); Hildegard Schwermer, Frankfurt/M. (29. 9. 1958); Dr. Karl-Wilhelm Müller, Frankfurt/M. (22. 5. 1958); Günther Herßebroick, Wiesbaden (8. 10. 1958); Günther Gremm, Wiesbaden (8. 10. 1958); Helmut Radon, Wiesbaden (8. 10. 1958); Heinz-Günter Viehl, Wiesbaden (8. 10. 1958); Dr. Josef Burg, Geisenheim (8. 10. 1958); Ursula Krause, Wiesbaden (8. 10. 1958); Joachim Wolff, Wiesbaden (8. 10. 1958); Heinz Vierengel, Frankfurt/M. (27. 9. 1958); Dr. Klaus Klöckner, Herborn (21. 10. 1958); Gerd Bauer, Idstein (22. 10. 1958); Dr. Ewald Fischbach, Hanau (9. 10. 1958); Mathilde Fendler, Wiesbaden (6. 10. 1958); Dr. Herta Schmidt, Frankfurt/M. (22. 10. 1958); Dr. Karl Messerschmidt, Frankfurt/M. (8. 10. 1958); Karl-Heinz Wissing, Frankfurt/M. (17. 10. 1958); Kurt Hanson, Wiesbaden (7. 11. 1958);

den Oberschullehrer
Martin Kriller, Wiesbaden (8. 10. 1958);

in den Ruhestand versetzt:

Studienrat Dr. Max Tasche, Frankfurt/M. (1. 8. 1958); Oberstudienrätin Dr. Elisabeth Schmitz, Hanau (1. 9. 1958); Studienrätin Gertrud Anacker, Wiesbaden (1. 10. 1958); Studienrätin Aenne Schmücker, Wiesbaden (1. 10. 1958); Studienrätin Ilse Rang, Wiesbaden (1. 10. 1958); Studienrätin Dr. Paula Henrich, Frankfurt/M. (1. 4. 1958); Studienrat Dr. Emil Küppersbusch, Wetzlar (1. 10. 1958); Studienrat Dr. Hans Steinthal, Frankfurt/Main (1. 10. 1958); Studienrätin Margarete Becker, Wetzlar (1. 10. 1958); Oberstudiendirektor Dr. Ludwig Ernst, Frankfurt/M.-Höchst (1. 10. 1958);

entlassen:

Studienassessorin Irmgard Yorck von Wartenburg, Frankfurt/M. (1. 10. 1958); Studienassessorin Hilde Heyduck, Frankfurt/M. (1. 10. 1958); Studienassessorin Edith König, Geisenheim (1. 10. 1958); Studienrätin Käthe Viehl, Wiesbaden (1. 10. 1958);

Wiesbaden, 21. 8. 1958

Der Regierungspräsident
II 9/1aa — II c — Az.: D 34
St.Anz. 52/1958 S. 1573

d) Regierungspräsident in Wiesbaden

ernannt:

zu apl. Gewerbeoberlehrern auf Widerruf:

Gewerbelehramtsanwärter Wolfgang König, Frankfurt/M (5. 2. 58), Karl-Heinz Becker, Wetzlar (2. 4. 58), Heinz Bezdek, Frankfurt /M. (15. 9. 58), Götz Pforr, Frankfurt/M. (31. 7. 58), Erhard Bornemann, Frankfurt/M. (3. 6. 58)

Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis Hans-Georg Bowitz, Frankfurt/M. (10. 9. 58)

Gewerbelehrer im Angestelltenverhältnis Heinrich Pilz, Frankfurt/M. (10. 6. 58), Walter Opitz, Hanau (20. 6. 58), Paul Schmidt, Wetzlar (2. 7. 58), Willy Bleß, Biedenkopf (4. 7. 58), Siegfried Sachs, Wetzlar (3. 9. 58), Alfred Kreßner, Frankfurt/M. (15. 8. 58), Heinz-Jörg Richardt, Hofheim a/Ts. (25. 8. 58), Kurt Krege, Hanau (1. 9. 58)

Gewerbelehramtsanwärterin Elisabeth Scheid, Wiesbaden (18. 8. 58), Hildegard Schmitt, Frankfurt/M. (18. 8. 58), Liselotte Driest, Dillenburg (15. 8. 58), Rita Ferbers, Oberursel (14. 8. 58), Gisela Kathke, Frankfurt/M. (15. 9. 58)
Gewerbelehrerin im Angestelltenverhältnis Hildegard Farr, Hanau (14. 8. 58)

zu apl. Handelsoberlehrern auf Widerruf:

Handelslehramtsanwärter Hermann Worm, Frankfurt/M. (20. 6. 58), Siegfried Leder, Frankfurt/M. (11. 7. 58), Wolfgang Stephan, Wetzlar (14. 8. 58), Walter Linnemann, Frankfurt/M. (15. 8. 58), Hans Neeb, Frankfurt/M. (15. 9. 58), Rolf Weber, Wiesbaden (3. 6. 58)

Handelslehramtsanwärterin Dietlinde Stricker, Dillenburg (14. 8. 58), Irmtraud Gerstner, Hanau (18. 8. 58), Leonore Lenné, Frankfurt/M. (11. 9. 58), Ingrid Lisop, Frankfurt/M. (16. 9. 58), Ingeburg Stegmann, Frankfurt/M. (14. 8. 58)

zum apl. Gartenbau-Oberlehrer auf Widerruf:

Gartenbau-Assessor Wedigo Papke, Frankfurt/M. (11. 9. 58)

zu apl. Landwirtschaftsoberlehrern auf Widerruf:

Landwirtschafts-Lehramtsanwärterin Ilse Schulz, Biedenkopf (24. 7. 58)

Landwirtschaftsoberlehrerin im Angestelltenverhältnis Hanna Samm, Hanau (8. 7. 58)

zu Fachlehrern auf Kündigung:

Gewerbelehrer Walter Kubetz, Schlüchtern (14. 6. 58)

Fachlehrer im Angestelltenverhältnis Friedrich Rüger, Hanau (1. 11. 58)

zu Gewerbeoberlehrern auf Kündigung:

apl. Gewerbeoberlehrer Rudolf Weber, Gelnhausen (6. 5. 58), Wolfgang Thoma, Wetzlar (11. 8. 58)

Gewerbeoberlehrer im Angestelltenverhältnis Hermann Wald, Wiesbaden (13. 6. 58)

apl. Gewerbeoberlehrerin Erika Lange, Oberursel i/Ts. (28. 4. 58)

Gewerbeoberlehrerin im Angestelltenverhältnis Hannelore Schirmer, Wiesbaden (31. 7. 58)

zu Handelsoberlehrern auf Kündigung:

apl. Handelsoberlehrer Rudolf Ressel, Hofheim a/Ts. (19. 9. 58), Wilhelm Poli, Wiesbaden (31. 7. 58)

Dipl.-Handelslehrer Studienrat Wilhelm Förchtgott, Frankfurt/M. (1. 8. 58)

apl. Handelsoberlehrerin Irene Bauch, Wiesbaden (22. 9. 58) Handelsoberlehrerin im Angestelltenverhältnis Christine Wollensack, Hofheim a/Ts. (1. 8. 58), Christa Seemann, Hanau (1. 9. 58)

zur Landwirtschaftsoberlehrerin auf Kündigung:

Landwirtschaftsoberlehrerin im Angestelltenverhältnis Anneliese Eibel, Hanau (5. 7. 58)

zum Baudirektor im technischen Schuldienst:

Baurat im techn. Schuldienst Dipl.-Ingenieur Hermann Bürger, Frankfurt/M. (25. 4. 58)

zum Berufsschuldirektor:

Gewerbeoberlehrer und Seminarleiter Hans Heiligenstein, Wiesbaden (22. 10. 58)

Gewerbeoberlehrer Georg Müller, Frankfurt/M. (25. 7. 58)

zum Baurat im technischen Schuldienst auf Kündigung:

Dozent im Probedienst Dipl.-Ingenieur Dr. Hans Gerger, Frankfurt/M. (29. 7. 58)

zum Oberbaurat im technischen Schuldienst:

Baurat im technischen Schuldienst Adolf Ronnefeldt, Frankfurt/M. (1. 11. 58), Eduard Rosenthal, Frankfurt/M. (1. 11. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Fachlehrer Alfred Kachelrieß, Frankfurt/M. (14. 8. 58)

Gewerbeoberlehrer Martin Ströder, Frankfurt/M. (8. 8. 58), Walter Leuninger, Wiesbaden (2. 9. 58)

Landwirtschaftsoberlehrer Otto Tolksdorff, Bad Schwalbach (17. 10. 58)

Gewerbeoberlehrerin Ursula Lommatzsch, Frankfurt/M. (21. 8. 58)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Kündigung:

Jugendleiterin im Angestelltenverhältnis Irmengard Meijer, Hanau (4. 7. 58)

entlassen:

Gewerbeoberlehrer Ernst Ginsberg, Bad Homburg (30. 9. 58)
apl. Gewerbeoberlehrer Bruno Walter, Oberursel (31. 8. 58)
Landwirtschaftsoberlehrerin Waltraud Hashagen, Wetzlar (31. 8. 58)

in den Ruhestand versetzt:

Landwirtschaftsoberlehrer Werner Michels, Hofheim a/Ts. (1. 10. 58)
Handelsoberlehrer Fritz Kurtz, Wiesbaden (1. 10. 58)
Gewerbeoberlehrerin Gertrud Spener, Wetzlar (1. 11. 58), Antonie Leber, Frankfurt/M. (1. 4. 58).

Wiesbaden, den 10. 11. 1958

Der Regierungspräsident
II 7 / II d
St.Anz. 52/1958 S. 1573

Volks-, Mittel- und Sonderschuldienst des Regierungsbezirks Wiesbaden

ernannt:

zu apl. Lehrern (BaW): die Lehramtsbewerber Reinhold Garbe, Steinau/Schlüchtern (27. 8. 58); Friedr. Wilh. Adam, Kinzenbach/Wetzlar (17. 9. 58); Hermann Tesche, Ostheim/Hanau (14. 8. 58); Werner Walter, Rückingen/Hanau (14. 8. 58); Ernst Staniewitz, Niederdieten/Biedenkopf (7. 8. 58); Paul Regenbrecht, Niederhöchstadt/Maintaunus (14. 8. 58); Hans Janowski, Wallroth/Schlüchtern (12. 8. 58); Georg Netesheim, Niederbrechen/Limburg (14. 8. 58); Ulrich Velte, Winkel/Rhg. (14. 8. 58); Volker Heil, Bad Schwalbach/Untertaunus (23. 8. 58); Werner Rothenberger, Langendiebach/Hanau (14. 8. 58); Joachim Franz, Frankfurt/M. (22. 9. 58); Elmar Drott, Geisenheim/Rhg. (29. 8. 58); Siegfried Biedermann, Oberjosbach/Untertaunus (1. 9. 58); Horst Ahner, Weilburg/Oberl. (29. 8. 58); Ferdinand Kautz, Wiesbaden (2. 9. 58); Ernst-Otto Weiß, Frankfurt/M. (22. 9. 58); Wolfgang Thiele, Wiesbaden (23. 8. 58); Hanno Fröhlich, Rabenscheid/Dillkrs. (9. 10. 58); Rainer Stier, Haiger/Dillkrs. (8. 10. 58); Horst Hanebutt, Madenmühlen/Dillkrs. (10. 9. 58); Manfred Haagen, Mensfelden/Limburg (6. 11. 58); Heinrich Graubner, Wallroth/Schlüchtern (22. 10. 58); Norbert Benz, Ulmbach/Schlüchtern (14. 10. 58); Heinz Behringer, Tringenstein/Dillkrs. (17. 10. 58); Heinrich Nafe, Altengronau/Schlüchtern (15. 10. 58); Robert Janisch, Sulzbach/Mains. (25. 8. 58); Bernhard Klebes, Altenmittlau/Gelnhausen (25. 10. 58); Johannes Kasper, Schlierbach/Gelnhausen (24. 10. 58); Fritz Hellmann, Brombach/Usingen (15. 11. 58); Günther Lehmann, Hohenstein/Utkr. (3. 11. 58); Walter Flocke, Staffel/Limburg (16. 8. 58); Berthold Orth, Eltville/Rhg. (27. 8. 58); Hellmut Mielsch, Walsdorf/Utkr. (24. 10. 58); Peter Nettig, Limburg (14. 8. 58); Fritz Schmutzler, Wetzlar (17. 11. 58); Konrad Pant, Wetzlar (12. 11. 58); Werner Winkelmann, Neuenhain/Mts. (25. 8. 58);

die Lehramtsbewerberinnen Else Morys, Oberursel/Oberts. (20. 6. 58); Inge Niemann, Frankfurt (M.) (19. 7. 58); Liselotte Fömmel, Salmünster/Schl. (19. 8. 58); Ruth Pasewald, Altengronau/Schlüchtern (19. 8. 58); Gudrun Dietel, Schlüchtern (19. 8. 58); Maria Bauer, Urzell/Schlücht. (27. 8. 58); Sigrid Dorsch, Bischofsheim/Hanau (28. 7. 58); Elfriede Niemz, Hattersheim/Maints. (18. 8. 58); Christa Fischer, Schlüchtern (19. 8. 58); Ursula Werner, Langendernbach/Limburg (19. 9. 58); Elis. Hartmann, Frickhofen/Limburg (5. 9. 58): Roselore Schietrumpf, Anspach/Usingen (13. 8. 58); Ingeborg Franz, Eichen/Hanau (4. 8. 58); Helga Petrich, Idstein/Uts. (19. 8. 58); Gudrun Möllendorf, Runkel/Oberlahn (28. 8. 58); Johanna Görlitz, Schwalbach/Maint. (14. 8. 58); Anna Albrecht, Hofheim/Maint. (16. 8. 58); Ingrid Grieshammer, Wiesbaden (5. 9. 58); Jutta Dostal, Linter/Limburg (20. 8. 58); Hildegund Eckert, Elz/Limburg (14. 8. 58); Eva-Maria Haagen, Wilsenroth/Limbg. (6. 11. 58); Dorothea Franz, Frankfurt/M. 17. 10. 58); Elfriede Fahz, Pfaffenwiesbach/Usingen (13. 11. 58); Giesela Gruhn, Frankfurt/M. (8. 11. 58);

die apl. Lehrerin Ursula Schmidt-Schaun, Frankfurt/Main (11. 9. 58);

die Lehramtsbewerberinnen Roswitha Hunold, Wiesbaden (12. 11. 58); Mechthild Mager, Bischofsheim/Hanau (7. 9. 58); Ute Krekel, Limburg (20. 8. 58); Traudel Semmelbauer, Wiesbaden (22. 8. 58); Käthe Buchmann, Freienfels/Oberlahn (9. 10. 58); Helga Kirschner, Allendorf/Wetzlar (12. 9. 58); Susanne Korus, Breidenstein/Biedenkopf (6. 9. 58); Ilse Vohhof, Frankfurt/M. (22. 9. 58); Gertrud Schnelting, Hochheim (2. 10. 58); Renate Orth, Frankfurt/M. (10. 10. 58); Ingeborg Hiller, Mammolshain/Oberts. (9. 10. 58); Anne Lautzsch, Bad Homburg (30. 9. 58); Ute Fischer-Wasels, Frankfurt/M. (11. 10. 58); Ingeborg Gaudlitz, Frankfurt/M. (11. 10. 58); Elsbeth Kemmler, Frankfurt/M. (13. 10. 58); Dietlind Worrel, Oberhöchstadt/Obertaunus (8. 10. 58); Eva Röber, Kirchbracht/Gelnh. (23. 10. 58);

die Lehrkraft im Ang.-Verhältnis Anneliese Schmandt, Eppenhain/Maints. (14. 8. 58);

zur techn. apl. Lehrerin (BaW): die techn. Lehramtsbewerberinnen Marianne Schmidt, Wetzlar (13. 8. 58); Ida Harzer, Neuenhain/Maints. (25. 10. 58); Brigitte Seidlitz, Hahn/Utkrs. (21. 10. 58); Helga Kamme, Breitscheid/Dillkrs. (5. 10. 58); Marg. Leiffheid, Wiesbaden (4. 9. 58);

die techn. Lehrkr. i. Ang.-Verh. Angela Scheurich, Wiesbaden (25. 8. 58); Erika Rioth, Wiesbaden (20. 8. 58);

zum apl. Lehrer am Mittelschulzug einer Volksschule: die Lehramtsbewerber Wilhelm Kocholaty, Bergen-Enkheim/Hanau (23. 9. 58); Wilbert Stroh, Wetzlar (25. 9. 58); Adalbert Schenk, Kelkheim/Maints. (14. 8. 58);

die Lehramtsbewerberin Brigitte Herden, Usingen (16. 8. 58);

zum apl. Mittelschullehrer (BaW): die Lehramtsbewerber Theodor Sittig, Frankfurt/M. (14. 8. 58); Eberhard Röhl, Frankfurt/M. (11. 8. 58); Walter Burhard, Hofheim/Maints. (25. 8. 58); Hans Wolf, Frankfurt/M. (15. 9. 58);

die Lehramtsbewerberin Erika Achtmann, Frankfurt/Main (30. 7. 58);

zum Lehrer (BaW): die apl. Lehrer Heinrich Baldingen, Langenselbold/Hanau (31. 10. 58); Walter Eberl, Stierstadt/Oberts. (16. 10. 58);

zur Lehrerin (BaW): die apl. Lehrerinnen Elis. Hoffman, Hanau (14. 8. 58); Helga Braun, Oberursel/Oberts. (30. 8. 58); Elis. Prim, Obernhain/Usingen (18. 9. 58); Christa Bernewitz, Wiesbaden (2. 9. 58); Fritzi Hoffmann, Wiesbaden (19. 9. 58); die Lehrkraft im Ang.-Verh. Gerlinde Manser, Frankfurt/Main (4. 11. 58);

zum Lehrer (BaK): die apl. Lehrer Joachim Höfer, Bischoffen/Biedenkopf (18. 8. 58); Werner Glöser, Hanau (14. 8. 58); Helmut Kirchner, Frankfurt/M. (15. 8. 58); Werner Wenzel, Braunfels/Wetzlar (4. 8. 58); Heinz Isensee, Frankfurt/M. (14. 8. 58); Martin Preis, Griedelbach/Wetzlar (2. 9. 58); Heinz Rüdell, Hochheim/Maints. (14. 8. 58); Ernst Schomber, Herbornselbach/Dillkrs. (15. 8. 58); Norbert Gotthardt, Wehrheim/Usingen (14. 8. 58); Siegfried Heuser, Wiesbaden (14. 8. 58); Horst Rathmann, Niedermeilingen/Utkrs. (29. 8. 58); Gerhardt Brandstädter, Breitenborn AW/Gelnhausen (28. 8. 58); Walter Stenzel, Usingen (3. 9. 58); Richard Flörsch, Dorndorf/Limburg (1. 9. 58); Rudolf Petzko, Frankfurt/M. (2. 9. 58); Manfred Pollozek, Limburg/L. (3. 9. 58); Werner Engelhardt, Bischoffen/Hanau (6. 9. 58); Heinrich Leber, Frickhofen/Limburg (11. 9. 58); Fritz Noll, Okriftel/Maints. (16. 9. 58); Dr. Rudolf Schnuchel, Flörsheim/Maints. (11. 9. 58); Rudolf Betz, Okriftel/Maints. (15. 9. 58); Willi Hofmann, Frankfurt/M .(29. 9. 58); Peter Jung, Heckholzhausen/Oberlahn (16. 10. 58); Kurt Berndt, Frankfurt/M. (10. 10. 58); Gerhard Stille, Oberbiel/Wetzlar (7. 10. 58); Wolfgang Schreck, Frankfurt/M. (10. 10. 58); Wolfgang Bieler, Breithardt/Unterts. (14. 10. 58); Herbert Flakowski, Daisbach/Unterts. (18. 10. 58); Gustav Bolender, Schwalbach/Maints. (28. 10. 58); Richard Mohr, Frankfurt/M. (27. 10. 58); Wolfgang Eckerlin, Bergen-Enkheim (30. 10. 58);

die Lehrkr. im Ang.-Verh. Gottfried Höhne, Frankfurt/M (14. 8. 58); Ansgar Linke, Hochheim/Maints. (11. 8. 58); Johann Bäcker, Bad Homburg/Oberts. (12. 9. 58); Gerhart Schneider, Frankfurt/M. (20. 9. 58); Walter Lautenschläger, Frankfurt/M. (13. 10. 58); Hugo Hasche, Frankfurt/Main (10. 10. 58); Kurt Gütter, Frankfurt/M. (14. 10. 58); Alfred Keller, Frankfurt/M. (3. 11. 58);

zur Lehrerin (BaK): die apl. Lehrerinnen Anneliese Emge, Frankfurt/M. (14. 8. 58); Gertrud Schneider, Wiesbaden (11. 8. 58); Eva-Maria Piasta, Schupbach/Oberlahn (7. 8. 58); Rosemarie Sauer, Höchst, Gelnhausen (1. 9. 58); Eleonore Schwarz, Meerholz/Gelnh. (27. 8. 58); Ingeborg Detroy, Limburg (1. 9. 58); Elis. Manns, Frankfurt/M. (14. 8. 58); Diethild Müller, Wiesbaden (30. 8. 58); Norgard Weyrich, Wiesbaden (27. 8. 58); Brunhilde Storrer, Krofdorf/Wetzlar (16. 9. 58); Ilse Seidl, Okriftel/Maints. (16. 9. 58); Hanneliese Lützel, Frankfurt/M. (16. 9. 58); Ursula Wald, Wiesbaden (10. 10. 58); Marg. Schickel, Oberursel/Oberts. (29. 10. 58); Gertrud Fitzner, Weilbach/Maints. (24. 10. 58); Hildegard Weimer, Eddersheim/Maints. (18. 10. 58); Irmgard Möhn, Ruppertshain/Maints. (20. 10. 58); Johanna Schulze-Böing, Wallrabenstein/Uts. (24. 10. 58); Lucie Auth, Wiesbaden (5. 11. 58);

die Lehrkr. im Ang.-Verh. Elfriede Bartusch, Ravolzhausen/Hanau (27. 7. 58); Lucia Schneider, Frankfurt/M. (20. 9. 58); Laura Kremer, Biedenkopf (23. 10. 58);

zur techn. Lehrerin (BaK): die techn. Lehrerin Gerda Kraft, Kirberg/Limburg (25. 8. 58);

die techn. Lehrkr. im Ang.-Verh. Gisela Schöler, Wiesbaden (1. 11. 58); Ursula Bleß, Niedereisenhausen/Biedenkopf (10. 11. 58);

zum Lehrer (BaL): die apl. Lehrer Wilfried Gerlach, Dörnigheim/Hanau (9. 8. 58); Gustav Wiese, Roth/Gelnhausen (10. 9. 58); Hermann Weingärtner, Frankfurt/M. (10. 10. 58); Martin Schmitt, Frankfurt/M. (10. 10. 58); Heinrich Wiegand, Frankfurt/M. (25. 10. 58);

der Lehrer bisher in Nordbaden Hch. Ernst Hey, Frankfurt/Main (14. 8. 58);

die Lehrkr. im Ang.-Verh. Curt Müller, Frankfurt/Main (20. 8. 58); Erich Menz, Dasbach/Utkrs. (5. 8. 58); Artur Rösing, Kemel/Utkrs. (3. 9. 58); Georg Eitner, Frankfurt/M. (11. 10. 58); Karl Eilenberger, Seulberg/Oberts. (29. 10. 58); Ernst Ende, Frankfurt/M. (11. 10. 58); Rudolf Büttner, Fischborn/Gelnh. (23. 10. 58); Franz Prennig, Frankfurt/M. (10. 11. 58); Karl Pfahlbusch, Frankfurt/M. (6. 11. 58);

zur Lehrerin (BaL): die apl. Lehrerinnen Charlotte Pfaff, Frankfurt/M. (22. 9. 58); Kordula Pfeifer, Simmersbach/Biedenkopf (7. 8. 58);

die Lehrerin bish. Unterfranken Edeltraud Leis, Frankfurt/Main (14. 8. 58);

die Lehrerin bish. Rhld.-Pfalz Lotte Albrecht, Frankfurt/Main (14. 8. 58);

die Lehrerin bisher Nordrh.-Westf. Theodora Paukert, Frankfurt/M. (13. 11. 58);

zum Mittelschullehrer (BaK): die apl. Mi.-Lehrer Dr. Karl Schüßler, Frankfurt/M. (1. 8. 58); Karl Eisenbach, Oberursel/Oberts. (21. 8. 58); Hubert Tannhausen, Hofheim/Maints. (14. 8. 58); Karl-Heinz Dettke, Bad Homburg/Obertaunus (17. 10. 58);

die Lehrer Helmut Schellenberg, Frankfurt/M. (17. 10. 58); Dr. Philipp Geiger, Frankfurt/M. (22. 10. 58);

zum Mittelschullehrer: die Lehrer (BaL) Rudolf Klein, Frankfurt/M. (5. 9. 58); Wilh. Bruhn, Oberursel/Obertaunus (27. 10. 58);

zum Hauptlehrer: die Lehrer Otto Maier, Breckenheim/Maints. (18. 8. 58); Bernh. Mörschel, Ostheim/Hanau (17. 9. 58); Alwin Sauer, Sechshelden/Dillkrs. (30. 9. 58); Artur Stephan, Kettenbach/Uts. (8. 11. 58);

zu Konrektoren: die Lehrer August Nicolai, Wiesbaden (14. 8. 58); Albert Ruß, Wiesbaden (14. 8. 58); Paul Fiedler, Wiesbaden (14. 8. 58); Philipp Kraus, Bad Homburg/Oberts. (19. 9. 58); Hugo May, Frankfurt/M. (13. 10. 58); Reinhold Stoll, Frankfurt/M. (13. 10. 58); Rolf Borschers, Frankfurt/M. (15. 10. 58); Max Kinzel, Frankfurt/M. (16. 10. 58); Emil Gloser, Frankfurt/M. (9. 10. 58); Ernst Wetzel, Weilburg/Oberlahn (1. 11. 58);

zur Konrektorin: die Lehrerin Agnes Meudt, Wiesbaden (14. 8. 58);

zum Rektor: die Lehrer Friedrich Maurer, Frankfurt/M. (18. 8. 58); Wilh. Michel, Salmünster/Schlücht. (21. 8. 58); Werner Stellmach, Bad Homburg/Oberts. (19. 9. 58);

die Hauptlehrer Josef Arthen, Villmar/Oberl. (22. 8. 58); Wilh. Schreier, Kelkheim/Maints. (14. 10. 58); Karl-Heinz Neumann, Bad Homburg (30. 9. 58);

der Konrektor Karl Freitag, Wetzlar (16. 10. 58);
zur Rektorin: die Konrektorin Agnes Gerstner, Frankfurt/Main (22. 9. 58);

zum Hilfsschullehrer: die Lehrer Walter Kleinhans, Langenselbold/Hanau (20. 8. 58); Wolfgang Thaetner, Frankfurt/M. (28. 8. 58); Karl-Heinz Königstein, Aulhausen/Rhg. (18. 9. 58);

zur Hilfsschullehrerin: die Lehrerinnen Gisela Thaetner, Frankfurt/M. (10. 9. 58); Liselotte Lind, Frankfurt/Main (10. 9. 58);

zum Mittelschulkonrektor: die Mi.-Lehrer Hermann Striese, Frankfurt/M. (15. 8. 58); Alfred Klüppel, Wiesbaden (20. 9. 58); Adolf Atzbacher, Herborn/Dillkrs. (9. 10. 58);

zum Mittelschulrektor: die Mi.-Konr. Hch. Denfeld, Oberursel/Oberts. (21. 8. 58); Willy Lohmann, Herborn/Dillkrs. (8. 10. 58);

der Oberschullehrer Hugo Stitz, Eltville/Rhg. (19. 8. 58);
zum Schulrat: der Rektor Hans-Otto Lillinger, Biedenkopf (21. 8. 58);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Lehrer Heinz Feldmann, Neuenhaßlau/Gelnh. (1. 11. 58); Hans Hüller, Hanau (14. 8. 58); Gerhard Ludwig, Frankfurt/Main (14. 8. 58); Adalbert Rang, Frankfurt/M. (14. 8. 58); Hans Fritsche, Wiesbaden (14. 8. 58); Paul Fingscheidt, Wiesbaden (14. 8. 58); Franz Konrad, Wolzhausen/Biedenkopf (6. 8. 58); Rudolf Otto, Eisenbach/Limburg (22. 8. 58); Rudolf von Noltin, Frankfurt/M. (21. 8. 58); Heinz Schulz, Frankfurt/M. (21. 8. 58); Dietrich Kramer, Frankfurt/M. (26. 8. 58); Ludwig Krischok, Kerbersdorf/Schlüchl. (24. 10. 58); Herbert Prauschke, Frankfurt/M. (23. 9. 58); Heinz Christ, Wiesenbach/Biedenk. (30. 9. 58); Georg Hasse, Frankfurt/M. (19. 9. 58); Hans Weicker, Frankfurt/M. (17. 9. 58); Helmut Arhelger, Herbornselbach/Dillkrs. (10. 9. 58); Edgar Michel, Wiesbaden (20. 9. 58); Rudolf Ponseck, Frankfurt/M. (29. 9. 58); Horst Gahl, Wiesbaden (15. 9. 58); Johannes Buchta, Bad Soden/Schlücht. (11. 9. 58); Friedr. Kegelmann, Altengronau/Schlüchtern (11. 9. 58); Helmut Hornivius, Wetzlar (16. 10. 58); Rüdiger Gerhard, Langeaubach/Dillkrs. (18. 9.

58); Rainer Viehweber, Seulberg/Oberts. (29. 9. 58); Fritz Höhler, Königstein/Oberts. (9. 10. 58); Heinrich Kares, Neuengronau/Schlücht. (14. 10. 58); Germann Koch, Gladenbach/Biedenk. (8. 10. 58); Erich Löbel, Mengerskirchen/Oberl. (30. 10. 58); Walter Beltzer, Frankfurt/M. (25. 10. 58); Karl-Ernst Geißler, Wetzlar (27. 10. 58); Heinz Henze, Kransberg/Usingen (4. 11. 58); Wolfgang Berthold, Frankfurt/M. (8. 11. 58); Bernhard Antoni, Frankfurt/M. (7. 11. 58); Gerhard Schwarz, Biedenkopf (3. 11. 58);

der Hauptlehrer Werner Hohlfeld, Steinbach/Obertaunus (10. 10. 58);

die Mi.-Lehrer Hermann Ruiner, Frankfurt/M. (19. 8. 58); Oswald Ripp, Frankfurt/M. (8. 9. 58); Paul Hansen, Frankfurt/M. (9. 9. 58);

die Lehrerinnen Toni Nöll, Wiesbaden (14. 8. 58); Anneliese Kult, Sulzbach/Maints. (14. 8. 58); Helga Loesdau, Wiesbaden (14. 8. 58); Liesel Konrad, Breidenbach/Biedenk. (6. 8. 58); Waltraut Baumann, Wachenbuchen/Hanau (14. 8. 58); Alexandra Saß, Frankfurt/M. (21. 8. 58); Hildegard Hühn, Frankfurt/M. (21. 8. 58); Johanna Scheid, Frankfurt/Main (22. 8. 58); Hildegard Kraus, Flörsheim/Maints. (9. 9. 58); Mechthild Jung, Frankfurt/M. (20. 9. 58); Gertrud Fröhlich, Weilburg/Oberl. (8. 9. 58); Doris Krauskopf, Rückingen/Hanau (10. 9. 58); Käthe Ostermann, Frankfurt/M. (1. 9. 58); Annemarie Möbs, Wetzlar (11. 9. 58); Ingeborg Dildei, Stierstadt/Oberts. (8. 10. 58); Gertrud Mahnecke, Herborn/Dillkrs. (18. 9. 58); Kathinka Rachor, Roßdorf/Hanau (8. 10. 58); Gerda Schulze, Bad Homburg/Oberts. (16. 10. 58); Ingeborg Schön, Bad Homburg/Oberts. (16. 10. 58); Gerda Köthe, Weißkirchen/Oberts. (11. 10. 58); Charlotte Peschel, Oberstedten/Oberts. (14. 10. 58); Else Meckel, Bad Homburg/Oberts. (13. 10. 58); Annemarie Buchholzer, Wiesbaden (8. 10. 58); Frieda Maury, Frankfurt/M. (25. 10. 58); Hildegard Steigerwald, Frankfurt/M. (24. 10. 58); Dr. Charlotte Petzsch, Wiesbaden (28. 10. 58); Ruth Ritter, Frankfurt/M. (8. 11. 58); Maria Fell, Kronberg/Oberts. (30. 10. 58); Martha Oxenius, Frankfurt/M. (10. 11. 58);

die techn. Lehrerinnen Margot Dettmer, Bad Homburg (15. 8. 58); Ursula Elsner, Niederselters/Limburg (14. 8. 58); Hildegard Wagner, Haiger/Dillkrs. (16. 10. 58); Irmingard Pauli, Weidenhausen/Bied. (24. 9. 58); Hildegard Schlicht, Ulmbach/Schlücht. (28. 8. 58); Ilse Zeissig, Hintersteinau/Schlüchtern (12. 11. 58);

die Hilfsschullehrerin Maria Hölker, Frankfurt/M. (27. 8. 58); die Mi.-Lehrerinnen Charlotte Roßbach, Frankfurt/Main (22. 10. 58); Erika Storandt, Hanau (16. 10. 58);

in den Ruhestand versetzt:

die Lehrer Josef Schwab, Neuenhain/Maints. (1. 10. 58); Johann Mayer, Kilianstädten/Hanau (1. 10. 58); Karl Albrecht, Frankfurt/M. (1. 10. 58); Rudolf Anke, Pfaffenhausen/Gelnh. (1. 11. 58); Paul Lüghausen, Dillheim/Wetzlar (1. 11. 58); Karl Petry, Hermannstein/Wetzlar (1. 12. 58); die Mi.-Lehrer Walter Röthig, Wiesbaden (1. 10. 58); Friedrich Becker, Frankfurt/M. (1. 9. 58);

der Hauptlehrer Peter Schäfer, Dehrn/Limburg (1. 10. 58);

die Konrektore Karl Kummer, Frankfurt/Main (1. 12. 58); Rudolf Fürst, Wiesbaden (1. 12. 58);

die Rektoren Emil Richter, Wiesbaden (1. 11. 58); Karl Wüst, Wallau (1. 10. 58); Wilh. Bastian, Hattersheim/Maintaunus (1. 11. 58);

die Lehrerinnen Hildegard Gans, Aßlar/Wetzlar (1. 10. 58); Hedwig Schäfer, Frankfurt/M. (1. 10. 58); Berta Pabst, Frankfurt/M. (1. 10. 58); Karin von Pezold, Langenselbold/Hanau (1. 10. 58); Anna Schreiber, Mornshausen/Biedenk. (1. 12. 58);

die Rektorin Elis. Mandel, Frankfurt/M. (1. 11. 58);

entlassen:

die apl. Lehrer Bernhard Klebes, Altenmittlau/Gelnhausen (1. 11. 58); Egon Welk, Hochheim/Maints. (1. 11. 58);

die apl. Lehrerinnen Hilde Kukis, Wiesbaden (1. 9. 58); Margret Nagel, Bad Homburg/Oberts. (1. 10. 58); Marlene Schubert, Frankfurt/M. (1. 10. 58); Gerda Ritz, Dutenhofen/Wetzlar (1. 11. 58); Anna-Luise Gossel, Emmershausen/Usingen (1. 11. 58);

die techn. apl. Lehrerinnen Ingeborg Jakisch, Ellar/Limburg (15. 10. 58); Elis. Buhr, Limburg (16. 11. 58);

die Lehrerinnen Marg. Märker, Frankfurt/Main (1. 9. 58); Gerdy Komarek, Hanau (1. 9. 58); Anni Braun, Ahlbach/Limburg (1. 10. 58); Ilse Knippler, Okriftel/Maints. (1. 10. 58); Elis. Ruppel, Frankfurt/M. (1. 9. 58); Liesel Konrad, Breidenbach/Biedenk. (1. 9. 58); Margit Ansorg, Wetzlar (1. 10. 58); Liselotte Bach, Wetzlar (1. 10. 58); Erika Fries, Wiesbaden (16. 10. 58); Gisela Näthe, Frankfurt/M. (1. 10. 58); Hedwig Rüdell, Hochheim/Maints. (1. 11. 58); Christa Nickel, Frankfurt/M. (1. 12. 58).

Wiesbaden, 2. 12. 1958

Der Regierungspräsident
II 2/1j

St.Anz. 52/1958 S. 1574

G. im Bereich des Hess. Ministers für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr

Nachgeordnete Behörden: Hauptabteilung Arbeit

In der im St.Anz. 1958 S. 1470 veröffentlichten personellen Veränderung muß es in dem Abschnitt „berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit bzw. zum Berufsrichter auf Lebenszeit" richtig heißen:

„Sozialgerichtsrat Gerd Gierok (8. 8. 58) zum Berufsrichter auf Lebenszeit — Sozialgericht Gießen —"

Wiesbaden, 11. 12. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirschaft u. Verkehr
P 1 d — Az.: 7 d 16

St.Anz. 52/1958 S. 1576

Hauptabteilung Wirtschaft

Bergbauverwaltung

ernannt:

Bergreferendar Hartmut Schade — Widerruf — (10. 7. 58); Bergrevierinspektor Günter Geibel — Kündigung — (31. 3. 58);

Regierungsobersekretär Heinz Richter — Kündigung — (20. 5. 58);

befördert:

Regierungsoberinspektor Günter Porada — Lebenszeit — (30. 10. 58);

Eichverwaltung

befördert:

Regierungsoberinspektor Philipp Schanz — Lebenszeit — (25. 7. 58);

in den Ruhestand versetzt:

Eichoberinspektor Georg Schaffner (1. 12. 58);

Straßenbauverwaltung

ernannt:

Oberregierungsbaurat Georg Knöll — Lebenszeit — (30. 7. 58);

Regierungsbauräte: Erich Domes — Lebenszeit — (25. 10. 58); Wilhelm Köppchen — Kündigung — (2. 4. 58); Erich Schnorr Kündigung — (8. 10. 58);

Regierungsbauassessor Fritz Riemenschneider — Widerruf — (16. 6. 58);

Regierungsbauinspektoren: Josef Brom — Kündigung — (15. 7. 58); Gerhard Gaide — Kündigung — (12. 5. 58); Günter Hehr — Kündigung — (4. 6. 58); Johann Labenski — Kündigung — (22. 9. 58); Otto Lichtenberg — Kündigung — (9. 5. 58); Rudolf Sauer — Kündigung — (4. 8. 58); Kurt Vorländer — Kündigung — (20. 6. 58); Heinrich Wittmeyer — Lebenszeit — (14. 10. 58);

Regierungsinspektoren: Alfred Brauner — Kündigung — (29. 8. 58); Wilhelm Heil — Kündigung — (25. 7. 58); Rheinhold Wachenfeld — Kündigung — (29. 7. 58);

Regierungsbauinspektor Günther Hesse — Kündigung — (27. 6. 58);

Regierungssekretärin Amanda Haeder — Kündigung — (10. 9. 58);

Amtsgehilfe Richard Bluhm — Kündigung — (3. 10. 58);

Regierungsbauinspektoranwärter: Karl Fland — Widerruf — (2. 5. 58); Erich Ganssert — Widerruf — (2. 5. 58); Heinrich Hartwig — Widerruf — (3. 11. 58); Fritz Müller — Widerruf — (1. 10. 58); Erich Neuberg — Widerruf — (1. 10. 58);

befördert:
Oberregierungsbaurat Karl Denner — Lebenszeit — (30. 9. 58);
Regierungsbauamtmann Paul Bönisch — Lebenszeit — (16. 9. 58);
Regierungsoberbauinspektoren: Christoph Augustin — Lebenszeit — (29. 8. 58); Johannes Herbert — Lebenszeit — (14. 7. 58); Heinrich Seids — Lebenszeit — (30. 9. 58);
Regierungsbauinspektor Friedrich Junghans — Lebenszeit — (14. 7. 58);
Regierungsinspektoren: Horst Lehnhardt — Lebenszeit — (9. 7. 58); Erich Petzold — Lebenszeit — (9. 7. 58); Karl Rühl — Lebenszeit — (18. 6. 58);
Regierungsobersekretär Hermann Cromm — Lebenszeit — (25. 10. 58);
Hauptamtsgehilfe Heinrich Ihrig — Lebenszeit — (2. 6. 58);
in den Ruhestand versetzt:
Regierungsbauamtmänner: Theodor Skowronek (1. 10. 58); Christian Vaupel (1. 5. 58);
Regierungsbauinspektor Karl Gottmann (1. 5. 58);
Regierungssekretär Franz Altenkirch (1. 5. 58);
Straßenmeister Kurt Gottschalk (1. 5. 58);
Amtsgehilfen: Heinrich Becker (1. 7. 58); Johann Dietz (1. 5. 58);
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Regierungsinspektor Günther Reeh (13. 8. 58).

Wiesbaden, 9. 12. 1958

Der Hessische Minister f. Arbeit, Wirtschaft u. Verkehr
P 1 e — 7 d 16 *St.Anz. 52/1958 S. 1576*

a) Regierungspräsident in Darmstadt

ernannt:
zur Gewerbeoberinspektorin: Gewerbeinspektorin Anna Osterroth, Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Darmstadt (1.10.58).

Darmstadt, 6. 12. 1958

Der Regierungspräsident
III/1 — 7 1 02 (3) *St.Anz. 52/1958 S. 1577*

H. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

a) Ministerium

ernannt:
zum Amtsrat: Forstamtmann (BaL) Engelbert Schreiber (22. 11. 58)
zum Regierungsamtmann: Reg.-Oberinspektor (BaL) Hans Kallmeyer (22. 11. 58)
zum Regierungsbauamtmann: Reg.-Oberbauinspektor (BaL) Heinrich Völker (22. 11. 58)
zu Regierungsoberinspektoren: die Regierungsinspektoren (BaL) August Brandt (22. 11. 58); Erwin Bechlinger (22. 11. 58;) Otto Eisenach (22. 11. 58); Alfried Germeroth (22. 11. 58); Herbert Mann (9. 12. 58); Rudolf Reuter (22. 11. 58); Heinz-Günter Schmidt (22. 11. 58);
der Regierungsinspektor (BaK) Karl Haubner (9. 12. 58)
zu Regierungshauptsekretären: die Regierungsobersekretäre (BaL) Alfred Roth (22. 11. 58); Karl-Heinz Scherer (22. 11. 58); Rudolf Zammert (22. 11. 58)
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Revierförster Heinz Schlörb (29. 11. 58)

b) Landeskulturverwaltung

ernannt:
zum Vermessungsamtmann: Vermessungsoberinspektor (BaL) Wilhelm Plannet, Kulturamt Marburg (5. 12. 58)
zu Regierungsoberinspektoren: die Regierungsinspektoren (BaL) Klemens Weismüller, Kulturamt Limburg (1. 12. 58); Georg Lang, Landeskulturamt (1. 12. 58)
zu Vermessungsoberinspektoren: die Vermessungsinspektoren (BaL) Walter Cullmann, Kulturamt Hanau (1. 12. 58); Otto Lerch, Kulturamt Fulda (1.12.58); Hans-Werner Kothe, Kulturamt Wiesbaden (1. 12. 58); Werner Eisele, Landeskulturamt (1. 12. 58)
zum Regierungsbauinspektor (BaK): ap. Regierungsbauinspektor Karl Diehl, Kulturamt Darmstadt (5. 11. 58)
zu Regierungsinspektoren (BaK): die ap. Regierungsinspektoren Egon Fuchs, Kulturamt Limburg (8. 12. 58); Hans Völlger, Landeskulturamt (8. 12. 58)
zum ap. Regierungsinspektor (BaW): Regierungsinspektoranwärter Ewald Schreiber, Kulturamt Kassel (8. 12. 58)
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
Vermessungsinspektor Gerhard Schaaf, Kulturamt Dillenburg (7. 11. 58)
Regierungsinspektor Erich Speier, Kulturamt Dillenburg (7. 11. 58)

c) Wasserwirtschaftsverwaltung

ernannt:
zum Regierungsbauamtmann: Regierungsoberbauinspektor (BaL) Georg Dach, Reg.-Präs. Kassel (21. 11. 58)
zum Regierungsoberbauinspektor: Regierungsbauinspektor (BaL) Friedrich Gorschboth, Wasserwirtschaftsamt Kassel (29. 11. 58)
zum Regierungsbauinspektor (BaL): ap. Regierungsbauinspektor Erwin Köhler, Wasserwirtschaftsamt Wiesbaden (11. 11. 58)

d) Hess. Landgestüt Dillenburg

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Gestütwärter Hans Leser (10. 10. 58); August Metz (30. 10. 58); Jakob Dippel (30. 10. 58)
in den Ruhestand versetzt:
Gestütwärter Otto Störmer mit Wirkung vom 1. 12. 1958.

Forstverwaltung

ernannt:
zum Oberforstrat: Forstmeister (BaL) Heinrich Corell, RP Kassel (27. 9. 58)
zum Oberforstmeister: Forstmeister (BaL) Wilhelm Siepmann, Alsfeld (27. 9. 58)
zu Forstmeistern (BaL): die Forstassessoren Walter Bentlin, Kelsterbach (7. 10. 58); Eugen Krüger, Beerfelden (7. 10. 58)
zum Forstassessor (BaW): Assessor im Forstdienst Herbert Heckemann, Merenberg (8. 11. 58)
zu Oberförstern: die Revierförster (BaL) Gustav Erben, Korbach-Süd (29. 9. 58); Heinrich Hofmann, Affoldern (6. 10. 58); Joachim Keil, Rotenbg.-Ost (21. 10. 58); Felix Kellermann, Düdelsheim (29. 9. 58); Franz Krepinsky, Wanfried (10.10.58)
zum Revierförster (BaL): Revierförster z. Wv. Erich Breuer, Fritzlar (21. 10. 58)
zum Reg.-Inspektor (BaW): Angestellter Ernst Heim, Bieber (5. 11. 58)
zum Regierungsinspektor: Reg.-Obersekretär (BaL) Karl Henkel, Lorsch (22. 10. 58)
zum ap. Reg.-Inspektor (BaW): Angestellter Wilhelm Rühl, RP Darmstadt (6. 10. 58)
zum ap. Reg.-Inspektor: ap. Regierungssekretär (BaW) Otto Elgner, RP Darmstadt (6. 10. 58)
zu Revierförstern (BaL): die ap. Revierförster Peter Franke, Hünfeld (22.11.58); Heinz Krönert, Korbach-Süd (22.11.58); Robert Prohaska, Hadamar (22. 11. 58); Heinrich Rasch, Eiterhagen (22. 11. 58); Eberhard Schlegel, Neuenstein (22. 11. 58)
zum Regierungsobersekretär: Regierungssekretär (BaW) Heinrich Reinbold, RP Kassel (22. 11. 58)
zum ap. Forstwart (BaW): Waldfacharbeiter Karlheinz Bott, Kirtorf (6. 10. 58)
berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:
die Forstmeister Alfred Neusinger, Hatzfeld (31. 10. 58); Gerhard Simons, RP Wiesbaden (31. 10. 58)
in den Ruhestand versetzt:
die Forstmeister Karl König, Kirtorf (1. 12. 58); Fritz Schroeder, Spangenberg (1. 1. 1959)
Forstamtmann Rudolf Gieppner, Kronberg (1. 1. 1959)
die Revierförster Robert Orlopp, Neuweilnau (1. 11. 58); Otto Schmitz, Hilders (1. 11. 58)
Regierungssekretär Robert Kraft, Düdelsheim (1. 12. 1958)

Wiesbaden, 10. 12. 1958

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
I b — 7 o 16 *St.Anz. 52/1958 S. 1577*

1260

Der Landeswahlleiter für Hessen

Endgültiges Ergebnis der Landtagswahl am 23. November 1958
(St.Anz. 50/1958 S. 1505 ff.)

Im Abschnitt **I.** unter Wahlkreis 40 muß es richtig heißen:

Wahlberechtigte	84 214
Wähler	74 234
Ungültige Stimmen	2 161
Gültige Stimmen	72 073

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Dey	SPD	32 842
Bruder	CDU	29 706
Bareiter	FDP	3 787
Loreck	GB/BHE	4 297
Zabel, Dr.	DP	866
Hahn	DRP	575

*

Im Abschnitt **II.** unter lfd. Nr. 7 muß es heißen:
Freie Demokratische Partei = 9

Die Redaktion
St.Anz. 52/1958 S. 1578

Buchbesprechungen

Kommentar zum Kündigungsschutzgesetz. Von Prof. Dr. W. Herschel, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Dr. G. Steinmann, Ministerialdirigent a. D. 4. Auflage, 267 Seiten, Leinen DM 19.50, Verlagsgesellschaft „Recht und Wirtschaft" mbH., Heidelberg.

Der Kommentar, zuerst 1951 erschienen und 1955 in 3. Auflage herausgekommen (vgl. St.-Anz. 1955 S. 47), hat sich in der Praxis bewährt und erscheint nunmehr in 4. Auflage. In das Werk wurden die Kündigungsschutzbestimmungen des Seemannsgesetzes vom 26. 7. 1957 (BGBl. II S. 713 ff), des an Stelle des Freiwilligengesetzes getretenen Eignungsübungsgesetzes vom 20. 1. 1956 (BGBl. S. 13), der Verordnung zum Eignungsübungsgesetz vom 15. 2. 1956 (BGBl. S. 71), des Arbeitsplatzschutzgesetzes vom 30. 3. 1957 (BGBl. S. 293), des Ersten Gesetzes über Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung vom 9. 10. 1957 (BGBl. S. 1696) und des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in der Fassung vom 3. 4. 1957 (BGBl. S. 321) neu aufgenommen. Rechtsprechung und Literatur seit der 3. Auflage sind in dem neu bearbeiteten Kommentar verwertet (wie z. B. die BAG-Entscheidung vom 21. 2. 1957, AP Nr. 22 zur Frage der Möglichkeit für den Arbeitgeber, eine rechtswirksame Kündigung zurückzunehmen bzw. Kündigungsgründe später erneut zu verwerten). Von besonderem Interesse ist auch die Erörterung der mit der Beteiligung des Betriebsrats bzw. Personalrats bei der Entlassung von Arbeitnehmern zusammenhängenden Fragen, denn seit der 3. Auflage hat das BAG seine grundsätzliche Entscheidung vom 15. 9. 1954, die zahlreiche Kritiker in der Fachliteratur herausgefordert hatte, in einer Reihe weiterer Entscheidungen erläutert und näher begründet.

Wie schon die bisherigen, so wird auch die 4. Auflage des Kommentars zu einem verläßlichen und geeigneten Ratgeber in allen das Kündigungsrecht betreffenden Fragen werden.

Ministerialrat Maneck

Weingesetz. Kommentar von Dr. Hermann Hieronimi, Rechtsanwalt beim Landgericht Koblenz. 2., neubearbeitete Auflage. 1958. XV, 552 Seiten gr. 8°. Geheftet DM 28,— in Leinen DM 32,50. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Nach dem im Jahre 1950 erschienenen Kommentar der Getränkegesetze von H. Hieronimi und nach Erscheinen des Sonderdrucks des Weingesetzkommentars im Jahre 1953 erscheint nunmehr als 2. Auflage der überarbeitete erheblich umfangreichere Kommentar zum Weingesetz. Dieser Kommentar entspricht der neuesten Rechts- und Gesetzesvorlage auf dem Gebiet des Verkehrs mit Wein, weinähnlichen Getränken und Weinbrand. Alle einschlägigen obergerichtlichen und höchstrichterlichen Entscheidungen sind bis in die neueste Zeit berücksichtigt. Die Änderungen der Ausführungsverordnung zum Weingesetz durch die Siebente Ausführungsverordnung sind eingearbeitet. Daneben enthält dieses Werk die Verordnung über Wermutwein und Kräuterwein (ebenfalls kommentiert), schließlich als Anhang die Weinzollordnung und den 2. Entwurf des Gesetzes zum Internationalen Übereinkommen vom 13. Oktober 1954 zur Vereinheitlichung der Methoden zur Untersuchung und Beurteilung von Wein. Wenngleich diese Vorschriften noch nicht rechtskräftig sind, so wird die Veröffentlichung an dieser Stelle von den Sachverständigen, die sich mit der Untersuchung von Wein befassen, dankbar begrüßt werden. Die Änderungen im Aufbau des Kommentars sind gegenüber der 1. Auflage nur geringfügig, doch sehr dienlich. Die Ausführungsverordnung zum Weingesetz ist nicht nur vor der Kommentierung der Gesetzesparagraphen zu finden, sondern geschlossen im Anschluß an das Weingesetz. Die Aufnahme der Mustervordrucke der Weinbücher in dieser Auflage trägt dem Bedürfnis vieler Interessenten Rechnung, zumal die Weinbuchführung und die Überwachung der Buchführungspflicht in der letzen Zeit größere Bedeutung gewonnen hat.

Bemerkenswert ist die kritische Einstellung, mit der der Verfasser dieses Kommentars zu richterlichen Entscheidungen Stellung nimmt.

Zum Beispiel zur Frage des Verschnitts mit ausländischem Wein und zur Frage der Bezeichnung des sog. alkoholfreien Weines u. a. Schon die 1. Auflage ist bei Richtern, Staats- und Rechtsanwälten, die sich mit der Frage des Weinrechts beruflich befassen sowie bei der Verwaltung (Lebensmittelüberwachung, Weinkontrolle) und bei den chemischen Untersuchungsämtern zum unentbehrlichen Handbuch geworden. Die neue Auflage wird es sicher im gleichen Maße werden. Darüber hinaus wird die Weinwirtschaft (Weinhandel und Weingüter) sicher Interesse in dieser Fundgrube des Weinrechts finden.

Oberregierungschemierat Dr. Depner

Die im Staats-Anzeiger Nr. 34/1958 veröffentlichten

Verwaltungsvorschriften zur Durchführung der Verordnung über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (HBeihVO) vom 12. August 1958

sind als **Sonderdruck 34/58**

zum Stückpreis von **DM –,40** erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

FRANKFURT (MAIN)
Münchener Straße 54
Telefon 331196 u. 331214

WIESBADEN
Herrnmühlgasse 11 A
Telefon 25861

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM —,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117337 — Verlag Kultur und Wissen GmbH., Frankfurt/M. – (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen).

Öffentlicher Anzeiger ZUM „STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN"

1958 | Samstag, den 27. Dezember 1958 | Nr. 52

Veröffentlichungen

4360

Baulandumlegung Neuses, Kreis Gelnhausen, Umlegungsgebiet: Hanauer Landstraße

Auf Grund des § 26 des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 48 (GVBl. 1948, Nr. 25) wird bekannt gegeben:

1. Der Kreistag Gelnhausen hat am 27. 5. 1958 beschlossen, für das im Umlegungsplan grün umrandete Gelände das Umlegungsverfahren einzuleiten.

2. Das Verfahren wird mit der Offenlegung des Umlegungsplanes eingeleitet.

3. Nach Bekanntgabe der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungskraft eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauten dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

4. Die Freilegungspflicht ist auf Grund des aufgestellten Fluchtlinienplanes auf 5% festgesetzt worden.

5. Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 15.—31. 12. 1958 beim Kreisbauamt Gelnhausen, Barbarossastraße, den Beteiligten zur Einsichtnahme offen.

Der Termin zur Verhandlung mit den Beteiligten über den Verteilungsplan wird gesondert bekanntgegeben.

Gelnhausen, 10. 12. 1958

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen Umlegungsbehörde

4361

Baulandumlegung Bad Orb, Krs. Gelnhausen;
Umlegungsgebiet: „Vordere Hasel".

Auf Grund des § 26 des Hess. Aufbaugesetzes vom 25. 10. 1948 (GVBl. 1948, Nr. 25) wird bekanntgegeben:

1. Der Kreistag Gelnhausen hat am 27. 5. 1958 beschlossen, für das im Umlegungsplan grün umrandete Gelände das Umlegungsverfahren einzuleiten.

2. Das Verfahren wird mit der Offenlegung des Umlegungsplanes eingeleitet.

3. Nach Bekanntgabe der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungskraft eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauten dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

4. Die Freilegungspflicht ist auf Grund des aufgestellten Fluchtlinienplanes auf 10% festgesetzt worden.

5. Der Umlegungsplan liegt in der Zeit vom 22. 12. 1958—5. 1. 1959 beim Kreisbauamt Gelnhausen, Barbarossastraße, den Beteiligten zur Einsichtnahme offen.

Der Termin zu der Verhandlung mit den Beteiligten über den Verteilungsplan wird gesondert bekanntgegeben.

Gelnhausen, 17. 12. 1958

Der Kreisausschuß des Landkreises Gelnhausen als Umlegungsbehörde
Kreß, Landrat

4362

Baulandumlegung in der Gemeinde Burkhardsfelden

Der Kreistag des Landkrs. Gießen hat in seiner Sitzung vom 10. Mai 1958 für das Gebiet „Die Haingärten an der Wiesen-Brunnenstraße" der Gemarkung Burkhardsfelden Flur 1 Nr. 274, 275, 276, 277, 278, 591 und 547 die Einleitung eines Baulandumlegungsverfahrens gem. § 25 ff des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan für das gesamte Umlegungsgebiet nebst einem Verzeichnis der umzulegenden Grundstücke liegt 2 Wochen lang nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei Burkhardsfelden, während der Dienststunden den Beteiligten zur Einsicht offen.

Beteiligt am Umlegungsverfahren sind:

1. Die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke,
2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken,
3. die Mieter oder Pächter, denen einbezogene Grundstücke überlassen sind,
4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger,
5. die Gemeinde Burkhardsfelden.

Die Beteiligten, deren Rechte nicht aus den öffentlichen Büchern, (Grundbuch) ersichtlich sind, werden gebeten, diese Rechte innerhalb von 2 Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei anzumelden. Der Termin über den Verteilungsplan gem. § 33, Abs. 3 des Hess. Aufbaugesetzes ist auf Dienstag, den 13. Januar 1959, 15 Uhr in der Bürgermeisterei Burkhardsfelden anberaumt.

Alle Beteiligten werden zu diesem Termin eingeladen mit dem Hinweis, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Ist wegen eines Rechts, das zur Teilnahme an dem Umlegungsverfahren berechtigt, ein Rechtsstreit anhängig, so gelten beide Parteien als Beteiligte. Bisher in diesem Verfahren noch nicht geltend gemachten Ansprüche und Rechte bleiben, wenn deren Anmeldung bis zu diesem Termin nicht erfolgt, in dem Verfahren unberücksichtigt.

Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahren darf die Nutzungsart eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde (Kreisausschuß des Kreises Gießen) geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

Gießen, 18. 12. 1958

Der Kreisausschuß des Landkreises Gießen als Umlegungsbehörde

4363

Baulandumlegung der Gemeinde Leihgestern

Der Kreistag des Landkreises Gießen hat in seiner Sitzung vom 19. 9. 1958 für das Gebiet „Hinter dem Berg" der Gemarkung Leihgestern Flur 1 Nr. 808/1, 808/2, 809, 810, 834, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 856, 820, 821, 822, 823, 824, 855, 825, 853, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 835, 836, 837/1, 838/1, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 860, 848, 849, 850, 851, 852, 854, 857, 870, 858, 859, 861, Flur 12 Nr. 251, Flur 1 Nr. 862, Flur 1 Nr. 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 884, 885, 886, 887/1, 881/4, 887/2, Flur 12 Nr. 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, Flur 1 Nr. 877/1, 883/1, 883/2, 888, 1046/2, 1047/2, 1047/4, 1048/1, 1056, 1076, Flur 12 Nr. 318, Flur 1 Nr. 878/1, 882/1, 879/3, 879/5, die Einleitung eines Baulandumlegungsverfahrens gemäß § 25 ff. des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) vom 25. 10. 1948 beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet.

Der Umlegungsplan für das gesamte Umlegungsgebiet nebst einem Verzeichnis der umzulegenden Grundstücke liegt 2 Wochen lang nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei Leihgestern während der Dienststunden den Beteiligten zur Einsicht offen.

Beteiligt am Umlegungsverfahren sind:

1. Die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke,
2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken,
3. die Mieter oder Pächter, denen einbezogene Grundstücke überlassen sind,
4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger,
5. die Gemeinde Leihgestern.

Die Beteiligten, deren Rechte nicht aus den öffentlichen Büchern, (Grundbuch) ersichtlich sind, werden gebeten, diese Rechte innerhalb von 2 Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei anzumelden. Der Termin über den Verteilungsplan gem. § 33, Abs. 3 des Hess. Aufbaugesetzes ist auf Dienstag, den 13. Januar 1959, 9 Uhr

in der Bürgermeisterei Leihgestern anberaumt.

Alle Beteiligten werden zu diesem Termin eingeladen mit dem Hinweis, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Ist wegen eines Rechts, das zur Teilnahme an dem Umlegungsverfahren berechtigt, ein Rechtsstreit anhängig, so gelten beide Parteien als Beteiligte. Bisher in diesem Verfahren noch nicht geltend gemachte Ansprüche und Rechte bleiben, wenn deren Anmeldung bis zu diesem Termin nicht erfolgt, in dem Verfahren unberücksichtigt.

Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahren darf die Nutzungsart eines Grundstückes im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde (Kreisausschuß des Kreises Gießen) geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen bisherigen Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung der Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

Gießen, 18. 12. 1958

Der Kreisausschuß des Landkreises Gießen als Umlegungsbehörde

4364

Baulandumlegung in der Gemeinde Steinbach

Der Kreistag des Landkreises Gießen hat in seiner Sitzung vom 12. Dezember 1958 für das Gebiet „Hinter der Kirche" Flur 7 Nr. 341/1, 342/1, 343/1, 344/1, 345/1, 346/1, 347/1, 348/1, 349/1, 350/1, 351/1, 352/1, 353/1, 354/1, 355/2, 355/3, und 468/1 die Einleitung eines Baulandumlegungsverfahrens gem. § 25 ff des Gesetzes über den Aufbau der Städte und Dörfer des Landes Hessen (Aufbaugesetz) v. 25. 10. 1948 beschlossen. Das Gebiet ist im Umlegungsplan durch einen grünen Farbstreifen gekennzeichnet. Der Umlegungsplan für das gesamte Umlegungsgebiet nebst einem Verzeichnis der umzulegenden Grundstücke liegt 2 Wochen lang nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei Steinbach während der Dienststunden den Beteiligten zur Einsicht offen.

Beteiligt am Umlegungsverfahren sind:

1. die Eigentümer der in die Umlegung einbezogenen Grundstücke,
2. die Inhaber dinglicher Rechte an den einbezogenen Grundstücken,
3. die Mieter oder Pächter, denen einbezogene Grundstücke überlassen sind,
4. im Falle der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der betreibende Gläubiger,
5. die Gemeinde Steinbach.

Die Beteiligten, deren Rechte nicht aus den öffentlichen Büchern, (Grundbuch) ersichtlich sind, werden gebeten, diese Rechte innerhalb von 2 Wochen nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Staatsanzeiger bei der Bürgermeisterei anzumelden. Der Termin über den Verteilungsplan gem. § 33 Abs. 3 des Hess. Aufbaugesetzes ist auf Dienstag, den 13. Januar 1959, 13.30 Uhr in der Bürgermeisterei Steinbach anberaumt.

Alle Beteiligten werden zu diesem Termin eingeladen mit dem Hinweis, daß bei ihrem Ausbleiben ohne ihre Teilnahme über den Verteilungsplan verhandelt und beschlossen werden kann.

Ist wegen eines Rechts, das zur Teilnahme an dem Umlegungsverfahren berechtigt, ein Rechtsstreit anhängig, so gelten beide Parteien als Beteiligte. Bisher in diesem Verfahren noch nicht geltend gemachte Ansprüche und Rechte bleiben, wenn deren Anmeldung bis zu diesem Termin nicht erfolgt, in dem Verfahren unberücksichtigt.

Nach Bekanntmachung der Einleitung des Umlegungsverfahrens darf die Nutzungsart eines Grundstücks im gesamten Umlegungsgebiet nur mit Genehmigung der Umlegungsgebäude (Kreisausschuß des Kreises Gießen) geändert werden. Dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen bish. Wirtschaftsbetrieb gehören. Bauanlagen dürfen nur mit Genehmigung den Umlegungsbehörde neu errichtet, wieder hergestellt oder wesentlich verändert werden.

Gießen, 18. 12. 1958

Der Kreisausschuß des Landkreises Gießen als Umlegungsbehörde

4365

Einziehung eines öffentlichen Weges Gemeinde Hofheim (Taunus)

Der Fußpfad Kartenblatt 56, Parzelle 137/1, Distrikt „Das Floß" (nördlich der Breckenheimer Straße) soll eingezogen werden, da ein Bedürfnis für die Beibehaltung nicht mehr vorliegt. Es wird dies gemäß § 57 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. 8. 1883 hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Einsprüche sind binnen 4 Wochen, vom Tage der Veröffentlichung an gerechnet, zur Vermeidung des Ausschlusses schriftlich oder zu Protokoll im Stadtbauamt, Burgstraße 11, anzubringen.

Dort kann auch die Flurkarte eingesehen werden.

Hofheim (Taunus), 17. 12. 1958

Der Magistrat

Gerichtsangelegenheiten

4366

Erlaubnisurkunde

371a E — 1.682: Frau Helene Schneider geborene Lück, wohnhaft in Frankfurt (Main), Stresemannallee 84, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I Seite 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) unter ausdrücklicher Beschränkung auf das Gebiet der gesetzlichen Sozialversicherung erteilt. Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

Frankfurt (Main), 10. 12. 1958

Der Amtsgerichtspräsident

4367

Aufgebote

F 2/58: Durch **Ausschlußurteil** vom 17. Dezember 1958 ist der Gläubiger der im Grundbuch von Beerfelden Band 25 Blatt 1593 Abt. III Nr. 1 eingetragenen Sicherungshypothek in Höhe von 1050,— Goldmark mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Beerfelden, 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

4368

2b F 3/58: Durch Urteil vom 10. 12. 1958 ist Frau Dörnstein geb. Petri, die Miteigentümerin der Grundstücke Glashütten Blatt 128—133 und 135 mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Königstein (Ts.), 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4369

2 F 5/58: Durch Urteil vom 10. 12. 1958 ist der Eigentümer des Grundstücks Mammolshain Blatt 32 mit seinen Rechten ausgeschlossen worden.

Königstein (Ts.), 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4370

2a F 6/58: Durch Urteil vom 10. 12. 1958 sind die Eigentümer des Grundstücks Oberhöchstadt Blatt 272 mit ihren Rechten ausgeschlossen worden.

Königstein (Ts.), 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4371

10 F 24/58: 1. Fräulein Elisabeth Auel in Kassel, Lassallestr. 4, 2. Frau Ursula Schadewitz geb. Auel, Düsseldorf, Westfalenstr. 39, 3. Frau Ingeborg Kranz geb. Auel, Kölsa Post Falkenberg/Elster, 4. Frau Elly Dolfen geb. Heil, Freiburg/Br., Maria-Theresia-Str. 6, 5. Frau Ella Auel geborene Hagemeier, Kassel, Regentenstr. 18, haben das Aufgebot der Gläubigerin der im Grundbuch von Kassel Blatt 1498 in Abt. III unter Nr. 7 eingetragenen Hypothek von 4000,— GM beantragt. Eingetragene Gläubigerin ist die geschiedene Frau Anna Köhler geb. Tomanek in Kassel.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 1. Juli 1959, vorm. 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden. Andernfalls kann sie nach Hinterlegung des ihr gebührenden Betrages ihre Befriedigung statt an dem Grundstück nur noch aus dem hinterlegten Betrag verlangen; ihre Rechte auf diesen erlischt, wenn sie sich nicht vor Ablauf von 30 Jahren nach dem Erlaß des Ausschlußurteils bei der Hinterlegungsstelle meldet.

Kassel, 16. 12. 1958 **Amtsgericht, Abt. 10**

4372

2 F 10/58: Der Maschinenschlosser Johannes Konrad Löwe, Bellnhausen Haus Nr. 41, hat beantragt, die eingetragenen Eigentümer des im Grundbuch von Bellnhausen Bd. 12 Blatt 361 verzeichneten Grundstücks Flur 1 Flurstück 107 — Acker und Unland-Steinacker — in der Größe von 7,00 Ar und 3,24 Ar mit ihren Rechten auszuschließen.

Die im Grundbuch je zur ideellen Hälfte eingetragenen Eigentümer Taglöhner Johannes Löwer und Marie geb. Törner und ihre Rechtsnachfolger werden aufgefordert spätestens im Aufgebotstermin am Freitag, dem 24. April 1959, 12 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstr. 48, Obergeschoß, Zimmer 4, ihre Rechte anzumelden, andernfalls sie mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

Marburg (Lahn), 3. 11. 1958

Amtsgericht, Abt. 2

4373 Güterrechtsregister

73 GR 8151 A: Kaufmann Emil Eckhardt und Lieselotte, geb. Engel, Bad Soden (Taunus).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8152 A: Kaufmann Johann Horn und Anna Walburga, geb. Regler, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8153 A: Regierungsoberinspektor August Lemke und Hildegard, geb. Grützmacher, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8154 A: Kaufmann Franz Steul und Edith, geb. Setzkorn, Frankfurt (Main)
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8155 A: Kaufmann Richard Steul und Katharina, geb. Schreiber, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8156 A: Architekt Walter Hoffmann und Juliane Eleonore, geb. Würges, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8157 A: Textilkaufmann Carlheinz Claus und Christa, geb. Wegner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8158 A: Kaufmann Dr. Walter Siegert, Frankfurt (Main) und Gerhild geb. Lerch, Jügesheim, Kreis Offenbach (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8159 A: Kaufmann Herbert Mülling und Vera, geb. Wegener, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8160 A: Kaufmann Gerhard Przybilla und Hildegard, geb. Holstein, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8161 A: Kaufmann Eduard Grothmann und Grethe, geb. Hinze, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8162 A: Kfm. Angestellter Otto Georg Johann Knoth und Anna Hildegard Hedwig, geb. Weinmann, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8163 A: Metzgermeister Wilhelm Alois Ebert und Berta, geb. Jonitz, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8164 A: Kaufmann Dr. Curt-Werner Scheidt und Herta, geb. Nowak, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8165 A: Kaufmann Friedrich Goßler und Elisabeth, geb. Fischer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8166 A: Kaufmann Max Gustav Heberle und Elisabeth Helene, geb. Oberndorff, Frankfurt (Main.)
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8167 A: Zahnarzt Dr. Ferdinand Hromadnik und Irmgard, geb. Mandel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8168 A: Bäckermeister Gerhard Kaumeyer und Renate, geb. Halbleib, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8169 A: Architekt BDA Professor Johannes Krahn und Salome, geb. Niedenthal, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8170 A: Kaufmann Paul Knoblauch und Helga, geb. Schaubach, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8171 A: Kaufmann Heinrich Korth und Charlotte, geb. Roch, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8172 A: Kaufmann Kurt Zechel und Charlotte, geb. Kropff, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8173 A: Kaufmann Fritz Karl Fischer und Juliane, geb. Schule, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8174 A: Kaufmann Paul Richter und Luise, geb. Reichard, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 20. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8175 A: Amtsgerichtsrat z. Wv. Hans Joachim Olschock und Ruth Rosemarie, geb. Reitzig, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8176 A: Kaufmann Leo Lippmann Kohorn und Hedwig, geb. Beniers, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8177 A: Spediteur Hans Eberhard Meister und Dorothea, geb. Anders, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8178 A: Fuhrunternehmer Karl Stark und Johanna, geb. Gorthe, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8179 A: Kaufmann Fritz Schilling und Margarete Elisabeth, geb. Schwalbach, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8180 A: Kaufmann Christian Schwemmer und Waltrud, geb. Schäfer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8181 A: Facharzt Dr. med. Paul Collischonn und Dr. Eva, geb. Nuschey, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8182 A: Kaufmann Paul Buchhorn und Laura, geb. Komorowski, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8183 A: Rentner Ernst Kleinsteuber und Elisabeth, geb. Hofmann, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8184 A: Büroleiter Alfred Weismantel und Erika Emilie Lina, geb. Ruppert, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8185 A: Fahrlehrer Wilhelm Müller und Emma, geb. Emmel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8186 A: Kaufmann Robert Stelling und Annemarie, geb. Peter, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8187 A: Kraftfahrer Gustav Georg Krampitz und Anni, geb. Kehrer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8188 A: Bankkaufmann Walter Steinrücke und Eva Margareta, geb. Schreiber, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8189 A: Vertreter Adalbert Heinzelmann und Else, geb. Laub, Zahnärztin, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8190 A: Kaufmann Hans Günther Herzberg und Hanna, geb. Stamm, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8191 A: Elektromeister Karl Salzner und Maria, geb. Seyerlein, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8192 A: Kaufmann Wilhelm Kaspar Stauder und Elisabeth, geb. Jacobi, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8193 A: Handelsvertreter Hans-Christoph Heinrich Müller und Johanna Katharina Sigrid, verw. Rademacher, geb. von Daake, Frankfurt (Main.)
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8194 A: Diplomingenieur Dr. Hans Reutter und Elfriede, geb. Schwab, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8195 A: Kaufmann Heinrich Ruppel und Margarethe, geb. Groß, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8196 A: Werkstudent Ernst-Otto Weiß und Klara Gertrude, geb. Fark, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8197 A: Postassistent Karl Stock und Katharina, geb. Schipper, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8198 A: Architekt Adam Hutter und Hannelore, geb. Koch, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8199 A: Rechtspfleger Peter Ehlinger und Maria, geb. Kneip, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8200 A: Arbeiter Wilhelm Dienst und Pauline, geb. Blumenstock, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Frankfurt (Main), 10. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 73

4374

73 GR 8201 A: Kaufmann Carl Schneider und Lisbeth, geb. Lotzmann, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8202 A: Revisionstechniker Gustav Spahn, Frankfurt (Main) und Henriette, geb. Ihls, Altena (Westf.).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8203 A: Bankkaufmann Johannes Jakob Michael und Frieda, geb. Wagner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8204 A: Schreiner Karl Horlacher und Erika, geb. Walters, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8205 A: Kaufmann Heinrich Keinath und Toni, geb. Riessen, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8206 A: Kaufmann Hugo Kantz, Frankfurt (Main) und Leonie, geb. Kopp, Karlsruhe.
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8207 A: Verwaltungsbeamter z. Wv. Ernst Hesse und Lina, geb. Kiel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8208 A: Kaufmann Erwin Helmut Geldmacher und Dr. Elisabeth, geb. Klösges, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8209 A: Arzt Dr. med. Adolf Gathof und Gudrun, geb. Eckhard, Frankfurt (Main.)
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8210 A: Pförtner Josef Elsner, Eschborn und Anna, geb, Elsner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8211 A: Drucker Franz Xaver Rudolf und Charlotte, geb. Sanitz, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8212 A: Kaufmann Helmut Hubert Erbacher und Lotte Hanne, geb. Ekrut, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8213 A: Kraftfahrer Fritz Schmalz und Irma, geb. Franz, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8214 A: Rentier Otto Arnecke und Christine, geb. Schmunk, Versicherungsangestellte, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8215 A: Geschäftsführer August Otto Adam Schanz und Erika Bernhardine Emilie Maria, geb. Frye, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8216 A: Diplomingenieur Emanuel Hans Harry Wilhelm Freytag, Frankfurt (Main) und Ruth Ottilie Emilie, geb. Kehren, Niederhöchstadt.
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8217 A: Kaufmann Wilhelm Kornmann und Franziska, geb. Hufnagel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8218 A: Malermeister Kurt Klause und Anna, geb. Senf, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8219 A: Kaufmann Robert Behrends und Helga, geb. Schade, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8220 A: Lagermeister Kurt Werner Chambosse und Ursula, geb. Hebeling, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8221 A: Betriebswirt Dr. Herbert Friedrich Bock und Rosemarie, geb. Adelhäuser, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8222 A: Ministerialrat Wilhelm Rackebrandt und Magdalene, geb. Reginek, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8223 A: Kaufmann Paul Ferdinand Sichler und Mathilde, geb. Strömann, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8224 A: Vers. Angestellter Ernst Müller, Frankfurt (Main) und Marguerite, geb. Hermann, Hochwaldhausen.
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8225 A: Kaufmann Heinz Schulze und Christa, geb. Arndt, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8226 A: Kaufmann Gerhard Jansen, Frankfurt (Main). und Anni, geb. Krämer, Wiesbaden.
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8227 A: Bauunternehmer Martin Milch und Lina, geb. Spengler, Okriftel.
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8228 A: Kaufmann Herbert Gerlach und Liselotte, geb. Kettner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8229 A: Kaufmann Eugen Alexander Henne und Therese Emma, geb. Beisser, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8230 A: Drogist Friedrich van der Hoeven und Emilie, geb. Keil, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8231 A: Kaufmann Hermann Meyer und Georgine, geb.Herwig, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8232 A: Kaufmann Franz Schmäling und Hildegard, geb. Noe, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8233 A: Finanzamtmann a. D. Heinrich Wilhelm Kurt Bassarek und Marta Margarete, geb. Wagner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8234 A: Bäckermeister Alois Henkel und Walburga, geb. Ripp, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8235 A: Kaufm. Angestellter Erich Holick und Gertrud, geb. Spengler, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8236 A: Diplomchemiker Dr. Gerhart Max Hantke und Doris Gertrud Agnes, geb. Franke, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8237 A: Kaufmann Dr. Herbert Vaternahm und Elisabeth Charlotte, geb. Chytrek, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8238 A: Versicherungsdirektor Karl Heim und Katharina, geb. Körbel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8239 A: Kaufmann Karl Beder und Elisabeth, geb. Durdel, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8240 A: Vorarbeiter Johann Ginster und Else, geb. Rin, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8241 A: Geschäftsinhaber Heinrich Horn und Margarethe, geb. Dennerle, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8242 A: Maschinist Josef Markof und Katharina, geb. Nix, Hofheim.
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8243 A: Küchenmeister Alwin Stärker und Thea, geb. Hamberger, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8244 A: Journalist Richard Kettner und Auguste, geb. Graepp, Konzertsängerin, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8245 A: Facharzt Dr. med. Wilhelm Schröder und Anneliese, geb. Schneider, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8246 A: Fräser Justus Kramer und Katharina Martha, geb. Schwärzel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8247 A: Diplomingenieur Herbert Mücke und Stefanie, geb. Verbovsky, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8248 A: Techn. Oberinspektor Friedrich Knäulen und Kunigunde, geb. Laudenbach, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8249 A: Kaufmann Walter Weisser und Margarete, geb. Ried, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8250 A: Techn. Obertelegrapheninspektor Gerhard Lottermoser und Alice, geb. Kleier, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Frankfurt (Main), 11. 12. 1958
Amtsgericht, Abt. 73

4375

73 GR 8251 A: Arzt Dr. med. Alfred Stein und Eva, geb. Zahn, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8252 A: Kaufmann Siegmund Stein und Paula, geb. Nolte, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8253 A: Kaufmann Fritz Kränz und Emilie, geb. Schleinkofer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8254 A: Kfz.-Inspektor Herbert Ernst Soyka und Gerda, geb. Höhn, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8255 A: Bäcker Willi Schachtschabel und Margarete, geb. Schabbel, kaufm. Angestellte, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8256 A: Professor Dr. Franz Strnad und Christine, geb. Tutschner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8257 A: Kürschnermeister Erich Matz und Edith, geb. Feldner, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8258 A: Reisevertreter Hans Schmutzler und Charlotte, geb. Mehnert, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8259 A: Werklehrer Wilhelm Schumacher und Erna, geb. Heske, Sekretärin, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8260 A: Rentner Albert Lücke und Charlotte, geb. Jaene, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8261 A: Kaufmann Armin Galonska und Auguste, geb. Brum, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8262 A: Postkraftwagenführer Eugen Tritschler und Franziska, geb. Wenzel, Hofheim (Ts.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8263 A: Kaufmann Heinz Ihlefeld und Lieselotte, geb. Wolf, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8264 A: Oberingenieur Friedrich Diether und Maria, geb. Schumacher, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8265 A: Chefredakteur Karl Gerold und Elsy, geb. Lang, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8266 A: Bankkaufmann Karl Gödtner und Marianne, geb. Uters, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8267 A: Kaufmann Karl Hachmer und Marianne, geb. Willig, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8268 A: Assessor Gottfried Wolfgang Keller und Sigrid, geb. Schulze, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8269 A: Kaufmann Friedrich Wilhelm Kern und Editha, geb. Wagenknecht, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8270 A: Schriftsteller Richard Walter Steinhauer und Gertrud, geb. Thäle, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8271 A: Kaufmann Gerhard Bernhard Dietrich Kock, Frankfut (Main) und Gesine, geb. Herding, Schüttorf (Hanover).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8272 A: Diplomingenieur Gerhard Kern und Margarethe, verw. Zander, geb. Zilch, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8273 A: Kaufmann Hans Joachim Kolb und Christa Maria, geb. Geissler, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8274 A: Oberingenieur Hans Heberer und Erika, geb. Messer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8275 A: Kaufm. Angestellter Elmar Galler und Waltraut, geb. Greino, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8276 A: Maler und Weißbinder Wilhelm Heinrich Hornung und Auguste Wilhelmine Erna, geb. Kompass, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8277 A: Kaufmann Paul Hübner, Frankfurt (Main) und Ria, geb. Bitsch, Darmstadt.
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8278 A: Rentner Leopold Gärtner und Johanna, geb. Bohl, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8279 A: Städt. Arbeiter Michael Steinbach und Anna, geb. Sperzel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8280 A: Geschäftsführer Ludwig Büchi, Frankfurt (Main) und Luise, geb. Böckel, Kiedrich (Rheingau).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8281 A: Kraftfahrzeugmeister Friedrich Philipp Henrich und Anna, geb. Winter, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8282 A: Diplomkaufmann Erich Kuch und Hella, geb. Mann, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8283 A: Kaufmann Adolf Karl Günther und Elisabeth Frieda Christine, geb. Palm, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8284 A: Gewerbeoberlehrer Wilhelm Ruppert und Margret, geb. Schleich, Bergen-Enkheim.
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8285 A: Geschäftsführer Heinrich Kopf und Yvonne, geb. Wirtenschlag, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8286 A: Elektroingenieur Franz Stroh und Auguste, geb. Frank, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8287 A: Architekt Stephan Karl Blattner und Elisabeth Magdalena, geb. Noll, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8288 A: Kaufmann Paul Josef Görres und Elisabeth Anna, genannt Liesel, geb. Hauk, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8289 A: Techn. Kaufmann Georg Freytag und Anna Maria, geb. Müller, Bad Soden (Ts.)
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8290 A: Werbeleiter Winfried Albert und Renate, geb. Rausch, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 24. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8291 A: Assessor Volker Colin Schenk und Gertrud, geb. Trem, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8292 A: Kaufmann Karl Seuffert und Erika, geb. Fuckert, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8293 A: Verkaufsleiter Georg Hohm und Margarethe, geb. Hohm, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8294 A: Kaufmann Paul Heinze und Lydia, geb. Harting, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8295 A: Konditormeister Georg Jamin und Johanna, geb. Brühl, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8296 A: Kaufmann Rudolf Müller, Frankfurt (Main) und Maria, geb. Schmiedekind, Hofheim (Ts.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8297 A: Kaufmann Robert May und Erna, geb. Birnbaum, Frankfurt (M.).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8298 A: Kaufmann Friedrich Heinrich Wilhelm Ehe und Elisabeth, geb. Krüger, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8299 A: Kaufmann Hans Joachim Dölle und Ivrem, geb. del Conte, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8300 A: Mechaniker Heinz Dill und Gertrud, geb. Raab, Frankfurt (Main).
Durch Ehevertrag vom 30. Oktober 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Frankfurt (Main), 12. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 73

4376

73 GR 8351 A: Kaufmann Benno Richter und Thea, geb. Mund, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8352 A: Versicherungsvertreter Norman Casimir und Traudel, geb. Buhl, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8353 A: Ingenieur Wilhelm Zirkel und Margot, geb. Biengke, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8354 A: Kaufm. Angestellter Adolf Seifried und Ursula, geb. Leipscher, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8355 A: Dirigent Thomas Baldner und Gabrielle, geb. Bermann-Fischer, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8356 A: Schneidermeister Adam Denner und Edith, geb. Schremme, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8357 A: Kaufmann Hugo Gräfe, Frankfurt (Main), und Alberta, geb. Buchholz, Dresden.
Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8358 A: Kfz.-Meister Martin Jacobi und Anna Maria, geb. Sebel, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8359 A: Kaufmann Hans Alandt und Anna, geb. Hellmuth, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8360 A: Kaufmann Ferdinand Otto und Mathilde, geb. Mangold, Frankfurt (Main).
Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8361 A: Rechtsanwalt Dr. jur. Dietrich Hoffmann und Anke-Maria, geb. Berendsen, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8362 A: Diplomingenieur Wilhelm Hensel und Helene, geb. Hassinger, gesch. Röhl, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8363 A: Kaufmann Johann gen. Hans Möller und Lina, geb. Weidner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8364 A: Ärzte Dr. med. Wilhelm von Mering und Dr. med. Elsbeth, geb. Freiin von Spiegel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8365 A: Kaufmann Joachim Kühl und Elfriede, geb. Cichocki, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8366 A: Kaufmann Julius Knoller und Ruth, geb. Treuhaft, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8367 A: Kaufmann Wilhelm Hinkel und Dorothea, geb. Hilger, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8368 A: Bauingenieur Erwin Schultz und Else, geb. Wallow, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8369 A: Metzgermeister Georg Mayer und Anneliese, geb. Bertrand, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8372 A: Bilanzbuchhalter Adam Eberle und Ruth, geb. Blass, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8373 A: Kürschnermeister Richard Kientzler und Hildegard, geb. Belz, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8374 A: Fabrikant Karl Schmitz und Elisabeth, geb. Büchenbacher, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 23. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8375 A: Architekt Regierungsbaurat z. Wv. Rudolf Eisenhardt und Anneliese, geb. Ebert, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8376 A: Textilkaufmann Dr. Günther Ramdohr und Ursula, geb. Langenscheidt, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 21. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8377 A: Oberingenieur Hans Röhrich und Ilse, geb. Jung, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8378 A: Wirtschaftsprüfer Hans Escher und Elisabeth, geb. Horn, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8379 A: Gastwirt Wilhelm Hieber und Erna, geb. Beißel, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8380 A: Gastwirt Erich Alexander Jankowski und Emilie Rosa Ruth, geb. Ziegler, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8381 A: Diplomkaufmann Dr. Josef Kutscheidt und Anita, geb. Weider, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8382 A: Kaufmann Erhard Brückner und Klara, geb. Molzow, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8383 A: Architekt und Bauunternehmer Karl Heinz Höringklee und Magdalena Maria Martha, geb. Gruner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8384 A: Kaufmann Alexander Bassler und Ella, geb. Kreidewolf, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8385 A: Rauchwaren-Großhändler Nachman Daitsch und Lusia, geb. Lester, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8386 A: Kaufmann Erich Projahn und Gertrud, geb. Walter, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 25. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8387 A: Kaufmann Hans Bechthold und Auguste, geb. Buxmann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8388 A: Kaufmann Philipp Weber und Ruth, geb. Possmann, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8389 A: Bauunternehmer Ludwig Becker und Emilie, geb. Kessler, Sulzbach (Taunus).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8390 A: Kaufmann Wilhelm Müller und Luise, geb. Golke, Bad Soden (Ts.).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8391 A: Kaufmann Wilhelm Görz und Magdalena, geb. Klink, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8392 A: Heizungsbauer Heinrich Kuhl und Katharina, geb. Köhler, Kriftel (Taunus).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8393 A: Industriekaufmann Dr. Hellmut Gräff und Irma, geb. Loer, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8394 A: Kaufmann Walter Graef und Brigitte, geb. Schäfer, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 26. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8395 A: Kaufmann und Messerschmied Heinrich Müller und Lieselotte Lina, geb. Romann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8396 A: Ingenieur Edgar Mazur und Johanna, geb. Kühn, Frankfurt (M.).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8397 A: Zahnarzt Dr. med. dent. Wolfgang Schickel und Henny, geb. Hemrich, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8398 A: Bandagist Hans Günter Pauli und Ingrid Minna, geb. Watermann, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 27. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8399 A: Techn. Kaufmann Hans von Reiche und Astrid, geb. Gartner, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 28. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

73 GR 8400 A: Drogist Martin Chilewski und Ruth, geb. Klein, Frankfurt (Main).

Durch Erklärung vom 30. Juni 1958 gemäß Artikel 8 I, Nr. 3, Abs. 2, des Gleichberechtigungsgesetzes vom 18. Juni 1957 besteht Gütertrennung.

Frankfurt (Main), 19. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 73

4377

GR 234: Durch notariell beurkundete Erklärung vom 26. Juni 1958 ist bei den Eheleuten Bergmann Hans Erbe und Frau Martha Maria Erbe, geb. Deis in Herfa Nr. 9 die Gütertrennung eingetreten.

Bad Hersfeld, 12. 12. 1958 **Amtsgericht**

4378

GR 42 A: Der Schneider Matthias Kungl in Queckborn, Kreis Gießen und dessen Ehefrau Anna Kungl, geb. Lewang in Bad Vilbel.

Nach der am 30. 6. 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Grünberg (Hessen), 8. 12. 1958 **Amtsgericht**

GR 43 A: Der Kaufmann Werner Kiepe in Grünberg, Kreis Gießen und dessen Ehefrau Irmgard Kiepe, geb. Kiesel in Grünberg.

Nach der am 30. 6. 1958 eingegangenen notariellen Erklärung leben die Ehegatten in Gütertrennung (Art. 8 I, Nr. 3, Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Grünberg (Hessen), 8. 12. 1958 **Amtsgericht**

4379

5 GR 278: Eheleute Kaufmann Dr. h. c. Georg Friedrich Karl Adam von Opel und Maria Eugenia, geb. Herran, beide in Kronberg (Ts.)

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 19. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 278 A: Eheleute Kaufmann Otto Helmut Laux und Annalies, geb. Lippold, beide in Königstein (Ts.).

Gemäß not. Vertrag vom 12. 2. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein (Ts.), 10. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 279: Eheleute Handelsvertreter Richard Helmut Lachmund und Marlies, geb. Forbrich, beide in Schneidhain (Ts.).

In der Urkunde vom 30. 4. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein (Ts.), 10. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 279 A: Eheleute Amtsgerichtsrat Otto Alfons Hans-Joachim Zisseler und Gertrude, geb. Schmitt, beide in Kronberg (Ts.).

Gemäß not. Vertrag vom 17. 1. 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein (Ts.), 11. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 280: Eheleute Dipl.-Chemiker Dr. Friedrich, gen. Fritz Sell und Hedwig Hertha, geb. Klink, beide in Schönberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 280 A: Eheleute Rentner Franz Kinkel in Königstein (Ts.) und Maria, geb. Brobeck in Niederhöchststadt (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 281: Eheleute Dr.-Ing. Hans Huemer und Wilhelmine, geb. Ziermann beide in Königstein (Ts..)

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 281 A: Eheleute Ing. Otto Wilhelm Ernst und Maria Marg., geb. Reith beide in Schneidhain (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 282: Eheleute Kaufmann Erich Artweger und Brigitte, geb. Multerer beide in Kronberg (Ts.).

Gemäß Urkunde vom 31. Mai 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 282 A: Eheleute Kaufmann Thomas Ress und Hildegard, geb. Dreyer beide in Oberreifenberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 283: Eheleute Rentner Friedrich Emil Hilgert und Else Berta Lucie, geb. Augspurg beide in Kronberg (Ts.).

Die Frau hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 283 A: Eheleute Dr.-Ing. Herbert Vohrer und Gerda, geb. Büttner beide in Falkenstein (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 284: Eheleute Kaufmann Fritz Roth und Renate, geb. Rimbach beide in Kronberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 284 A: Eheleute prakt. Arzt Dr. Helmuth Schweitzer in Königstein (Ts.) u. Christa, geb. Ripken in Delmenhorst, Alt-Königstraße 3.

Die Frau hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 285: Eheleute Buchhändler Dr. Walter Küchler und Sibylle, geb. Hollender beide in Falkenstein (Ts.).

Gemäß Urkunde vom 12. Juni 1958 ist Gütertrennung vereinbart.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 285 A: Eheleute Kaufmann Konrad Gerhard Lohse und Paulina Sophia Anna, geb. Schäfer beide in Schönberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 286: Eheleute Kaufmann Dr. Karl Gerhard Hein und Astrid, geb. Hartog, beide in Schönberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 286 A: Eheleute Dipl.-Ing. Paul Hillenbrand und Liselotte, geb. Krichel beide in Oberreifenberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 287 A: Eheleute Gewerbeoberlehrer Wilhelm Theodor Betz und Johanna Dorothea, geb. Mühlberg beide in Königstein (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 288: Eheleute Kaufmann Günther Buscher und Ingeborg Helga, geb. Schmierer beide in Königstein (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 **Amtsgericht**

5 GR 289: Eheleute Facharzt Dr. Paul Helmut Taller und Hilde, geb. Thomas beide in Kronberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 27. 6. 1958 Amtsgericht

5 GR 289 A: Eheleute Kaufmann Fritz Wolfgang Brauer und Lieselotte Frieda, geb. Tank beide in Kronberg (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 27. 6. 1958 Amtsgericht

5 GR 290: Eheleute kaufm. Angestellter Richard Rudy und Dorothea Katharina, geb. Gaul beide in Eppstein (Ts.).

Der Mann hat gemäß Artikel 8 I, 3 des Gleichberechtigungsgesetzes erklärt, daß für die Ehe Gütertrennung gelten soll.

Königstein (Ts.), 24. 6. 1958 Amtsgericht

4380

GR 121: Ehegatten: Kaufmann Heinrich Reinbold und Elli Reinbold, geb. Diederich in Melsungen.

Rechtsverhältnis: Die Ehegatten leben in Gütertrennung (Artikel 8 I, Nr. 3 Abs. 2 Satz 6 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957).

Melsungen, 28. 11. 1958 Amtsgericht

4381

GR 109: Kaufmann und Gerbermeister Friedrich Krause und Brunhilde, geb. Heckmann, Sontra, Niederstadt 29.

Sontra, 27. 11. 1958 Amtsgericht

4382

GR 179 — 11. 12. 1958: Gastwirt und Metzgermeister Erich Kunz in Usingen (Ts.) hat in notarieller Urkunde vom 26. 6. 1958 (Art. 8 I, Nr. 3,4 Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957) erklärt, daß er mit seiner Ehefrau *Ursula* Kunz, geb. Schlotter in Usingen (Ts.) in Gütertrennung lebe.

Usingen (Ts.) 11. 12. 1958 Amtsgericht

4383 Vereinsregister

4 VR 197 — In das Vereinsregister des hiesigen Amtsgerichts wurde heute folgendes eingetragen: **Sportvereinigung 1946 Crumstadt e. V. Crumstadt.**

Groß-Gerau, 9. 12. 1958 Amtsgericht

4384

Neueintragung

1 VR 91 — 19. 12. 1958: Verein der Freunde und Förderer der Mittelschule Herborn e. V., Herborn (Dillkreis).

Die Satzung ist am 18. November 1958 errichtet. Vorstand im Sinne des § 26 BGB ist der Vorsitzende. Im Behinderungsfalle wird dieser von dem 1. oder 2. stellvertr. Vorsitzenden vertreten.

Herborn, 19. 12. 1958 Amtsgericht

4385

Neueintragung

VR 85 — 15. 12. 1958: Gesangverein Germania Seligenstadt/H. e. V.

Amtsgericht Seligenstadt (Hessen)

4386 Vergleiche — Konkurse

Beschluß

4 N 49/55: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Steinmetzmeisters Adolf Speckhardt in Seeheim a.d.B. Schulstr. 25 wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des bisherigen Konkursverwalters und zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des neuernannten oder die Wahl eines anderen Konkursverwalters sowie zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners auf: Freitag, den 2. Januar 1959, 14 Uhr vor dem Amtsgericht Bensheim, Zimmer 16 anberaumt.

Der Zwangsvergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Bensheim zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Bensheim, 8. 12. 1958 Amtsgericht

4387

Beschluß

N 3/58: In dem Vergleichs- und Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Textilhaus Kempf KG. — persönlich haftende Gesellschafterin Frau Christina Kempf, geb. Frank — in Camberg, Marktplatz 9.

Über das Vermögen der bezeichneten Schuldnerin wird das Anschlußkonkursverfahren eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Bruno Schenk in Camberg, Frankfurter Straße 38a.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an die Gemeinschuldnerin zu verabfolgen oder zu leisten.

Dieser Beschluß wird erst mit seiner Rechtskraft wirksam.

Camberg (Nassau), 5. 12. 1958

Amtsgericht Limburg/L. Zweigstelle Camberg

Beschluß

Der Beschluß vom 5. Dezember 1958, durch den das Konkursverfahren über das Vermögen der bezeichneten Gemeinschuldnerin eröffnet worden ist, ist am 10. Dezember 1958, 11 Uhr rechtskräftig und damit wirksam geworden.

In Ergänzung dieses Beschlusses wird angeordnet:

Konkursforderungen sind bis zum 10. Januar 1959 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 16. Januar 1959, 14 Uhr vor dem bezeichneten Amtsgericht Camberg, Frankfurter Straße 11, Zimmer 3, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben, wird die Verpflichtung auferlegt, von deren Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 3. Januar 1959 Anzeige zu machen.

Camberg, (Nassau), 12. 12. 1958

Amtsgericht Limburg/L. Zweigstelle Camberg

4388

Beschluß

6 VN 3/58: Frau Franziska Brunner in Darmstadt hat am 18. Dezember 1958 beantragt, über das Vermögen der Firma Deuster KG. in Darmstadt, Marktplatz 13, das Vergleichsverfahren zu eröffnen. Rechtsanwalt Rudolf Stewart in Darmstadt, Rheinstraße 12 3/4, Telefon 2786, wird zum vorläufigen Vergleichsverwalter bestellt. Gegen die Vergleichsschuldnerin wird mit Wirkung von heute 12 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen. Verfügungen der Vergleichsschuldnerin und Leistungen an diese sind nur mit Zustimmung des vorläufigen Vergleichsverwalters unbeschränkt wirksam.

Darmstadt, 18. 12. 1958 Amtsgericht, Abt. 6

4389

6 N 41/55: Konkursverfahren Firma Hans Balzer & Co., Schuhgroßhandlung in Darmstadt, Karlstraße 54—56. Termin zur Gläubigerversammlung wird anberaumt auf Donnerstag, den 15. Januar 1959, vorm. 9.30 Uhr vor dem Amtsgericht Darmstadt, Mathildenplatz 12, Zimmer 510.

Tagesordnung: 1. Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen. 2. Bericht und Schlußrechnung des in Berlin tätigen Konkursverwalters Dr. von Stockum. 3. Festsetzung der Vergütung des 2. Konkursverwalters Dr. von Stockum. 4. Entlassung des 2. Konkursverwalters Dr. von Stockum. Bericht und Schlußrechnung des Konkursverwalters Dr. von Stockum sind auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zur Einsicht für die Beteiligten niedergelegt.

Darmstadt, 11. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 6

4390

Beschluß

5 VN 3/58: Die Firma Holzbearbeitungswerk Heppner KG. in Dillenburg hat durch einen am 13. Dezember 1958 eingegangenen Antrag die **Eröffnung des Vergleichsverfahrens** zur Abwendung des Konkurses über ihr Vermögen beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Rechtsanwalt Anton Distler in Dillenburg zum vorläufigen Verwalter bestellt. Gegen den Schuldner wird heute um 12 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen.

Dillenburg, 16. 12. 1958 Amtsgericht

4391

N 2/58: Das Konkursverfahren über den Nachlaß der Kauffrau Johanna Güse in Werdorf Krs. Wetzlar wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Ehringshausen (Krs. Wetzlar), 9. 12. 1958

Amtsgericht

4392

Beschluß

81 VN 24/58: Der Kaufmann Wilhelm Köhlnhofer, Inhaber eines Elektrovertriebsgeschäfts, Frankfurt/Main, Saalburgstr. 31 mit Ladengeschäft in Ffm.-Fechenheim, Vilbeler Landstraße 3, hat durch einen am 5. 12. 1958 eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens über sein Vermögen beantragt. Zum vorläufigen Verwalter wird der Rechtsanwalt Dr. Richard Vetter, Frankfurt/Main, Schiffer-

straße 98, Tel. 6 16 04, ernannt. Es wird heute, am 10. 12. 1958, 9 Uhr ein allgemeines Veräußerungsverbot an den Schuldner erlassen.

Frankfurt (Main), 10. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

4393

Beschluß

81 N 398/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der G. Helwig GmbH., Herstellung von feinen Lacken, Polituren u. a., Hofheim (Taunus), Lorsbacher Straße 58-60, früher Frankfurt (Main), wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO), zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, zur Abnahme der Schlußrechnung und zur Anhörung über die Festsetzung der Gebühren und Auslagen des Gläubigerausschusses, Termin auf Freitag, den 16. Januar 1959, 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Gerichtsgebäude B, Zimmer 337, bestimmt.

Frankfurt (Main), 11. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

4394

Beschluß

81 N 270/55: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Lochmann & Söhne GmbH., Bauunternehmung für Spezialausführungen, Frankfurt/M., Mittlerer Schafhofweg 101, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Für die Mitglieder des Gläubigerausschusses sind festgesetzt: Helmut Siegmund: Vergütung 50,— DM, Auslagen 18,50 DM; Hermann Blitt: Vergütung 150,— DM, Auslagen 198,— DM; Ludwig Anderlohr: Vergütung 275,— DM, Auslagen 5,60 DM; Paul Kullmann: Vergütung 150,— DM, Auslagen 316,— DM.

Frankfurt (Main), 12. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

4395

Beschluß

81 N 63/57: In dem **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 9. 12. 1956 verstorbenen zuletzt in Frankfurt (Main), Hebelstraße 17-19 wohnhaft gewesenen Kaufmanns Emanuel Bergmann wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse, § 204 KO, zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters Termin auf den 16. Januar 1959, 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Geb. B, Zimmer 337, anberaumt.

Frankfurt (Main), 16. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

4396

81 N 332/58 — **Anschlußkonkursverfahren:** Der Antrag des Kaufmanns Hermann Bekker, Frankfurt (Main), Arndtstr. 35, Inhabers einer Stahl- und Metallfabrikate-Großhandlung, Frankfurt (Main), Münchener Str. 55, über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt. Zugleich wird gemäß §§ 19, 102 der Vergleichsordnung heute, am 15. Dezember 1958, 12.40 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet. Der Diplomkaufmann Dr. Franz Clar, Frankfurt (Main), Bäckerweg 9, Tel. 49 26 13, wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. 1. 1959 bei dem Gericht in doppelter Ausfertigung anzumelden. Zinsen sind bis zur Eröffnung mit errechnetem Betrag anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 30. Januar 1959, 10.15 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gerichtsstraße 2, III. Stockwerk, Zimmer 337, Termin anberaumt. Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 15. 1. 1959 Anzeige zu machen.

Frankfurt (Main), 15. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 81

4397

Beschluß

N 1/54: **Das Kunkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmannes Johannes Erbeck, Inhaber der Firma gleichen Namens, chem.-pharm. Großhandlung in Fritzlar, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Fritzlar, 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4398

50 (17) N 1/49: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Warschatka, Kassel-Bettenhausen, früher Söhrestraße, jetzt Lilienthalstraße 1, Inhaber der eingetragenen Firma Zanus-Fabrik für pharmazeutische, diätetische und Körperpflegemittel, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins und nach Ausschüttung der Masse aufgehoben.

Die Vergütung des Gläubigerausschußmitgliedes Oette ist auf 50,— DM festgesetzt worden.

Kassel, 22. 11. 1958 **Amtsgericht**

4399

Beschluß

7 VN 1/57: Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Frau Lieselotte Steiert, Inhaberin des Textil-Einzelhandelsgeschäftes Franz Steiert in Lampertheim, Kaiserstraße 15 wird aufgehoben.

Lampertheim, 15. 12. 1958

Amtsgericht

4400

Beschluß

6 N 10/50: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Firma Dr.-Ing. H. Schwab, Limburg/Lahn, wird der Konkursverwalter Rechtsanwalt Dr. Weinland, Limburg, aus seinem Amt entlassen. Zum Konkursverwalter wird Bürovorsteher Kurt Löhr, Limburg, Dippelstr. 38, ernannt.

Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters und zur Abnahme der Schlußrechnung der Erben des verstorbenen Konkursverwalters Rechtsanwalt Dr. Fachinger wird Termin auf Donnerstag, den 15. Januar 1959, 15 Uhr, Zimmer 14, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumt.

Die Vergütung für die Tätigkeit des verstorbenen Konkursverwalters Dr. Fachinger wird auf 3000,— DM festgesetzt.

Limburg (Lahn), 13. 12. 1958 **Amtsgericht**

4401

7 N 37/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Herbert Friedrich, Inh. der Schrumpfkapselfabrik gleichen Namens, Offenbach/M.-Bürgel, Seestraße 39, wird Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in §§ 132, 134 und 137 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände anberaumt auf: Freitag, den 9. Januar 1959, 9 Uhr und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen bestimmt auf: Mittwoch, den 21. Januar 1959, 9,30 Uhr vor dem Amtsgericht Offenbach a. M., Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 37.

Offenbach (Main), 9. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 7

4402

Beschluß

1 VN 1/58: Der Kaufmann Wilfried Wick in Hundstadt (Ts.), Hauptstr. 20a, persönlich haftender Gesellschafter der Firma L. u. W. Wick OHG Hundstadt (Taunus), eingetragen im Handelsregister HR A 104, hat durch einen am 15. 12. 1958 bei Gericht eingegangenen Antrag die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Firma L. u. W. Wick OHG beantragt. Gemäß § 11 der Vergleichsordnung wird bis zur Entscheidung über die Eröffnung des Vergleichsverfahrens der Industriekaufmann Helmut Burghardt in Frankfurt (Main), Adalbertstr. 13, zum vorläufigen Vergleichsverwalter bestellt.

Usingen (Ts.), 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

4403

62 N 58/58: Über das Vermögen des Malermeisters Hermann Kaatsch in Wiesbaden, Rüdesheimer Straße 36, wird heute, am 11. Dezember 1958, 8 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Straßberger in Wiesbaden, Adolfstraße 12. Anmeldefrist (2 Stück) bis zum 5. Januar 1959. Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin am 12. Januar 1959, 9 Uhr, Zimmer 240. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 5. Januar 1959.

Wiesbaden, 11. 12. 1958 **Amtsgericht**

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berech-

tigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

4404

K 5/58: Die ideelle Hälfte des im Grundburch von Klein-Karben Band 20 Blatt 1095 eingetragenen Grundstücks

Nr. 1 Gemarkung Klein-Karben Flur 2 Flurstück 4/2, Hof- und Gebäudefläche, Sudetenstraße, 5,23 Ar,

Schätzungswert des ganzen Grundstücks: 28 000,— DM, Einheitswert: 700,— DM, soll am 12. Februar 1959, 15 Uhr, in der Bürgermeisterei Klein-Karben durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1a) Zimmermann Philipp Schneider, Klein-Karben zu 1/2, b) dessen Ehefrau Marianne geb. Rücknagel, daselbst, zu 1/2.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Bad Vilbel, 16. 12. 1958 **Amtsgericht**

4405

8 K 6/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Ewersbach Band 14 Blatt 560 eingetragene, nachstehend beschriebene Grundstück am 13. Februar 1959, vormittags 10 Uhr an der Gerichtsstelle Untertor 8, Zimmer 18 versteigert werden.

Nr. 1, Flur 13, Flurstück 284/134 Hof- und Gebäudefläche in Ewersbach 5, 2,23 Ar.

Der Versteigerungsvermerk ist am 28. 4. 1958 in das Grundbuch eingetragen.

Als Eigentümer war damals die Ehefrau des Schweinehändlers Adolf Lauber, Marie, geb. Knöbel in Straßebersbach eingetragen.

Der Verkehrswert des Grundstücks ist durch Beschluß vom 25. 10. 1958 auf 21 700,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Dillenburg, 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4406

84 K 114/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Sulzbach, Band 11, Blatt 259 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 13, Gemarkung Sulzbach, Flur 21, Flurstück 13/1, Acker, An den Plätzen, 35,81 Ar groß, am 24. Februar 1959 um 14 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus zu Sulzbach (Ts.) versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. 8. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks):

1. Maurer Ludwig Moser, Sulzbach zu 1/2, 2. a) Maurer Ludwig Moser, daselbst, b) Bautechniker Heinrich Wilhelm Moser, daselbst, c) Elly Luise Wilhelmine Moser, daselbst, d) Karoline Ottilie Moser, daselbst, — zu 2 a — d) zu 1/2 in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3581,— DM

Zum Bieten ist die Vorlage einer Bietgenehmigung des Landwirtschaftsamtes Ffm.-Höchst, Peter-Bied-Straße 55, erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt, (Main), 10. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 84

4407

84 K 144/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuch von Frankfurt (Main), Bezirk Bockenheim, Band 127, Blatt 4840 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 2 und 3, Gemarkung Bockenheim, Flur T, Flurstück 11/7, Hof- und Gebäudefläche, Am Industriehof 1—9, Größe 9,70 Ar, Flurstück 11/8, Hof- und Gebäudefläche, Am Industriehof 1—9, Größe 6,65 Ar am 11. März 1959 um 10 Uhr an der Gerichtsstelle Frankfurt (Main), Gerichtsstr. 2, Gebäude B, III. Stock, Zimmer 337 versteigert worden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 5. 1958 Kaufmann Ferdinand Steiner, Frankfurt (Main).

Die Verkehrswerte der Grundstücke wurden auf DM 190 000,— (lfd. Nr. 2) und DM 193 000,— (lfd. Nr. 3) festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 4. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 84

4408

84 K 93/58: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Frankfurt (Main) Bezirk Ginnheim, Band 27, Blatt 1040 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1, Gemarkung Ffm.-Ginnheim, Flur 8, Flurstück 351/69, Hof- u. Gebäudefläche, Claus-Groth-Str. 14, Größe: 4,94 Ar, soll am 11. März 1959, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Frankfurt/M., Gerichtsstraße 2, Zimmer 337, III. Stock versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 6. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Die Ehefrau Katharina Rautäschlein, geb. Jung und der Facharzt Dr. med. Ludwig Willbrand, beide in Frankfurt (Main), je zur ideellen Hälfte.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 90 365,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 1. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 84

4409

84 K 124/58: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die ideellen Hälften der im Grundbuch von Frankfurt (Main)-Höchst, Bezirk Zeilsheim, Band 23, Blatt 604 eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Zeilsheim, Flur 9, Flurstück 81/2, Acker (Obstb.), am Hattersheimer Höhlchen, 24,55 Ar groß,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Zeilsheim, Flur 13, Flurstück 123/55, Acker, rechts vom Krifteler Weg, 37,11 Ar groß,

am 10. März 1959 um 14 Uhr im Gerichtsgebäude zu Ffm.-Höchst, Zuckschwerdtstraße 58, Zimmer 23, I. Stock versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. August 1958 und am 16. Dezember 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Bäcker Kurt Striebeck und Margarete geb. Christ in Zeilsheim als Miteigentümer je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt: lfd. Nr. 1: auf 7856,— DM, lfd. Nr. 2 auf 3711,— DM. Zur Abgabe von Geboten ist eine Bietgenehmigung der Landwirtschaftskammer Hessen-Nassau, Landwirtschaftsamt Frankfurt (Main), Bockenheimer Landstr. 25, erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Frankfurt (Main), 12. 12. 1958

Amtsgericht, Abt. 84

4410

Beschluß

K 6/58: Das im Grundbuch von Fritzlar Blatt 1347 eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 5 Gemarkung Fritzlar Flur 16 Flurstück 150/1 Lieg.-B. 1271, Ackerland, auf der Lache, 6,75 Ar,

soll am 5. 3. 1959, 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Schladenweg 1, Zimmer 15, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 28. 8. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): die ledige Maria Raabe in Fritzlar.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 675,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Fritzlar, 17. 12. 1958 **Amtsgericht**

4411

Beschluß

4 K 5/58: Das im Grundbuch von Nieder-Bessingen Band 1 Blatt 7 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 2 Gemarkung Nieder-Bessingen Flur 1 Flurstück 169/1 Lieg.-B. 191 Geb.-B. 113 Hof- und Gebäudefläche, Grünberger Straße 20, 3,87 Ar soll am 12. 2. 1959, 14 Uhr, im Gerichtsgebäude, Gießen, Gutfleischstraße 1, Zimmer 101 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 1. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Brunnenbauer Walter Stein in Langsdorf, zu 1/2 und dessen Ehefrau Erna, geb. Schmidt, daselbst, zu 1/2.

Der Wert des Grundstückes wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 12 500,— Deutsche Mark (i. W.: Zwölftausendfünfhundert Deutsche Mark).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Gießen, 6. 11. 1958 **Amtsgericht**

4412

Beschluß

K 12/58: Das im Grundbuch von Hartenrod Band 23 Blatt 878 eingetragene Grundstück lfd. Nr. 1 Gemarkung Hartenrod Flur 14 Flurstück 3/23 Lieg.-B. 1276 Geb.-B. 294 Hof- und Gebäudefläche, Gründlingstraße 30, 3,52 Ar soll am 13. März 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Gladenbach, Giessener Straße 27, Zimmer 12 durch

Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. Sept. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Hüttenarbeiter Heinrich Mundt in Hartenrod.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 15 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Gladenbach, 10. 12. 1958 **Amtsgericht**

4413

Beschluß

K 11/58: Die im Grundbuch von Wilsbach Band 5 Blatt 198 eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 24 Gemarkung Wilsbach Flur 10 Flurstück 467/65 Lieg.-B. 91 Geb.-B. 46 Hof- und Gebäudefläche Im Ort 56, 4,65 Ar, lfd. Nr. 25 Gemarkung Wilsbach, Flur 10 Flurst. 481/65, Hofraum, Im Ort 56, 0,56 Ar, sollen am 27. März 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude zu Gladenbach, Giessener Straße 27, Zimmer 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. September 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schreiner Hermann Cloos in Wilsbach.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 17 000,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Gladenbach, 11. 12. 1958 **Amtsgericht**

4414

5 K 7/58: Die im Grundbuch von Herbornseelbach Band 45 Blatt 1570 Nr. 2 Gemarkung Herbornseelbach Flur 50 Flurstück 89; Nr. 3 Gemarkung Herbornseelbach Flur 3 Flurstück 60; Nr. 4 Gemarkung Herbornseelbach Flur 5 Flurstück 202
sollen am 2. März 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude hier, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 21. 7. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Witwe Emmy Edith Peter, geb. Eckhoff in Lembach/Post Borken, Bez. Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Herborn, 11. 12. 1958 **Amtsgericht**

4415

51 K 77/58: Am 25. Februar 1959, 11 Uhr, sollen beim Amtsgericht Eugen-Richter-Str. 4, Zimmer 96, im Wege der Zwangsvollstreckung die im Grundbuch von Bergshausen Band 2 Blatt 34 eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Bergshausen,

lfd. Nr. 8: Flur 9, Flurstück 60/30 usw., Hof- und Gebäudefläche, Lindenstraße 11, Größe: 1,90 Ar;

lfd. Nr. 9: Flur 9, Flurstück 31, Gartenland, daselbst, Größe: 1,56 Ar;

lfd. Nr. 10: Flur 9, Flurstück 61/32, Gartenland, daselbst, Größe 5,90 Ar;

lfd. Nr. 12: Flur 12, Flurstück 24, Ackerland, vor der kurzen Hecke, Größe 70,50 Ar;

lfd. Nr. 13: Flur 11, Flurstück 53/5, Bauplatz, Am Kuhberg, Größe: 12,16 Ar, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. September 1958, dem Tage der Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks:

a) 1. Ehefrau des Gastwirts Wilhelm Kaiser, Dina geb. Günther, Vollmarshausen, 2. Witwe Elisabeth Günther geb. Lengemann, Bergshausen, zu 1/2 in ungeteilter Erbengemeinschaft;

b) 1. Ehefrau des Gastwirts Wilhelm Kaiser, Dina geb. Günther, Vollmarshausen, 2. Witwe Elisabeth Günther geb. Lengemann, Bergshausen, zu 1/2 in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Bieter bedürfen zur Abgabe von Geboten der Genehmigung des Kreislandwirtschaftsamtes Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Kassel, 16. 12. 1958 **Amtsgericht**

4416

K 11/58: Die in der Gemarkung Thalitter gelegenen, im Grundbuch von Thalitter Band 3 Blatt 113 eingetragenen Grundstücke, Lieg.-B. 160, Geb.-B. 29, lfd. Nr. 5 Flur 14 Flurstück 80, Hof- u. Gebäudefläche, Immighäuser Str. 32 = 4,31 Ar, lfd. Nr. 6 Flur 14 Flurstück 93, Grünland, Im Teich = 0,97 Ar, lfd. Nr. 7 Flur 14 Flurstück 94, Garten, Grünland, Im Teich = 18,60 Ar, sollen am 18. Februar 1959, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude, Korbach, Hagenstraße 2, Zimmer 5, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. August 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Schmiedemeister und Kaufmann Ernst Schnare, Oberwaroldern.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 5: a) 19 000,— DM (Grundstück u. Gastwirtschaft, Gebäude) b) 2000,— DM (Inventar der Gastwirtschaft), lfd. Nr. 6: 200,— DM, lfd. Nr. 7: 3800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Korbach, 13. 12. 1958 **Amtsgericht**

4417

Beschluß

K 7/58: Die im Grundbuch von Niedervorschütz Band 9, Blatt 314 eingetragenen Grundstücke

Gemarkung Niedervorschütz

Lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurst. 24/1, Holzung die Schnaid, 118,64 Ar;

lfd. Nr. 2, Flur 7, Flurst. 116, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf Haus Nr. 1, 12,41 Ar;

lfd. Nr. 4, Flur 1, Flurst. 164/85, Grünland, in den Weiden, 83,55 Ar;

lfd. Nr. 5, Flur 1, Flurst. 163/83, Grünland, in den Weiden, 57,40 Ar;

lfd. Nr. 9, Flur 3, Flurst. 40, Holzung, Wolfskaute, 26,40 Ar;

lfd. Nr. 11, Flur 5, Flurst. 244/76, Wasserbehälter, Hopfenberg, 1,57 Ar;

lfd. Nr. 12, Flur 5, Flurst. 245/76, Ackerland, Hopfenberg, 8,92 Ar;

lfd. Nr. 13, Flur 5, Flurst. 247/76, Ackerland, Hopfenberg, 0,77 Ar;

lfd. Nr. 19, Flur 5, Flurst. 258/90, Ackerland, Kleehecke, 467,40 Ar;

lfd. Nr. 22, Flur 5, Flurst. 20, Wiese, Haulache, 21,10 Ar;

lfd. Nr. 28, Flur 7, Flurst. 108/1, Hof- und Gebäudefläche, im Dorf, Haus Nr. 1 = 9,14 Ar;

lfd. Nr. 29, Flur 7, Flurst. 36/1, Grünland, Heulache, 3,77 Ar;

lfd. Nr. 30, Flur 5, Flurst. 6/1, Ackerland, unterm Obervorschützer Weg, 62,80 Ar;
Grünland, unterm Obervr. Weg, 50,20 Ar;
Wiese, unterm Obervr. Weg, 33,80 Ar;

lfd. Nr. 31, Flur 5, Flurst. 76/1, Ackerland, Hopfenberg, 803,36 Ar;
Hutung, Hopfenberg, 28,80 Ar;

lfd. Nr. 32, Flur 5, Flurst. 291/21, Grünland, Heulache, 15,10 Ar;
Wiese, Heulache, 30,60 Ar;

lfd. Nr. 33, Flur 7, Flurst. 115, Hof und Gebäudefläche, im Dorf Haus Nr. 1, = 8,03 Ar, Gartenland daselbst, 11,80 Ar;

lfd. Nr. 34, Flur 5, Flurst. 82/1, Ackerland, im großen Garten, 547,94 Ar;

Gemarkung Felsberg:

lfd. Nr. 35, Flur 7, Flurst. 107, Ackerland, auf'm Weinberge, 111,33 Ar;

lfd. Nr. 36, Flur 7, Flurst. 108, Ackerland auf'm Weinberge, 43,26 Ar;

lfd. Nr. 37, Flur 7, Flurst. 109, Ackerland, auf'm Weinberge, 53,61 Ar
sollen am 26. Februar 1959, 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Felsberg zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 15. 9. 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Katharina Elisabeth Zimmermann, verw. Allheit, geb. Bachmann,

b) Anna Katharina Minna Bachmann, geb. Bachmann,

c) Jakob Heinrich Walter Bachmann

sämtlich in Niedervorschütz, in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a, Abs. 5, ZVG festgesetzt auf 170 000,— Deutsche Mark. Zur Abgabe von Geboten ist die Bietergenehmigung der landwirtschaftlichen Behörde erforderlich.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Melsungen, 15. 12. 1958 **Amtsgericht**

4418

3 K 1/58: Die im Grundbuch von Ennerich Band 12 Blatt 425 eingetragenen Grundstücke

Nr. 4 Flur 3 Flurst. 30/79 Grünland Ortsbering, 1,88 Ar;

Nr. 5 Flur 3 Flurst. 29/79, Wasserfläche (Graben) Ortsbering, 0,26 Ar;

Nr. 6 Flur 2 Flurst. 13/2111 Hof- und Gebäudefläche, Limburger Straße, 1,10 Ar;

Nr. 7 Flur 3 Flurst. 34/79 Grünland Ortsbering, 3,33 Ar;

Nr. 9 Flur 3 Flurst. 77/2, Garten an der Limburger Straße 9,41 Ar;

Nr. 10 Flur 3 Flurst. 44/1, Hof- und Gebäudefläche, Limburgerstr. 57, 2,50 Ar;

Nr. 11 Flur 3 Flurst. 44/2, Hof- und Gebäudefläche, Limburgerstraße, 4,75 Ar;

Nr. 12 Flur 3 Flurst. 44/3, Garten Limburgerstraße 0,13 Ar;

Nr. 13 Flur 3 Flurst. 44/4, Garten Limburgerstraße, 3,29 Ar

sollen am 19. März 1959, 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Zimmer 12 durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 5. März 1958 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Rudolf Weyel in Ennerich.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 60 001,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen" wird hingewiesen.

Runkel (Lahn), 5. 12. 1958 **Amtsgericht**

Einzelstücke dieser Ausgabe d. St.-Anz. sind erhältlich zum Stückpreis von DM 0,40

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

Frankfurt (Main), Münchener Str. 54 Tel. 33 12 14 / 33 11 96
Wiesbaden, Hernmühlgasse 11A, Postschließfach 109 Tel. 2 58 61

Postversand: gegen Vorauszahlung von DM 0,50 in Briefmarken oder Überweisung auf Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 117 337 — Verlag Kultur u. Wissen GmbH., Ffm. — (Verwendungszweck auf dem Abschnitt genau bezeichnen.) — Lieferung gegen Rechnung nur ab 4 Exemplaren an Behörden, Dienststellen und Organisationen.

Andere Behörden und Körperschaften

4419

Kraftloserklärung. Durch Beschluß vom 16. 12. 1958 ist das Sparkassenbuch Nr. 10 820 der Hauptzweigstelle Arolsen, Jugendkreis der Freien evangelischen Gemeinde Arolsen, für kraftlos erklärt worden.

Korbach, 16. 12. 1958 Kreissparkasse Waldeck in Korbach
Der Vorstand

4420

Aufforderung. 1. Frau Margarete Diemer, geb. Schmidt, wohnhaft in Reichensachsen, Kreis Eschwege, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 64 046, ausgestellt von der Kreissparkasse Eschwege, beantragt.

2. Frau Elfriede Tietze, geb. Hackel, wohnhaft in Eschwege-Niederhone, Weidenhäuser Straße 19, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 68 887 für ihren minderjährigen Sohn Dieter Tietze, ausgestellt von der Kreissparkasse Eschwege, beantragt.

Die Inhaber der obigen Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlegung der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

Eschwege, 15. 12. 1958 Kreissparkasse Eschwege
Der Vorstand

4421

Aufforderung: Durch Beschluß vom 9. Dezember 1958 sind die Sparkassenbücher

Nr. 17 487 Hans Holl, Gießen
Nr. 33 950 Anna Seipp, Reinhardshain
für kraftlos erklärt worden.

Gießen, 9. 12. 1958 BEZIRKSSPARKASSE GIESSEN
Der Vorstand

4422

Aufforderung: Frau Elise Bormuth, Gräfenhausen, hat die Kraftloserklärung ihres Sparkassenbuches Nr. 28 403 beantragt.

Die Inhaberin des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

Gießen, 9. 12. 1958 BEZIRKSSPARKASSE GIESSEN
Der Vorstand

4423

Kraftloserklärung. Durch Beschluß vom 17. 12. 1958 ist das nachstehend aufgeführte Sparkassenbuch und der Hinterlegungsschein eines Sparkassenbuches für kraftlos erklärt worden.

1. Sparkassenbuch Nr. 38 843 lautend auf Gisela Nau geb. Wenzel, Fulda, Maberzeller Straße 27;
2. Hinterlegungsschein Nr. 115 für das Sparkassenbuch Nr. 39 181 lautend auf Fräulein Helene Hartmann, Rothemann, Haus-Nr. 79.

Fulda, 19. 12. 1958
STÄDTISCHE SPARKASSE UND LANDESLEIHBANK FULDA
Der Vorstand

4424

Beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel sind

zwei

Oberverwaltungsgerichtsrats-Stellen

(Bes. Gr. A 15) zu besetzen.

Bewerbungen sind bis zum 20. Januar 1959 an den Hessischen Minister des Innern, Wiesbaden, Luisenstraße 13, zu richten.

Wiesbaden, 17. 12. 1958

Der Hessische Minister des Innern

Der Sonderdruck

aus Staats-Anzeiger Nrn. 22, 23 und 24/58

Richtlinien zum 1. Jahresförderungsplan des Hessen-Jugendplanes

ist zum Stückpreis von DM 0,50 (zuzügl. Porto) erhältlich:

STAATS-ANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN
Wiesbaden - Herrnmühlgasse 11A - Postschließfach 109

Büromöbel, Büromaschinen, Birkenstock-Bürobedarf WIESBADEN, Moritzstraße 36 Ruf: 2 32 36 und 2 08 70

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich samstags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 3,20 und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Dr. Hans Mayer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.
Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH., Frankfurt/M., Münchener Str. 54, Ruf 33 12 14 u. 33 11 96. Druck: Druckerei Chmielorz, Wiesbaden.
Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden (Ruf 2 58 61). Postfach 109 (Eilsendungen: Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A).
Anzeigenschluß: jeden Dienstag um 14 Uhr. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 2 vom 1. 4. 1956. Auflage: 9300. Umfang: 32 Seiten.